

JAHRESBERICHT

2015



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist
**DIE WELTWEIT GRÖSSTE REGIONALE
SICHERHEITSORGANISATION.**

Sie setzt sich dafür ein, dass über eine Milliarde Menschen zwischen
Vancouver und Wladiwostok in Frieden, Demokratie und Stabilität
leben können.

Anmerkung:

Alle Funktionsbezeichnungen in diesem Dokument gelten gleichermaßen für männliche und weibliche Amtsinhaber.

Titelfoto: Donezk

Foto: Jewgeni Maloletka

INHALT

BOTSCHAFT DES GENERALEKRETÄRS	5
BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZES	8
DER STÄNDIGE RAT	25
DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION	28
DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE.....	32
DAS SEKRETARIAT	36
Konfliktverhütung.....	37
Grenzüberschreitende Bedrohungen	41
Aktivitäten im Wirtschafts- und Umweltbereich	44
Bekämpfung des Menschenhandels	48
Geschlechtergleichstellung	51
DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE.....	54
DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN	59
DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT	62
FELDOPERATIONEN	65
SÜDOSTEUROPA	
Die Präsenz in Albanien.....	67
Die Mission in Bosnien und Herzegowina	70
Die Mission im Kosovo	73
Die Mission in Montenegro	76
Die Mission in Serbien.....	79
Die Mission in Skopje.....	82
OSTEUROPA	
Die Mission in Moldau	85
Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine	88
Der Projektkoordinator in der Ukraine	91
Die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk.....	94
SÜDKAUKASUS	
Der Projektkoordinator in Baku	96
Das Büro in Eriwan.....	97

ZENTRALASIEN

Das Zentrum in Aschgabat.....	100
Das Programmbüro in Astana.....	104
Das Zentrum in Bischkek.....	108
Das Büro in Tadschikistan.....	111
Der Projektkoordinator in Usbekistan	114

BILATERALE ABKOMMEN

Der Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militäranghörige	116
--	-----

FÖRDERUNG VON SICHERHEIT UND

ZUSAMMENARBEIT DURCH PARTNERSCHAFTEN.....117

Die Partner in Asien und im Mittelmeerraum.....	118
Zusammenarbeit mit internationalen und regionalen Organisationen	121

ANHÄNGE127

Gesamthaushalt.....	129
Beiträge der Teilnehmerstaaten	130
Außerbudgetäre Mittelzusagen und Ausgaben	131
Personal.....	134

BOTSCHAFT DES GENERALSEKRETÄRS

BOTSCHAFT DES GENERALSEKRETÄRS

Die Krise in der und um die Ukraine beherrschte im Jahr 2015 weiterhin die OSZE-Agenda. Die Vermittlerrolle der OSZE – in der Trilateralen Kontaktgruppe wie auch durch die Präsenz ihrer Beobachter – spielt in den Bemühungen um Abbau der Spannungen und Rückkehr zu Stabilität und Frieden nach wie vor eine wichtige Rolle.

Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) ist auch im zweiten Jahr ihres Bestehens die für externe Partner, die Medien und die breite Öffentlichkeit sichtbarste OSZE-Aktivität. 2015 hat sich die Mission strukturell konsolidiert, gleichzeitig wurde die Anzahl der Beobachter erhöht, wodurch sie nun in der Ostukraine stärker präsent ist. Bei dieser Mission betrat die OSZE mit dem Einsatz von Drohnen, hoch entwickelten Kameras und satellitengestützter Information technisches Neuland. Vom Sekretariat wird die Mission wie bisher laufend in großem Umfang unterstützt.

Unsere 17 Feldoperationen sind bestens in der Lage, den Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer OSZE-Verpflichtungen Hilfestellung zu leisten. Sie sind nach wie vor ein Eckpfeiler unserer Programmarbeit und entwickeln sich immer mehr zu einem wichtigen Instrument, das die Umsetzung der vereinbarten OSZE-Politik in allen drei Dimensionen unterstützt und die regionale Zusammenarbeit fördert.

Auch 2015 war die OSZE in den Verhandlungsformaten aktiv, die sich den Langzeitkonflikten widmen. Zwar halten sich die Fortschritte in Grenzen, doch gibt es keine andere Möglichkeit als unsere Bemühungen fortzusetzen und auf dauerhafte Lösungen zu drängen. Wir schulden es den Menschen, die noch immer unter den Folgen dieser Konflikte leiden.

Im Juli kamen hochrangige Vertreter der Teilnehmerstaaten und der Kooperationspartner in der Finlandia-Halle zusammen, wo vierzig Jahre zuvor die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet worden war. Die offene Debatte über die derzeitige europäische Sicherheitskrise, die während des Jahres in verschiedenen Formaten stattfand, machte deutlich, wie schwer es geworden ist, einen konstruktiven und zukunftsorientierten Dialog zu führen.

Aufgrund der herrschenden Umstände brachte der 40. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki nicht die erhoffte Wiederbelebung der Rolle der OSZE. Gegen Ende des dreijährigen Helsinki+40-Prozesses trat deutlich zutage, dass ein offener informeller Dialog zu entscheidenden Aspekten der Sicherheit in der OSZE-Region auf breiter Basis fortgeführt werden muss.

Mit dem Schwinden des Vertrauens zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten haben auch beunruhigende Entwicklungen in der regionalen und weltweiten Sicherheit zugenommen. Infolgedessen rücken grenzüberschreitende Bedrohungen wie Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegaler Waffenhandel, Drogen- und Menschenhandel sowie die globale Herausforderung des Klimawandels auf der OSZE-Agenda nach vorne. 2015 war Europa

auch dramatischer Schauplatz großer Migrationsbewegungen mit schwerwiegenden Auswirkungen entlang der Transitrouten und in den Aufnahmeländern. Wenn wir etwas zur Bewältigung dieser komplexen und oftmals miteinander verschränkten Herausforderungen beitragen wollen, müssen wir uns ansehen, was die OSZE in globale und regionale Lösungen zusätzlich einbringen kann, und dieses Kapital nutzen.

2015 haben wir auch eine Reihe tödlicher Terroranschläge im OSZE-Raum und in Nachbarregionen miterlebt. Als Reaktion darauf gelobten die Teilnehmerstaaten auf dem Ministerrattreffen in Belgrad, ihre Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus zu verstärken und zur Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus enger zusammenzuarbeiten. Das war eines der beherrschenden Themen des Jahres. Auch mir persönlich war es ein großes Anliegen, dieses Thema auf die Tagesordnung zu bringen, etwa im Rahmen des informellen Formats der *Security Days* der OSZE, das einer Vielzahl von Interessengruppen offensteht. Im Mai setzte ich eine *Security-Days*-Veranstaltung an, die sich mit den tieferen Ursachen von gewalttätigem Extremismus und möglichen Maßnahmen gegen Radikalisierung unter Einbeziehung der Medien, des Bildungssektors, des interreligiösen und interkulturellen Dialogs und mit der Schaffung von Mitgestaltungsmöglichkeiten für Frauen und Jugendliche befasste. Den Auftakt dazu bot eine *Security-Days*-Veranstaltung im März in Washington, D.C., bei der Herausforderungen für die euro-atlantische Sicherheit erörtert wurden und eine Sitzung der Radikalisierung, die zu Terrorismus führt, gewidmet war. Gemeinsam mit dem serbischen Vorsitz startete ich auch eine Kampagne in den sozialen Medien unter dem Slogan „Die OSZE – vereint gegen gewalttätigen Extremismus“, die auf großes Interesse stieß.

Der 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs und der Charta der Vereinten Nationen (UN) bot zahlreiche Gelegenheiten, Überlegungen über weltweite Herausforderungen anzustellen. Als regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der UN-Charta weitete die OSZE auch dieses Jahr ihre Partnerschaft mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen und regionalen Organisationen in vielen Bereichen aus: von Mediation, Dialogvermittlung und dem Schutz nationaler Minderheiten bis zu Kapazitätsaufbau, Wahlbeobachtung und humanitärer Hilfe. Bei der vom UN-Generalsekretär im Mai veranstalteten Klausur auf hoher Ebene für Leiter regionaler Organisationen konnte ich über die Erfahrungen der OSZE bei der Auseinandersetzung mit der Krise in der und um die Ukraine berichten.

Ganz allgemein müssen wir uns mehr Gedanken darüber machen, wie wir Synergien zwischen der globalen Agenda und jener der OSZE schaffen können. Im September berichtete ich auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung darüber, was die OSZE bereits unternimmt, um nachhaltige Entwicklung als Eckpfeiler der Sicherheit zu fördern. Im Vorfeld der 21. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention organisierte ich auch eine *Security-Days*-Veranstaltung der OSZE zum Thema Klimawandel und Sicherheit und setzte eine andere *Security-Days*-Veranstaltung anlässlich des 15. Jahrestags der UN-Sicherheitsratsresolution (UNSCR) 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit an.

Die privilegierten Beziehungen der OSZE zu unseren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien boten wie bisher eine wertvolle Plattform zur Erkundung von Möglichkeiten, wie wir uns an das im Wandel befindliche internationale Sicherheitsumfeld anpassen können. Auch unsere stärkere Anbindung an die Zivilgesellschaft und wissenschaftliche Kreise führte zu einem fruchtbaren Wissens- und Gedankenaustausch über die Frage, wie wir an kritische Fragen auf unserer Agenda herangehen sollen. Das *OSCE*

Academic Network von Denkfabriken und Forschungsinstitutionen und das *New-Med Network* sowie der von der OSZE-Troika beauftragte Weisenrat zur europäischen Sicherheit als gemeinsames Projekt steuerten wertvolle Ideen und Empfehlungen bei, die in künftigen Diskussionen aufgegriffen werden können.

Abschließend möchte ich dem serbischen OSZE-Vorsitz meine Anerkennung dafür aussprechen, dass er sich immer darum bemüht hat, den Teilnehmerstaaten Gelegenheit zum Dialog zu geben, und uns erfolgreich durch ein weiteres schwieriges Jahr geleitet hat. Ich vertraue darauf, dass die OSZE auch 2016 vom deutschen Vorsitz große Unterstützung erhalten wird. Ich möchte auch den Mitarbeitern des Sekretariats, der Institutionen und der Feldoperationen der OSZE danken, die mit ihrem unermüdlichen Einsatz und ihrer fachlichen Qualifikation unserer Organisation so gute Dienste leisten.



Lamberto Zannier
Generalsekretär der OSZE
Wien, 2015

BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZES

Der Vorsitz wird vom Ministerrat bestimmt; der Außenminister des ausgewählten Teilnehmerstaats übt ein Jahr lang die Funktion des Amtierenden Vorsitzenden aus.

Serbien: Unterschiede überbrücken, Vertrauen aufbauen

www.osce.org/cio

ZUSAMMENARBEIT ZUR SICHERUNG VON FRIEDEN, WOHLSTAND UND DEMOKRATIE

Als die Republik Serbien den OSZE-Vorsitz übernahm, standen die Sicherheit und Stabilität in Europa vor den größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Das Klima war von gegenseitigem Misstrauen und Feindseligkeit und miteinander konkurrierenden Narrativen geprägt, wofür in erster Linie die Krise in der und um die Ukraine verantwortlich war. Der Beginn des serbischen Vorsitzes fiel zeitlich beinahe mit dem großen Terroranschlag in Paris und der Eskalation des Konflikts im Donbass in der Ukraine zusammen, sein Ende stand im Zeichen der größten Flüchtlings- und Migrationskrise seit dem Zweiten Weltkrieg.

In Zusammenarbeit mit anderen Teilnehmerstaaten und den maßgeblichen Durchführungsorganen der OSZE bemühte sich der Vorsitz mit Nachdruck um eine gemeinsame Antwort der Organisation auf diese schwerwiegenden Bedrohungen. Für die Auseinandersetzung mit diesen komplexen und häufig miteinander verflochtenen Bedrohungen, die gegen alle unsere Teilnehmerstaaten gerichtet sind, ist ein diesbezügliches verstärktes Engagement der OSZE gemeinsam mit anderen internationalen Akteuren, insbesondere den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien, unerlässlich.

„Es kann keinerlei Kompromiss in Bezug auf die Geltung der grundlegenden Prinzipien und Verpflichtungen geben, auf die sich die kooperative Sicherheit im OSZE-Raum gründet. Dafür zu sorgen, dass sie nachhaltig umgesetzt werden, ist die einzig mögliche Basis, von der ausgehend das Vertrauen neu aufgebaut werden kann.“

Ivica Dačić

Amtierender Vorsitzender der OSZE, Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Republik Serbien

UKRAINE

Nach der schweren Verletzung der vereinbarten Waffenruhe Anfang 2015 wurde im Februar das Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen unterzeichnet. Kurz darauf wurden im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe vier Arbeitsgruppen eingerichtet und Gespräche über die Umsetzung des Minsker Pakets aufgenommen. Das Mandat der SMM wurde um ein Jahr verlängert und es wurde der Beschluss gefasst, die Zahl der Beobachter auf 1 000 Personen aufzustocken. Die Teilnehmerstaaten sicherten eine verlässliche Finanzierung der SMM, die eine Aufstockung der technischen und personellen Kapazitäten ermöglichte.

Ziel der Bemühungen der SMM und vieler anderer Teile der OSZE war es, Frieden und Stabilität herzustellen. Im September wurde der Zusatz zum Maßnahmenpaket betreffend den Abzug zusätzlicher Kategorien schwerer Waffen unterzeichnet. Die Aktivitäten der SMM zur Beobachtung des Abzugs schwerer Waffen wurden intensiviert. Nichtsdestotrotz nahm die Sicherheitslage Ende 2015 erneut an Spannung und Brisanz zu und regelmäßig flammten an mehreren Hotspots die Feindseligkeiten erneut auf.

Der Amtierende Vorsitzende Dačić wurde von sich aus aktiv, berief Treffen mit seinen Sonderbeauftragten, dem Leitenden Beobachter der SMM und dem Generalsekretär ein und hielt Kontakt mit seinen Amtskollegen aus anderen Teilnehmerstaaten. Im Juli kam er in Minsk mit der Trilateralen Kontaktgruppe und den Koordinatoren der Arbeitsgruppen zusammen.

TRILATERALE KONTAKTGRUPPE

Die Sicherheitslage in der ukrainischen Region Donbass dominierte nach wie vor die Tagesordnung der Minsker Treffen. Im Mai 2015 wurden vier Arbeitsgruppen eingerichtet, die die Arbeit der Trilateralen Kontaktgruppe unterstützen sollten.

Die Trilaterale Kontaktgruppe und ihre vier Arbeitsgruppen boten einen zentralen Mechanismus an, über den ein Dialog über komplexe sicherheitspolitische, politische, sozioökonomische und humanitäre Fragen geführt werden konnte, mit dessen Hilfe die Seiten ihr Engagement zur Umsetzung der Vereinbarungen, die im Normandie-Format auf hoher Ebene verabschiedet worden waren, verstärkten.

Die Arbeitsgruppe Sicherheit konzentrierte ihre Bemühungen auf die Errichtung einer umfassenden und haltbaren Waffenruhe und die Erfüllung des Abzugs schwerer Waffen. Ein weiterer Schwerpunkt war darüber hinaus die Minenräumung, bei der man sich auf zwölf vorrangige Bereiche für die Beseitigung der Minen einigte (im Wesentlichen im Umfeld von lebenswichtigen Infrastrukturbauten).

Die Arbeitsgruppe Politik erörterte in erster Linie die Modalitäten von lokalen Wahlen in gesonderten Regionen der Verwaltungsbezirke Donezk und Luhansk, befasste sich jedoch auch mit anderen Fragen wie Amnestie und lokaler Selbstverwaltung in Übereinstimmung mit ukrainischen Rechtsvorschriften und OSZE-Normen, unter der Beobachtung durch die OSZE/das Büro für demokratischen Institutionen und Menschenrechte (ODIHR).

Die Freilassung von Gefangenen (seit Mai 2015 mehr als 80) und die Verbesserung des Zugangs für humanitäre Hilfe waren zentrale Themen auf der Tagesordnung der Arbeitsgruppe Humanitäres.

Die Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Fragen konzentrierte sich in ihrer Arbeit auf die Wiederherstellung der Wasserversorgung, der Stromleitungen, der Eisenbahninfrastruktur und der Kohlelieferungen über die Kontaktlinie hinweg, sowie um die Auszahlung der Renten, unter anderem durch die Schaffung eines mobilen Bankensystems.

Die Umsetzung des Maßnahmenpakets hätte bis Ende 2015 abgeschlossen sein sollen. Trotz der Bemühungen des Sonderbeauftragten und der Koordinatoren der Arbeitsgruppen wurde keine haltbare Waffenruhe erreicht, die die Grundvoraussetzung für viele andere Aspekte des Pakets ist. Alle Seiten des Normandie-Formats einigten sich schließlich darauf, die Arbeit 2016 fortzusetzen.

Im Juni 2015 übernahm Botschafter Martin Sajdik aus Österreich von Botschafterin Heidi Tagliavini aus der Schweiz die Agenden als Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in der Ukraine und in der Trilateralen Kontaktgruppe.

VOM VORSITZ EINBERUFENE TREFFEN AUF HOHER EBENE

Zum vierzigsten Jahrestag der Schlussakte von Helsinki fand am 10. Juli in Helsinki ein Informelles Treffen auf hoher Ebene statt, das zu einem offenen und inhaltsreichen Meinungs austausch über die aktuelle Sicherheitslage im OSZE-Raum beitrug. Zugleich mit dem Treffen fand eine Gedenkveranstaltung statt, bei der die ungebrochene Bedeutung des Dekalogs von Helsinki für die Regelung der Beziehungen der Teilnehmerstaaten und für die Wahrung des Friedens und der Sicherheit im OSZE-Raum unterstrichen wurde. Die Teilnehmerstaaten nahmen die Möglichkeit zur Erörterung zentraler Fragen wahr, die auf der Agenda der OSZE stehen, wie die umfassenderen Auswirkungen der Krise in der und um die Ukraine auf die euroatlantische und eurasische Sicherheit. Die Teilnehmer kamen zu dem Schluss, dass man nur dann auf dem Weg zu einer dauerhaften Beilegung der Krise vorankommt, wenn alle Teilnehmerstaaten konstruktiv und zukunftsgerichtet auf die Wiederherstellung des Vertrauens und der Gemeinsamkeit des Wollens hinarbeiten.

„Unser Dialog sollte auf der Grundlage der vollständigen Achtung der OSZE-Prinzipien und Umsetzung der Verpflichtungen in allen drei Dimensionen, die alle OSZE-Teilnehmerstaaten eingegangen sind, stehen.“

Ivica Dačić

Amtierender Vorsitzender der OSZE und Außenminister der Republik Serbien

Am Rande der 70. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York hielt der serbische Vorsitz am 1. Oktober eine Veranstaltung auf Ministerebene zum Thema OSZE-Friedensoperationen ab. Diese Veranstaltung machte deutlich, dass hochrangige Amtsträger aus den Teilnehmerstaaten ihr Augenmerk wieder verstärkt der OSZE zuwenden. Diese Ministerveranstaltung unter dem Vorsitz des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE Ivica Dačić bot Gelegenheit zur Erörterung der Entwicklung von OSZE-Fähigkeiten für komplexe Friedenseinsätze und zu einem diesbezüglichen Meinungs austausch. Man kam zu dem Schluss, dass die OSZE als die weltweit größte regionale Sicherheitsabmachung nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen mit ihrem umfassenden und mehrdimensionalen Sicherheitskonzept wie keine andere Organisation geeignet sei, zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten beizutragen. Die Teilnehmer erklärten ihre Unterstützung für die Fortführung konzertierter Bemühungen zur Stärkung der operativen Fähigkeiten der OSZE in allen Phasen des Konfliktzyklus.

HELSINKI+40-PROZESS

Unterstützt von der Troika ermöglichte der serbische Vorsitz 2015 einen kontinuierlichen Dialog im Rahmen des Helsinki+40-Prozesses durch zahlreiche Konsultationen und Treffen in der Informellen Arbeitsgruppe Helsinki+40. Der Prozess ging zwar weiter und begünstigte sinnvolle und offene informelle Gespräche, brachte jedoch bis zu seinem Abschluss zu Jahresende keine konkreten Resultate.

VERSTÄRKUNG DES TROIKA-FORMATS

Das Konzept der „aufeinanderfolgenden Vorsitze“ wurde 2014/2015 von der Schweiz und Serbien eingeführt und bewirkte eine Stärkung des Troika-Formats. Erstmals in der Geschichte der OSZE trat die Troika 2015 fünfmal auf Ministerebene zusammen, unter anderem in München und Magdeburg, wo die OSZE für ihren bedeutenden Beitrag zum Weltfrieden und zur Konfliktlösung zwei renommierte Auszeichnungen erhielt: den Ewald-von-Kleist-Preis und den Kaiser-Otto-Preis.

Die Troika unterstützte die Tätigkeit des Weisenrats, der zwei Berichte veröffentlichte. Neben einem Zwischenbericht über die Lehren der OSZE aus ihrem Ukraine-Engagement gab das Panel in seinem Abschlussbericht zur europäischen Sicherheit als gemeinsames Projekt Empfehlungen zur Überwindung der aktuellen sicherheitspolitischen Krise in Europa ab, auch wenn nicht alle Vorschläge von der Gesamtheit der Mitglieder des Gremiums unterstützt wurden.

„Wir sollten uns vom Mut dieser führenden Männer des Kalten Krieges inspirieren lassen, die es geschafft haben, die Beziehungen zwischen den Staaten ungeachtet der ideologisch befrachteten Atmosphäre des Blockdenkens auf einer neuen Grundlage zu regeln.“

Ivica Dačić

Amtierender Vorsitzender der OSZE und Außenminister der Republik Serbien

22. TREFFEN DES OSZE-MINISTERRATS

3. – 4. DEZEMBER, BELGRAD, SERBIEN

Beim Treffen des Ministerrats im Jahr 2015 war Belgrad zum ersten Mal seit 1998 wieder Gastgeber eines OSZE-Treffens auf hoher Ebene, an dem zahlreiche Außenminister teilnahmen.

Das Ministerratstreffen wurde zum zweiten Mal in Folge von der Krise in der und um die Ukraine dominiert. Anstelle einer politischen Erklärung gab der serbische Vorsitz eine Zusammenfassung der Erörterungen des Ministerrats heraus, in der die zweitägigen Beratungen ihren Niederschlag fanden. Unter anderem wurde Folgendes festgehalten:

„Große Sorge wurde im Hinblick auf die Krise in der und um die Ukraine zum Ausdruck gebracht, die nach wie vor die Aussprachen beherrschte. Allen gemeinsam ist das Interesse an einer gemeinschaftlichen Reaktion auf die Herausforderung des Terrorismus und gewalttätigen Extremismus, die ganz Europa und den gesamten Nahen und Mittleren Osten schwer in Mitleidenschaft zieht. Es wurden die Dringlichkeit der Migrations- und Flüchtlingskrise und deren beträchtliche Auswirkungen auf eine Reihe von Teilnehmerstaaten und

Kooperationspartner anerkannt, da die OSZE bei der Auseinandersetzung mit der Krise eine hilfreiche Rolle spielen kann.“

Aus der Schlusserklärung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE auf dem 22. Treffen des Ministerrats der OSZE in Belgrad am 4. Dezember 2015

Es wurde festgestellt, dass das Engagement der OSZE in der Ukraine wertvolle Erkenntnisse bringt und die entscheidende Bedeutung der OSZE als Forum für einen inklusiven Dialog und gemeinsames Handeln, gerade in Krisenzeiten, unter Beweis stellt. Die Teilnehmerstaaten anerkannten ungeachtet der nach wie vor vorhandenen unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen, dass insbesondere in Zeiten, in denen die OSZE-Region mit einer ganzen Reihe komplexer sicherheitspolitischer Herausforderungen konfrontiert sei, die kein Staat alleine bewältigen könne, die Bemühungen zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Teilnehmerstaaten intensiviert werden müssten.

Die bedeutende Rolle der OSZE als regionale Sicherheitsorganisation im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen wurde anerkannt, in der sie zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit in allen drei Dimensionen beiträgt und Sicherheit und Vertrauen im OSZE-Raum durch vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen fördert.

Es wurde die Dringlichkeit einer Reaktion auf die Migrations- und Flüchtlingskrise und einer gemeinschaftlichen Befassung mit den Herausforderungen des Terrorismus und gewalttätigen Extremismus anerkannt und festgehalten, dass die OSZE bei der Auseinandersetzung mit diesen Problemen eine hilfreiche Rolle spielen kann.

TERRORISMBEKÄMPFUNG

Unter dem serbischen Vorsitz war die OSZE auch in diesem Jahr auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung sehr aktiv. Der Vorsitz veranstaltete 2015 eine OSZE-weite Expertenkonferenz gegen Terrorismus zum Thema „Bekämpfung der Anstiftung und Anwerbung ausländischer terroristischer Kämpfer“ am 30. Juni und 1. Juli in Wien. Diese Konferenz sollte einen Beitrag zu den hochrangigen Erörterungen über die Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus leisten, die im September auf der UN-Generalversammlung stattfanden. Die Diskussionen und Empfehlungen der Konferenz halfen mit, den Weg zu ebnen zur Verabschiedung der Ministererklärung über die Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen.

Auf der Konferenz gab der serbische Vorsitz gemeinsam mit dem Generalsekretär den Startschuss zu einer Informationskampagne über die Bedeutung des umfassenden Sicherheitsansatzes der OSZE für die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus, der zu Terrorismus führt. Die Kampagne mit dem Titel „Die OSZE vereint gegen gewalttätigen Extremismus“ sollte eine gemeinsamen Front aus Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern der OSZE, Wissenschaftlern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und religiösen Institutionen im gesamten OSZE-Raum zur Bekämpfung dieses Phänomens schmieden.

Als Antwort auf die tödlichen Terroranschläge gegen Zivilisten im OSZE-Raum und in seiner Nachbarschaft bekräftigten die Teilnehmerstaaten in Erklärungen des Ständigen Rates und in einer Ministererklärung über verstärkte Bemühungen der OSZE zur Bekämpfung des

Terrorismus infolge der jüngsten Terroranschläge ihre Zusage, die Bemühungen zur Auseinandersetzung mit der terroristischen Bedrohung zu verstärken.

CYBERSICHERHEIT

Zum Thema Cybersicherheit organisierte der serbische Vorsitz in Belgrad eine Veranstaltung, bei der vor allem bewährte Methoden erörtert werden sollten, die sich im Bereich Cybersicherheit und Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ebenso wie im Hinblick auf ressortübergreifende Krisenkommunikationskanäle als wirksame Strategien erwiesen haben. Diese Veranstaltung griff die diesbezüglichen Schlussfolgerungen des Schweizer OSZE-Vorsitzes 2014 auf und arbeitete Empfehlungen aus, die Umsetzung weiter zu fördern und Verhandlungen im Bereich vertrauensbildender Maßnahmen für Cyber-/IKT-Sicherheit weiterhin zu unterstützen.

VORGEHEN GEGEN DROGEN

Der Vorsitz veranstaltete am 10. und 11. September in Wien eine OSZE-Konferenz zur „Verstärkung von Mechanismen zur Bewältigung der grassierenden Ausbreitung illegaler Drogen unter Jugendlichen“. Die Teilnehmer an der Konferenz erörterten praktische Vorschläge für die künftige Zusammenarbeit bei der Suche nach langfristigen Lösungen zur Eindämmung der ständig steigenden Nachfrage Jugendlicher nach Drogen auf dem Wege einer besseren Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Strafverfolgungsbehörden und Zivilgesellschaft.

Im Hinblick auf die bevorstehende Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGASS) 2016 intensivierte der Vorsitz seine Bemühungen um eine verstärkte Befassung mit der Drogenproblematik und die Förderung weiterer Aktivitäten der OSZE in diesem Bereich. Das Ergebnis war die Verabschiedung der Erklärung über die OSZE-Aktivitäten zur Unterstützung der weltweiten Bemühungen um die Auseinandersetzung mit dem Weltrogenproblem. Darin erklärten die Teilnehmerstaaten ihre Unterstützung für verstärkte Bemühungen der OSZE, sich mit der Gefahr illegaler Drogen zu befassen und die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen im Sinne eines weltweiten Vorgehens zu intensivieren.

VERSTÄRKUNG VON GOVERNANCE UND REFORM IM SICHERHEITSSSEKTOR

Auf gemeinsame Initiative der beiden aufeinanderfolgenden Vorsitze Schweiz und Serbien wurde ein allen Teilnehmerstaaten offenstehender Freundeskreis für die Stärkung von Governance und Reform im Sicherheitssektor eingerichtet, der den Durchführungsorganen der OSZE und insbesondere dem Generalsekretär dabei helfen sollte, die Unterstützung, die die Organisation den Teilnehmerstaaten auf diesem Gebiet leistet, kohärenter zu gestalten. Der Rat des Freundeskreises lautete, sich auf dimensionenübergreifende Konzepte, regionale Ansätze, umfassende Bedarfsermittlungen und nachhaltige und wirkungsorientierte Vorgehensweisen zu konzentrieren.

SCHWERPUNKT IN WIRTSCHAFT UND UMWELT

Im Zentrum des diesjährigen Implementierungstreffens zur Wirtschafts- und Umweltdimension standen Gute Regierungsführung im Allgemeinen und das Korruptionsproblem im Besonderen. Der serbische Vorsitz verbreitete ein Dokument mit dem Titel „Stärkung der institutionellen Fähigkeit der OSZE auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung“ mit Beiträgen verschiedener Teilnehmerstaaten und konkreten Optionen für die Korruptionsbekämpfung.

Serbien hielt auch etliche Treffen des Wirtschafts- und Umweltausschusses zu Themen wie Arbeitsmigration, Verkehr, Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche, Energiesicherheit sowie Klimaveränderungen und Verringerung des Katastrophenrisikos ab.

WASSER EINT UND VERBINDET

„Wasser-Governance im OSZE-Raum – mehr Sicherheit und Stabilität durch Zusammenarbeit“, das Thema des 23. Wirtschafts- und Umweltforums, bildete 2015 den Hauptschwerpunkt in der zweiten Dimension. Die Aussage „Wasser ist von grundlegender Bedeutung, es eint und verbindet“ wurde diesbezüglich zum Motto des serbischen Vorsitzes, der an diesen Themenkreis ausgehend von vorbildlichen Verfahren und im Hinblick auf eine weitere Stärkung der Zusammenarbeit positiv heranging.

Im Zuge der Tagungen im Zusammenhang mit dem Wirtschafts- und Umweltforum ließ der Vorsitz die Frage der verantwortungsvollen Wasserpolitik, und wie man die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet verstärken könne, in aller Ausführlichkeit diskutieren. Bei diesen Beratungen zeigte sich, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten der Wasserpolitik große Bedeutung beimessen und zunehmend erkennen, dass die Tragweite und Komplexität wasserbezogener Herausforderungen nicht vor nationalen und regionalen Grenzen Halt macht, woraus sich die Notwendigkeit eines echten internationalen Ansatzes ergibt.

FÖRDERUNG DER MENSCHENRECHTE UND DER BETEILIGUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Der serbische Vorsitz konzentrierte sich auf die strukturierte und inhaltliche Arbeit des Ausschusses zur menschlichen Dimension und legte dabei das Hauptaugenmerk auf die Umsetzung der bestehenden OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension und die Ermittlung einschlägiger Bereiche, in denen eine Aktualisierung der Verpflichtungen erforderlich ist.

25 JAHRE CHARTA VON PARIS

Veranstaltungen zur Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, von Toleranz und Nichtdiskriminierung, unter anderem

- Schutz der Sicherheit und Integrität von Journalisten in der OSZE-Region
- Erweiterter Ausschuss zur menschlichen Dimension zur Bekämpfung von Hasskriminalität
- Sonderveranstaltung zur menschlichen Dimension über Menschenrechte und Grundfreiheiten von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen
- Wahlseminar

- | |
|---|
| <p>– Konferenz über verstärkte Bemühungen um die Verhütung und Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen, mit dem Schwerpunkt Hasskriminalität, Ausgrenzung, Marginalisierung und Verweigerung von Rechten</p> |
|---|

Die enge Zusammenarbeit mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), der Hohen Kommissarin für nationale Minderheiten (HKNM) und der Beauftragten für Medienfreiheit wurde 2015 nicht zuletzt durch die Abhaltung der regulären OSZE-Treffen zur menschlichen Dimension fortgeführt.

In Wien fanden drei Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension zu folgenden Themen statt: Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, mit dem Schwerpunkt Vereinigungsfreiheit; Religions- und Weltanschauungsfreiheit; Förderung von gegenseitiger Achtung und wechselseitigem Verständnis; Beitrag der OSZE zum Schutz nationaler Minderheiten.

Die besondere Aufmerksamkeit des serbischen Vorsitzes galt nationalen Menschenrechtsinstitutionen (NMRI). Auf der Tagesordnung des Seminars zur menschlichen Dimension in Warschau zum Thema „Die Rolle nationaler Menschenrechtsinstitutionen (NMRI) bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte im OSZE-Raum“ standen denn auch folgende Themen: Die Rolle von Ombudsleuten, Volksanwaltschaften und anderen NMRI für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte; die Interaktion zwischen NMRI, Regierungen und Zivilgesellschaft; die Herausforderungen, mit denen NMRI bei der effektiven und effizienten Wahrnehmung ihres Mandats konfrontiert sind.

Der Zivilgesellschaft eine stärkere Rolle und Stimme zu verleihen, war eine gemeinsame Priorität für die beiden aufeinanderfolgenden Vorsitzländer Schweiz und Serbien; deshalb bemühte man sich auch 2015 wie schon im Vorjahr um eine verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft insgesamt in die Aktivitäten der OSZE, hauptsächlich über fortlaufende Workshops zu bestimmten Themen. Den Mitgliedern der Troika wurden darüber hinaus die Empfehlungen übergeben, die von einer Konferenz der Zivilgesellschaft in Belgrad verabschiedet worden waren.

DIMENSIONENÜBERGREIFENDES

Der serbische Vorsitz machte sich besonders die dimensionenübergreifenden Aspekte aktueller Fragen wie der Terrorismusbekämpfung und der Migrations- und Flüchtlingskrise zum Anliegen. Zum ersten Mal veranstalteten die drei Ausschüsse (Sicherheit, Wirtschaft und Umwelt, menschliche Dimension) gemeinsame Sitzungen zu diesen Themenkreisen, bei denen namhafte Vertreter der Teilnehmerstaaten, maßgeblicher internationaler Organisationen und der Zivilgesellschaft Impulsreferate hielten.

Horizontale Fragen des Menschenhandels und das Querschnittsthema Gender beanspruchten während der gesamten Zeit des Vorsitzes einen prominenten Platz auf der Tagesordnung. Darüber hinaus galt – in Fortführung der Baseler Ministererklärung zur Jugend – das besondere Augenmerk der Jugend, einer Gruppe, die ihrer Verletzlichkeit wegen besonders schutzwürdig ist, zum anderen aber auch in allen drei Dimensionen jugendbezogene Sicherheitsaspekte einbringen kann, wenn sie aktiv in verschiedene OSZE-Aktivitäten eingebunden wird.

Der Vorsitz erstellte den Entwurf zum OSZE-Aktionsplan für Jugend und Sicherheit und setzte sich für die Aktualisierung des OSZE-Aktionsplans 2004 zur Förderung der

Gleichstellung von Frauen und Männern ein, um ihn fit für die aktuellen und entstehenden Entwicklungen und Herausforderungen zu machen.

FÖRDERUNG DER VERSÖHNUNG UND REGIONALEN KOOPERATION IN SÜDOSTEUROPA

BOTSCHAFTER GÉRARD STOUDMANN
SONDERBEAUFTRAGTER DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR DEN WESTBALKAN

Auf dem Westbalkan setzte der serbische Vorsitz die Unterstützung für den Versöhnungs- und regionalen Kooperationsprozess im Einklang mit der mit dem scheidenden Schweizer Vorsitz vereinbarten Politik fort. In seiner Eigenschaft als Sonderbeauftragter für den Westbalkan trug Botschafter Gérard Stoudmann zu den erfolgreichen Besuchen des Amtierenden Vorsitzenden bei den OSZE-Feldoperationen in der Region bei.

Angesichts der politischen und institutionellen Krise in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien bestärkte er die OSZE-Bemühungen, eine Eskalation der Krise und eine drohende Polarisierung entlang ethnischer Grenzen zu verhüten. Botschafter Stoudmann legte den Parteien nahe, sich von der OSZE technische Hilfestellung für Wahlfragen zu holen, um das Terrain für die Abhaltung vorgezogener Parlamentswahlen im Jahr 2016 aufzubereiten. Diese Empfehlung fand Eingang in die Vereinbarung, die zwischen Regierungskoalition und Opposition unter EU-Führung geschlossen wurde.

Der Sonderbeauftragte gab auch konkrete Empfehlungen ab, um das Vertrauen der Bürger Montenegros in ihr Wahlsystem zu stärken.

PLANEN FÜR DEN FRIEDEN

DIE HOCHRANGIGE PLANUNGSGRUPPE

www.osce.org/hlpg

Die 1994 eingerichtete Hochrangige Planungsgruppe (HLPG) gibt dem Amtierenden Vorsitzenden Empfehlungen hinsichtlich der Ausarbeitung eines Plans für die Aufstellung einer multinationalen Friedenstruppe für den Bergkarabach-Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst.

Oberst Markus Widmer, Leiter der HLPG, begleitete 2015 die Delegation des Amtierenden Vorsitzenden bei seinem Besuch in Armenien und Aserbaidschan, der Kontakte mit den höchsten politischen Behörden beider Länder ermöglichte. Mitglieder der HLPG nahmen an drei, vom Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst, organisierten Beobachtungsübungen an der Kontaktlinie teil.

Zweimal in diesem Jahr stattete die HLPG der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen einen Besuch ab, bei dem eine solide Partnerschaft begründet wurde. Ausgehend von der Auswertung früherer Besuche bei den Vereinten Nationen und der Europäischen Union (EU) und auf Grundlage der Schlussfolgerungen aus den Briefings durch Offiziere aus Österreich und Irland erteilte die HLPG dem Vorsitz Empfehlungen für ihre weitere Planung.

„Dank der fortwährenden Unterstützung durch den serbischen Vorsitz wird die Hochrangige Planungsgruppe inzwischen als sichtbarer, professioneller und maßgeblicher Akteur wahrgenommen und ist damit ein brauchbares Werkzeug im Werkzeugkasten der OSZE, auf das sie zurückgreifen kann, sobald es ein Friedensabkommen gibt.“

Oberst Markus Widmer

Scheidender Leiter der HLPG nach Ablauf seiner Dienstzeit

BOTSCHAFTER ANDRZEJ KASPRZYK

PERSÖNLICHER BEAUFTRAGTER DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE FÜR DEN KONFLIKT, MIT DEM SICH DIE MINSK-KONFERENZ DER OSZE BEFASST

www.osce.org/prcio

Auch im Jahr 2015 unterstützte der Persönliche Beauftragte Botschafter Andrzej Kasprzyk laufend die Bemühungen des Amtierenden Vorsitzenden und der Kovorsitze der Minsk-Gruppe der OSZE, eine friedliche Beilegung des Bergkarabach-Konflikts herbeiführen zu helfen.

Der Persönliche Beauftragte und sein Team unterstützten den Besuch des Amtierenden Vorsitzenden im Südkaukasus im Juni sowie vier Reisen der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe in die Region im Februar, Juni, Juli und Oktober.

Der Persönliche Beauftragte kam regelmäßig mit Vertretern aller Seiten auch auf höchster militärischer und politischer Ebene zusammen und hielt die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe über die jüngsten Entwicklungen auf dem Laufenden. Er unterstützte die Kovorsitze bei einer Reihe gesonderter Treffen mit den Außenministern von Armenien und Aserbaidschan sowie bei einem gemeinsamen Treffen und war ihnen bei der Vorbereitung eines Treffens der Präsidenten im Dezember in Bern behilflich. Abgesehen von regelmäßigen Briefings für den Amtierenden Vorsitzenden nahm Botschafter Kasprzyk an den Unterrichtungen der Außenminister teil, die die Kovorsitze der Minsk-Gruppe in Helsinki, Rom, Washington, Paris, Berlin und Moskau abhielten.

Mit Unterstützung der Seiten führten der Persönliche Beauftragte und sein Team 24 Beobachtungsübungen durch, sieben davon an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan und siebzehn an der Kontaktlinie. Bei einer Übung im Oktober führte er die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe über die Kontaktlinie, um zu zeigen, dass die Linie nicht zu einem dauerhaften Hindernis für Kontakte zwischen benachbarten Völkern werden sollte. An drei Beobachtungsübungen konnten auch Vertreter der HLPG teilnehmen.

ZUSAMMENARBEIT MIT INTERNATIONALEN UND NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

- Sonderbeauftragter der Europäischen Union für den Südkaukasus und die Krise in Georgien
- Stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen
- Vertreter der armenischen und aserbaidchanischen Diaspora in den USA
- Parlamentarische Versammlung EURO-NEST
- Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
- Büro des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)
- zivilgesellschaftliche Organisationen

SÜDKAUKASUS

BOTSCHAFTER ANGELO GNÄDINGER

SONDERBEAUFTRAGTER DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE FÜR DEN SÜDKAUKASUS

Botschafter Gnädinger setzte 2015 seinen aktiven Einsatz in Unterstützung der Friedensprozesse im Südkaukasus fort. Gemeinsam mit Vertretern der Vereinten Nationen und der Europäischen Union hatte er den Kovorsitz bei vier Runden der Internationalen Genfer Gespräche inne und vermittelte zusammen mit dem Leiter der Beobachtermission der Europäischen Union in Georgien zwölf Treffen des dazugehörigen Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen in Ergneti. Diese Gespräche sind nach wie vor wichtig dafür, die Sicherheitslage trotz der anhaltenden politischen und humanitären Herausforderungen in der Region ruhig und stabil zu halten.

Der Sonderbeauftragte unterbreitete erneut Initiativen, um den politischen Prozess in konkrete Aktionen zu überführen, wie etwa die Entsendung einer Expertenmission, die mehrere Fälle von Vermissten aufklären helfen sollte.

Der Amtierende Vorsitzende besuchte Armenien, Aserbaidschan und Georgien, wo er erfolgreiche Gespräche mit hochrangigen Regierungsvertretern, Parlamentariern und Vertretern der Zivilgesellschaft führte. Er bekräftigte die anhaltende Unterstützung der OSZE für die Behörden und die Zivilgesellschaft Georgiens bei der Bewältigung von Herausforderungen in allen drei Dimensionen. In Armenien und Aserbaidschan rief er dazu auf, die Bemühungen um die Lösung des Konflikts, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst, zu verstärken.

TRANSNISTRIEN-KONFLIKT

BOTSCHAFTER RADOJKO BOGOJEVIĆ

SONDERBEAUFTRAGTER DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE FÜR DEN PROZESS ZUR BEILEGUNG DER TRANSNISTRIEN-FRAGE

Gemeinsam mit der OSZE-Mission in Moldau unternahm der Vorsitz 2015 Bemühungen zur Wiederbelebung des Prozesses zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts. Innenpolitische Veränderungen und zunehmende Spannungen in der OSZE-Region beeinträchtigten erneut den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage und verhinderten, dass offizielle Treffen im 5+2-Format stattfanden.

Der Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden, Botschafter Radojko Bogojević, spielte ebenso wie die zuständigen Durchführungsorgane der OSZE eine bedeutende Rolle für den Abbau von Spannungen und die Vermittlung eines Dialogs zwischen Moldau und Transnistrien und zwischen allen am „5+2“-Format Beteiligten. 2015 reiste er vier Mal in die Region, besuchte Moskau, Kiew und Brüssel und ermöglichte gesonderte Konsultationen mit den Teilnehmern an der „Ständigen Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format“, die im April in Wien stattfand. Die Lage zwischen den Konfliktparteien blieb stabil. Alle am „5+2“-Format Beteiligten stehen zu ihrer Zusage, ihre Bemühungen um eine Wiederbelebung des Prozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage fortzusetzen, und auf dem

Ministerrattreffen in Belgrad bekräftigten die Teilnehmerstaaten in einer Ministererklärung einstimmig die Grundlagen und Zielsetzungen des Prozesses und ermutigten die Seiten dazu, ihren regelmäßigen Dialog zu vertiefen, ihre politischen Vertreter zu ermächtigen und einen Jahreskalender für Verhandlungen aufzustellen.

GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

MELANNE VERVEER

SONDERBEAUFTRAGTE DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR
GENDERFRAGEN

Seit Frühjahr 2015 ist Botschafterin Melanne Verveer die Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Genderfragen.

Die Sonderbeauftragte sprach auf dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension 2015 und nahm an Nebenveranstaltungen teil, bei denen die Mitwirkung von Frauen an der Politik erörtert wurde. Sie sprach auch bei einer Sitzung, die der Ausschuss zur menschlichen Dimension zum Thema Gleichstellung der Geschlechter abhielt.

Im November nahm sie an einer Podiumsdiskussion im Rahmen eines *Security Day* der OSZE zum Thema „Im Streben nach Frieden und Stabilität – wie Gender etwas bewirken kann“ teil. Botschafterin Verveer, die im Zuge eines Länderbesuchs die Ukraine bereist hatte, befasste sich in ihrem Beitrag besonders mit der Rolle von Frauen für Frieden und Sicherheit vor dem Hintergrund der Krise in der und um die Ukraine.

„Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine Querschnittsaufgabe, die alle drei Dimensionen angeht; sie ist unerlässlich, um die Menschenrechte und Demokratie voranzubringen, um wirtschaftlichen Wohlstand zu erreichen und Konflikte zu beenden, die Sicherheit voranzubringen und einen dauerhaften Frieden aufzubauen. Gleichstellung der Geschlechter und Sicherheit gehen Hand in Hand.“

Melanne Verveer

Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für Genderfragen

JUGEND UND SICHERHEIT

ANNA-KATHARINA DEININGER UND MILENA STOŠIĆ

SONDERBEAUFTRAGTE DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE FÜR
JUGEND UND SICHERHEIT

In enger Zusammenarbeit mit dem Vorsitz, den Durchführungsorganen der OSZE und der Zivilgesellschaft bemühten sich die ersten Sonderbeauftragten für Jugend und Sicherheit in der Geschichte der OSZE um eine stärkere Beteiligung junger Menschen an der OSZE. Es ist für die OSZE unerlässlich, die Jugend in die Friedens- und Sicherheitsagenda einzubinden und für dauerhafte Partizipationsmechanismen zu sorgen.

Die Stimme der Jugend war zu hören bei

- den *Security Days*
- dem Helsinki+40-Seminar der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

- dem Regionalseminar des BDIMR und der OSZE-Mission in Serbien über die politische Teilhabe der Jugend
- dem Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension
- dem zentralasiatischen Jugendnetzwerk des Programmbüros in Astana
- den Treffen des Freundeskreises „Jugend“
- dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension
- der Nebenveranstaltung des Vorsitzes im Zuge des Ministerratstreffens zum Thema Radikalisierung Jugendlicher
- der OSZE-Kampagne „Die OSZE vereint gegen gewalttätigen Extremismus“ (#unitedCVE)

2015 veranstaltete der Vorsitz gemeinsam mit seinen Sonderbeauftragten eine Konferenz in Belgrad zum Thema „Mit der Jugend für die Jugend – Schutz vor Radikalisierung“, die eine Diskussionsplattform für Vertreter der Teilnehmerstaaten, Forscher, Zivilgesellschaft, Jugendorganisationen und Jugendbotschafter in allen drei OSZE-Dimensionen bot. Ihre Ergebnisse und Empfehlungen sind im Konferenzbericht nachzulesen.

Die auf dem 22. Treffen des Ministerrats in Belgrad verabschiedete Erklärung zu Jugend und Sicherheit sowie die Erklärung über die Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, ebneten den Weg für eine inklusivere Form der Zusammenarbeit mit Jugendlichen für Jugendliche.

PERSÖNLICHE BEAUFTRAGTE DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG

RABBI ANDREW BAKER

PERSÖNLICHER BEAUFTRAGTER DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR DIE BEKÄMPFUNG DES ANTISEMITISMUS

TALIP KÜÇÜKCAN

PERSÖNLICHER BEAUFTRAGTER DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR DIE BEKÄMPFUNG VON INTOLERANZ UND DISKRIMINIERUNG GEGENÜBER MUSLIMEN

ALEXEY AVTONOMOV

PERSÖNLICHER BEAUFTRAGTER DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR DIE BEKÄMPFUNG VON INTOLERANZ UND DISKRIMINIERUNG GEGENÜBER CHRISTEN UND ANGEHÖRIGEN ANDERER RELIGIONEN

Die drei vom Schweizer Vorsitz bestellten Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für Toleranz und Nichtdiskriminierung setzten ihre Tätigkeit unter dem Vorsitz Serbiens 2015 fort.

Die Persönlichen Beauftragten statteten im Januar Frankreich und im Juni den Niederlanden gemeinsame Besuche ab. Im Juni begleitete Rabbi Baker ODIHR-Direktor Michael Georg Link bei seinem Besuch in Ungarn. Im Zuge ihrer Besuche kamen die Persönlichen Beauftragten mit Vertretern der Regierung, örtlicher Behörden und der Zivilgesellschaft zusammen, um die Lage der verschiedenen Religionsgemeinschaften zu erörtern und zu

besprechen, welche Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Rechtsstellung ergriffen werden könnten.

Die Persönlichen Beauftragten nahmen einzeln oder gemeinsam in offizieller Funktion an Sitzungen teil, unter anderem am Ausschuss zur menschlichen Dimension, an der Konferenz „Verstärkte Bemühungen um die Verhütung und Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen, mit dem Schwerpunkt Hasskriminalität, Ausgrenzung, Marginalisierung und Verweigerung von Rechten“, dem Fünften Kongress der Führer der traditionellen und Weltreligionen, dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension, dem Ständigen Rat und dem Ministerrat in Belgrad.

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Die Rechtsstellung der OSZE und ihre Auswirkungen auf die Arbeit der OSZE bildeten auch 2015 einen Schwerpunkt, insbesondere im Hinblick auf die Fürsorgepflicht gegenüber den OSZE-Bediensteten und den Schutz von OSZE-Eigentum. Der serbische Vorsitz und sein Sonderberater für die rechtliche Grundlage der OSZE, Botschafter John Bernhard, führten auf der Suche nach Lösungen informelle Gespräche und hielten drei Sitzungen der informellen Arbeitsgruppe für die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE ab. Die in Frage kommenden Optionen wurden auf vier reduziert und man war sich ganz allgemein darin einig, dass für diese seit Langem anstehende Frage ehestmöglich eine Lösung gefunden werden müsse.

KOOPERATIONSPARTNER

Der serbische Vorsitz setzte die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern der OSZE sowohl mittels der Kontaktgruppentreffen als auch der Konferenzen für den Mittelmeerraum und Asien fort.

ASIEN-KONTAKTGRUPPE

Kooperationspartner in Asien: Afghanistan, Australien, Japan, Republik Korea, Thailand
Vorsitz: **Schweiz**

Die Schweiz, die 2015 den Vorsitz der Asien-Kontaktgruppe innehatte, unterstützte den serbischen OSZE-Vorsitz in seinem Bestreben, einen offenen und interaktiven Dialog zwischen der OSZE und den Kooperationspartnern in Asien zu fördern und bedarfsorientiert auf die Interessen und Prioritäten der asiatischen Partner einzugehen. Im Mittelpunkt der Arbeit mit den Kooperationspartnern in Asien stand in diesem Jahr die Suche nach Bereichen für konkrete gemeinsame Aktivitäten und Möglichkeiten für einen verstärkten institutionellen Austausch zwischen den Sicherheitsmechanismen in Asien und der OSZE. Die Kontaktgruppe trat 2015 fünf Mal zur Erörterung der folgenden Themenkreise zusammen:

- die Lage auf der koreanischen Halbinsel und die Wichtigkeit eines Dialogs und vertrauensbildender Maßnahmen (VBM)
- Erfahrungen in Europa und der KSZE/OSZE und Erfahrungserkenntnisse im Hinblick auf eine mögliche multilaterale Sicherheitskooperation in Asien
- Cybersicherheit, mit Fokus auf der Rolle von VBM
- die Weltkonferenz der Vereinten Nationen über die Verringerung des Katastrophenrisikos und deren Ergebnisse für die Arbeit der OSZE
- die Nordostasiatische Friedens- und Kooperationsinitiative (NAPCI)

- vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) und Konfliktverhütung aus Sicht des Verbandes südostasiatischer Nationen (ASEAN) und der OSZE
- der Transformationsprozess in Afghanistan und die Rolle der Frauen
- die Lage afghanischer Flüchtlinge

Vertreter der jeweiligen Partnerländer unterrichteten bei diesen Treffen die Teilnehmer über die Lage in ihren Staaten und regten Themen für die weitere Zusammenarbeit und künftige Aktivitäten an.

DIE OSZE/ASIEN-KONFERENZ 2015

Die diesjährige OSZE/Asien-Konferenz in Seoul (Korea) am 1. und 2. Juni 2015 befasste sich mit dem Thema „Das sich verändernde globale sicherheitspolitische Umfeld und Visionen einer multilateralen Sicherheitskooperation in Asien“. In den Diskussionen zeigte sich, dass beide Seiten an einer Stärkung institutionalisierter Beziehungen und an einer Intensivierung eines strukturierten Austauschs zwischen der OSZE und den Sicherheitsmechanismen in Asien wie dem ASEAN-Regionalforum und an der Festlegung konkreterer gemeinsamer Aktivitäten in bestimmten Themenbereichen wie etwa Terrorismusbekämpfung, Cybersicherheit und Katastrophenvorsorge interessiert sind.

MITTELMEER-KONTAKTGRUPPE

Kooperationspartner im Mittelmeerraum: Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko, Tunesien

Vorsitz: **Deutschland**

Deutschland arbeitete 2015 als Vorsitzender der Mittelmeer-Kontaktgruppe eng mit den Mittelmeerpartnern zusammen und förderte einen verstärkten Dialog. Die Lebendigkeit und der Kern der Partnerschaft wurden durch gut besuchte, zeitgemäße und ausgiebige Diskussionen während der OSZE-Mittelmeerkonferenz und in den Sitzungen der OSZE-Kontaktgruppe für den Mittelmeerraum ebenso wie durch die aktive Teilnahme von Vertretern der Mittelmeerpartnerländer an verschiedenen OSZE-Veranstaltungen und ihre Beteiligung an konkreten Projekten unterstrichen. Gemeinsam ermittelten die Partner und das OSZE-Sekretariat folgende Hauptthemen: Terrorismus und Radikalisierung, Migration (mit einem dimensionenübergreifenden Ansatz), Energie und interreligiöser Dialog. Die Kontaktgruppe traf 2015 sechs Mal zu folgenden Diskussionen zusammen:

- Medienfreiheit und Vorgehen gegen gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung
- Terrorismusbekämpfung und die Frage der Auseinandersetzung mit den Bedingungen, die Radikalisierung begünstigen, sowie deren Auswirkungen auf unsere Gesellschaften
- internationale Migration, Menschenhandel und Schutz der Flüchtlinge im Mittelmeer
- Umsetzung der auf dem OSZE-Ministerratstreffen 2014 in Basel verabschiedeten Antiterrorerklärungen über Entführungen zur Erpressung von Lösegeld und gegen ausländische terroristische Kämpfer
- nachhaltige Energie – Stabilität und Sicherheit voranbringen
- das positive Potenzial der Migration für die Wirtschaft und Stabilität im Mittelmeerraum

Neben den Sitzungen zeigte sich die praktische Zusammenarbeit im Kontext von zahlreichen fruchtbaren Projekten und verschiedenen Workshops mit den Partnern in allen drei Dimensionen. Außerdem wurde an wesentlichen Studien wie der Feldstudie zu nachhaltiger

Energie für die OSZE-Partner im Mittelmeerraum, die im Frühjahr 2016 fertiggestellt sein soll, gearbeitet.

DIE OSZE-MITTELMEERKONFERENZ 2015

Die jährliche Mittelmeerkonferenz unter dem Titel „Gemeinsame Sicherheit im Mittelmeerraum – Herausforderungen und Chancen“ fand am 20. und 21. Oktober in Jordanien statt.

Der Fokus der Konferenz lag auf dem Kampf gegen den gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, der Rolle von interreligiösem und interkulturellem Dialog und der Auseinandersetzung mit den aktuellen Herausforderungen der Migration. Erstmals diente die Mittelmeerkonferenz auch als Plattform für eine hochrangige politische Diskussion über gemeinsame Sicherheitsherausforderungen. Sie versammelte rund 225 Teilnehmer aus 44 Partnerländern im Mittelmeerraum und OSZE-Teilnehmerstaaten, unter ihnen sechzehn Außenminister und stellvertretende Außenminister, eine Reihe wichtiger Vertreter internationaler Organisationen und Vertreter der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Medien. Neben anderen prominenten Rednern hielten der Minister für auswärtige Angelegenheiten Jordaniens, Nasser Judeh, und der Minister für auswärtige Angelegenheiten Deutschlands, Frank-Walter Steinmeier, jeweils ein Hauptreferat.

Die Konferenz befasste sich mit grundlegenden politischen Fragen in Bezug auf die Bedingungen, Strukturen und Instrumente der kooperativen Sicherheit und Vertrauensbildung und der potenziellen Bedeutung der KSZE/OSZE-Prozesse für andere Regionen der Welt. Schließlich brachte die Konferenz auch Anregungen hervor, wie die Mittelmeerpartnerschaft durch eine strukturiertere Form der Zusammenarbeit gestärkt und ein substanziellerer Dialog mit den Partnern ermöglicht werden kann.

„Und deshalb liegt in unseren europäischen Erfahrungen keine Blaupause – vielleicht aber ein Fundus von Prinzipien und Prozessen, die auch für politische Lösungen im Nahen und Mittleren Osten Staaten ein Hoffnungsschimmer sein können.“

Frank-Walter Steinmeier

Minister für auswärtige Angelegenheiten von Deutschland

- | | |
|-------------------------|--|
| 15. Jan.: | Eröffnungsansprache von Minister Dačić als Amtierender Vorsitzender der OSZE (Wien) |
| 20. Jan.: | Der Amtierende Vorsitzende begrüßt die Erklärung des Ständigen Rates, die zur unverzüglichen Feuereinstellung und zur vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen aufruft |
| 7. Feb.: | Die OSZE erhält den „Ewald-von-Kleist-Preis“ (München) |
| 24. Feb.: | Der Amtierende Vorsitzende spricht vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (New York) |
| 26. – 27. März: | Konferenz des Amtierenden Vorsitzenden über den Schutz der Sicherheit und Unversehrtheit von Journalisten (Belgrad) |
| 21. – 22. April: | Konferenz des Amtierenden Vorsitzenden über Governance und Reform im Sicherheitssektor (Belgrad) |
| 11. – 13. Mai: | Zweites Vorbereitungstreffen des Wirtschafts- und Umweltforums (Belgrad) |
| 1. – 3. Juni: | Seminar zur menschlichen Dimension zur Rolle nationaler Menschenrechtsinstitutionen (Warschau) |

- 16. Juni:** Gemeinsame Sitzung der drei Ausschüsse zum Thema Terrorismusbekämpfung (Wien)
- 23. – 25. Juni:** Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz (Wien)
- 9. Juli:** Der Amtierende Vorsitzende spricht vor der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Helsinki)
- 10. Juli:** OSZE-Treffen auf hoher Ebene (Helsinki)
- 3. – 4. Sept.:** Konferenz des Vorsitzes „Mit der Jugend für die Jugend – Schutz vor Radikalisierung“ (Belgrad)
- 8. Sept.:** „Lehren aus dem 2. Weltkrieg – Erinnerungen und öffentliche Politiken“ (Belgrad)
- 14. – 16. Sept.:** Wirtschafts- und Umweltforum (Prag)
- 19. Sept.:** Treffen der Ministertroika, die OSZE erhält den Kaiser-Otto-Preis (Magdeburg)
- 21. Sept. – 2. Okt.:** Das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension wird erstmals vom Amtierenden Vorsitzenden eröffnet (Warschau)
- 1. Okt.:** Veranstaltung zu OSZE-Friedenseinsätzen auf Ministerebene (New York)
- 6. Okt.:** Gemeinsame Sitzung der drei Ausschüsse zum Thema Migrationskrise (Wien)
- 29. – 30. Okt.:** Workshop über wirksame Strategien gegen Bedrohungen der Cybersicherheit und der IKT-Sicherheit (Belgrad)
- 3. – 4. Dez.:** OSZE-Ministerratstreffen (Belgrad)

DER STÄNDIGE RAT

Der Ständige Rat ist das reguläre Gremium der OSZE für politische Konsultation und Beschlussfassung. Er ist für das Tagesgeschäft der Organisation zuständig.

DER STÄNDIGE RAT

Der Ständige Rat

www.osce.org/pc

Der Ständige Rat ist das wichtigste beschlussfassende Organ, das die tägliche operative Arbeit der OSZE zwischen den Treffen des Ministerrats bestimmt. Während des serbischen OSZE-Vorsitzes 2015 führte Botschafter Vuk Žugić, der Ständige Vertreter der Republik Serbien bei der OSZE und anderen internationalen Organisationen in Wien, den Vorsitz im Ständigen Rat.

Der serbische Vorsitz tat sein Möglichstes, um das Potenzial der Sitzungen des Ständigen Rates als echte Dialogplattform der 57 Teilnehmerstaaten der OSZE auszuschöpfen. 2015 fanden 51 Sitzungen des Ständigen Rates und drei gemeinsame Sitzungen mit dem Forum für Sicherheitskooperation (FSK) statt. Der Vorsitz lud viele hochrangige Gäste – Minister, stellvertretende Minister und Leiter internationaler Organisationen – in den Ständigen Rat als Redner und zu einem Meinungsaustausch mit den Delegationen der Teilnehmerstaaten ein. Zur Organisation und Vorbereitung der Sitzungen des Ständigen Rates ließ der Vorsitz 48 Sitzungen des Vorbereitungsausschusses, 42 informelle Treffen und 316 politische Dialoge abhalten.

Der Vorsitz des Ständigen Rates bestellte für die drei allgemeinen Ausschüsse die folgenden Vorsitzenden: Botschafter Cristian Istrate, Vorsitzender des Sicherheitsausschusses, Botschafter Tomislav Leko (1. Januar bis 30. Juni) und Botschafter Andreas Papadakis (1. Juli bis 31. Dezember), Vorsitzender des Wirtschafts- und Umweltausschusses, und Botschafter Robert Kvile, Vorsitzender des Ausschusses für die menschliche Dimension.

Der Ständige Rat verabschiedete unter serbischem Vorsitz 36 Beschlüsse und drei Erklärungen.

„Als ich die Prioritäten des serbischen Vorsitzes vorstellte, strich ich einige wichtige Punkte heraus, die unsere Handlungen zu diesem Zeitpunkt mehr denn je leiten sollten: Dialog und Kompromiss, friedliche Beilegung von Streitigkeiten, Vertrauensbildung, Solidarität, Verantwortung und Zusammenarbeit. Unter so schwierigen Umständen muss uns die Wiederherstellung des Konsenses über die europäische Sicherheit ein zentrales Anliegen sein.“

Botschafter Vuk Žugić

Ständiger Vertreter der Republik Serbien bei der OSZE und anderen internationalen Organisationen in Wien

HOCHRANGIGE REDNER BEI SITZUNGEN DES STÄNDIGEN RATES IM JAHR 2015

15. Januar

Antrittsrede des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, des Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für auswärtige Angelegenheiten der Republik Serbien, **Ivica Dačić**

22. Januar

Staatssekretärin im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Serbien und Leiterin der serbischen Delegation bei der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken, **Roksanda Ninčić**

11. März

Minister für auswärtige Angelegenheiten von Armenien, **Edward Nalbandian**

12. März

Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarats, Vize-Premierminister und Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten von Belgien, **Didier Reynders**

19. März

Erster stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten von Georgien, **David Dondua**

30. April

Generalsekretär der Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung (GUAM), **Waleri Tschetschelaschwili**

11. Mai

Minister für auswärtige Angelegenheiten von Spanien, **José Manuel García-Margallo**

21. Mai

Ministerin für Frauenangelegenheiten von Afghanistan, **Dilbar Nazari**

4. Juni

Minister für auswärtige Angelegenheiten von Malta, **George Vella**

9. Juni

Minister für auswärtige Angelegenheiten von Bosnien und Herzegowina, **Igor Crnadak**

11. Juni

Minister für auswärtige Angelegenheiten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, **Nikola Poposki**

2. Juli

Minister für auswärtige Angelegenheiten von Deutschland, **Frank-Walter Steinmeier**

23. Juli

Generalsekretär des Kooperationsrats der turksprachigen Staaten, **Ramil Hassanow**
Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der turksprachigen Länder (TURKPA), **Schandos Assanow**

29. Oktober

Minister für auswärtige Angelegenheiten von Bulgarien, **Daniel Mitow**

29. Oktober

Generalsekretär des Regionalen Kooperationsrats, **Goran Svilanović**

DAS FORUM FÜR SICHERHEITS- KOOPERATION

Das Forum ist das wichtigste Beschlussfassungsorgan der OSZE zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit. Seine Teilnehmer treffen wöchentlich in Wien zusammen und befassen sich unter anderem mit Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen.

Das Forum für Sicherheitskooperation

www.osce.org/fsc

Das Forum für Sicherheitskooperation trug weiter zur Entschärfung der Krise in der und um die Ukraine bei und befasste sich auch dieses Jahr mit maßgeblichen Entwicklungen in der politisch-militärischen Dimension. Viele Delegationen, insbesondere die Ukraine, die Europäische Union, die Vereinigten Staaten und die Russische Föderation, nutzten das Forum regelmäßig für einen Meinungsaustausch zu dieser Frage. Das Forum bemühte sich erneut um eine verstärkte Umsetzung der bestehenden vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) und die Erörterung möglicher zusätzlicher Maßnahmen im Einklang mit den entsprechenden Beschlüssen, die auf den Ministerratstreffen in Kiew und Basel verabschiedet worden waren, und in dem gemeinsamen Bestreben, das Wiener Dokument bis Ende 2016 zu aktualisieren und zu modernisieren.

EINE DIALOGPLATTFORM

2015 trug das Forum weiter zur Entschärfung der Krise in der und um die Ukraine bei und befasste sich mit Entwicklungen und sicherheitspolitischen Besorgnissen in der politisch-militärischen Dimension. Das Forum bot den Teilnehmerstaaten auch eine nützliche Plattform, um ihre Standpunkte klarzustellen und neue Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Es entspann sich ein aktiver Dialog über aktuelle Fragen der europäischen Sicherheit. Initiativen von Teilnehmerstaaten führten zur Verabschiedung von sieben Beschlüssen, mit denen die Umsetzung bestehender OSZE-Verpflichtungen verstärkt und deren Weiterentwicklung vorangetrieben werden soll.

Alle drei FSK-Vorsitze des Jahres 2015 – die Mongolei, Montenegro und Norwegen – beschäftigten sich gemeinsam mit dem Ständigen Rat weiter mit dimensionenübergreifenden Fragen, die für beide Gremien relevant sind. Zu diesem Zweck hielten sie drei gemeinsame Sitzungen zur Sonderbeobachtermission in der Ukraine, zum illegalen Waffenhandel in der Mittelmeerregion und zur Geschlechtergleichstellung in den Streitkräften ab.

FSK-TROIKA

Auf dem 25. Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung wurde der Stand der Umsetzung vereinbarter VSBM bewertet. Es wurden über 45 Vorschläge gemacht, wie ihre Umsetzung weiter verbessert werden kann. Im Dezember tauschten die Leiter der Verifikationszentren Erfahrungen und Informationen über technische Aspekte des Wiener Dokuments 2011 aus.

Das Forum unterstützte die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE im Juni, bei der die Notwendigkeit betont wurde, die bestehenden Mechanismen und Regelungen im Bereich Rüstungskontrolle und VSBM grundlegend zu modernisieren.

Das Forum setzte sich auch für eine verstärkte Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit ein. Im Verlauf der vierten jährlichen Diskussion über seine Umsetzung im Juli wurde betont, dass die Einhaltung aller im Kodex enthaltenen Grundsätze und Normen von unverminderter Bedeutung sei, und seine Anwendung angesichts der derzeitigen Sicherheitslage in der OSZE-Region überprüft. Es gab einige

Vorschläge, wie die Umsetzung und Breitenwirkung des Kodex, einschließlich des jährlichen Informationsaustauschs, gefördert und verbessert werden kann.

Die OSZE stellte erneut ihre Bedeutung als Dialogplattform und Helferin im Bereich Nichtverbreitung und strategische Handelskontrollen unter Beweis. Auch 2015 setzte sie sich in Ergänzung der weltweiten Bemühungen für die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution (UNSCR) 1540 über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme ein. Die Rolle der Organisation erhielt durch die Verabschiedung des FSK-Beschlusses über „Die Rolle der OSZE zur Unterstützung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen“ eine offizielle Form. Da in das Jahr 2015 der 15. Jahrestag von UNSCR 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS) fiel, wurden im Forum verschiedene Aspekte der WPS-Agenda erörtert und Meinungen über weitere Schritte und vorbildliche Verfahren zur Umsetzung der Resolution ausgetauscht.

ZUSAMMENARBEIT IM VERLAUF DER KRISE

Viele Delegationen, insbesondere die Ukraine, die Europäische Union, die Vereinigten Staaten und die Russische Föderation, nutzten die wöchentlichen Sitzungen des Forums regelmäßig zur Darlegung ihrer Sichtweise der Krise in der und um die Ukraine. Es wurde auf das Wiener Dokument (WD) 2011 zurückgegriffen, um Besorgnisse hinsichtlich der Sicherheit anzusprechen und sich damit auseinanderzusetzen, aber auch um Inspektionen und Überprüfungsbesuche durchzuführen. Nach Kapitel IX und X wurden in der Ukraine zwanzig und in der Russischen Föderation sechs Verifikationsaktivitäten durchgeführt, während das Kapitel „Verminderung der Risiken“ fünfmal herangezogen wurde. Im Jahr 2015 wurden zwar keine WD-Plus-Beschlüsse verabschiedet, es wurden jedoch 24 Vorschläge zu fünf Kapiteln des Dokuments eingebracht.

PARTNERORGANISATIONEN UND -INSTITUTIONEN DES FSK 2015

Konventionelle Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen

- Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA), Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, Russische Akademie der Wissenschaften, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, *Benelux Arms Control Agency*

Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition

- Wassenaar-Arrangement, *Small Arms Survey*, Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung, RACVIAC – Zentrum für Sicherheitskooperation, *International Law and Policy Institute* (Norwegen), *Centre for Peace and Reconciliation Studies* der Universität Coventry (Vereinigtes Königreich)

Verhaltenskodex

- Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF), Zentralstelle Südost- und Osteuropa für die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen (SEESAC), Ombudsmann der norwegischen Streitkräfte

Nichtverbreitung und UNSCR 1540

- UNSCR-1540-Ausschuss, Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), Hauptausschuss II der Konferenz der Vertragsparteien im Jahr 2015 zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen

UNSCR 1325

- UN Women Nationales Komitee Deutschland, finnisches Innenministerium, Hauptquartier der schwedischen Streitkräfte, Folke-Bernadotte-Akademie, serbisches Verteidigungsministerium, norwegisches Verteidigungsministerium

BEFASSUNG MIT ÜBERSCHÜSSIGEN WAFFEN- UND MUNITIONSBESTÄNDEN

Im Einklang mit dem Beschluss Nr. 10/14 des Ministerrats von Basel und dem Aktionsplan der OSZE für Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) widmeten sich das Forum und der informelle SALW-Freundeskreis erneut der Förderung der Umsetzung bestehender Verpflichtungen und der Suche nach Mitteln, um die Maßnahmen wirksamer und effizienter zu machen. Es gab mehrere Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten. Gleichzeitig wurden im FSK einige Reflexionspapiere und Vorschläge zu Beschlussentwürfen erörtert, was konkret zum Beschluss führte, im Juli ein zweitägiges OSZE-Treffen zur Überprüfung der Umsetzung praxisbezogener Hilfsprojekte der OSZE betreffend SALW und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) abzuhalten.

Die rückläufige Finanzierung durch Geber veranlasste das OSZE-Sekretariat (Konfliktverhütungszentrum), *Repository*-Programme für die SALW- und SCA-Projekte und für die Ukraine zu entwickeln.

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE

In der Parlamentarischen Versammlung sind 323 Parlamentarier aus den 57 OSZE-Teilnehmerstaaten vertreten. Sie bietet ein Dialogforum, leitet Wahlbeobachtungsmissionen und stärkt die internationale Zusammenarbeit im Interesse der Einhaltung der Verpflichtungen zu politischen, Sicherheits-, Wirtschafts-, Umwelt- und Menschenrechtsfragen.

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

Generalsekretär: **Spencer Oliver** (bis 31. Dezember 2015)

Haushalt: 3 102 000 EUR

Personal: 19 Vollzeitmitarbeiter, 8 Research Fellows

www.oscepa.org

Von Donezk bis Guantánamo und bis an die türkisch-syrische Grenze war die Parlamentarische Versammlung (PV) 2015 auf der internationalen Bühne präsent, wenn sie zu einigen der drängendsten Fragen der menschlichen Sicherheit im OSZE-Raum ihre Stimme erhob. Die PV bot ein wichtiges parlamentarisches Dialogforum zur Krise in der und um die Ukraine, zur Flüchtlingssituation und zu anderen Themen. Zugleich setzte sie sich für die Einhaltung von internationalen Verpflichtungen und Wahlstandards ein und sorgte mit neuen Ideen für frischen Wind in der OSZE.

DIE UKRAINE IM BRENNPUNKT

Die Krise in der und um die Ukraine war auch 2015 Thema Nummer eins auf der PV-Agenda. Parlamentarier aus dem gesamten OSZE-Raum debattierten auf der Jahrestagung und der Wintertagung der PV über die Krise und die Reaktion der OSZE. Die Krise in der und um die Ukraine nahm in der Erklärung von Helsinki, die die Versammlung im Juli verabschiedete, großen Raum ein. In der Erklärung wurde der Verstoß Russlands gegen die Schlussakte von Helsinki kritisiert, auf eine vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen gedrängt, uneingeschränkter Zugang für die OSZE-Beobachter gefordert, ein landesweiter Dialog in der Ukraine befürwortet und Russland aufgefordert, die Annexion der Krim rückgängig zu machen.

Die PV setzte sich weiter für eine Aussöhnung ein und ermöglichte am Rande ihrer Tagungen und bei einer Klausur des deutschen Bundestags zum Thema Konfliktlösung einige der wenigen Treffen zwischen russischen und ukrainischen Parlamentariern seit Beginn der Krise.

PV-Präsident Ilkka Kanerva traf im Zuge seiner aktiven Diplomatie erneut Führungspersönlichkeiten aus dem Parlament und der Regierung in Kiew und Moskau. Im November besuchte er die Region Donezk, um sich ein Bild von der Lage zu machen und der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, welchen menschlichen Tribut die Krise fordert.

DER PARLAMENTARISCHE DIALOG

24. JAHRESTAGUNG, HELSINKI, 5. – 9. JULI

In der historischen Finlandia-Halle, in der 40 Jahre zuvor das Gründungsdokument der OSZE – die Schlussakte von Helsinki – unterzeichnet worden war, kamen rund 300 Parlamentarier zur Jahrestagung zusammen. Auf der Tagung, die unter dem Thema „Zurück zum Geist von Helsinki“ stand, waren Grundsatzreferate des finnischen Präsidenten Sauli Niinistö und des finnischen Außenministers Timo Soini zu hören. Auf dem Programm standen auch eine Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Schlussakte und die Herausgabe

des Schlussberichts zum Helsinki+40-Projekt der PV mit Empfehlungen zur Reform der OSZE.

Nach lebhaften Debatten endete die Tagung mit der Verabschiedung der Erklärung von Helsinki mit Grundsatzempfehlungen der Versammlung an die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten in den Bereichen politische Angelegenheiten und Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt, Menschenrechte und humanitäre Fragen. Die Parlamentarier billigten auch Entschlüsse zur Ukraine, zur Flüchtlingssituation, zu Terrorismus, Menschenhandel, Fragen der Arktis und anderen Themen.

Präsident Kanerva wurde für ein zweites Jahr in seinem Amt bestätigt und Roberto Montella wurde von den Leitern der nationalen Delegationen zum Generalsekretär der Versammlung gewählt, mit Amtsantritt im Januar 2016.

HERBSTTAGUNG, ULAN-BATOR, 15. – 18. SEPTEMBER WINTERTAGUNG, WIEN, 18. – 20. FEBRUAR

Zur Herbsttagung 2015 versammelten sich die Parlamentarier in Ulan-Bator, wo sie sich mit ihrer Rolle als Förderer der regionalen Zusammenarbeit befassten. Der mongolische Präsident Tsachiagiin Elbegdorsch und Parlamentspräsident Sandaachuu Enchbold richteten das Wort an die Teilnehmer der Tagung, auf deren Programm auch erstmals ein Runder Tisch zu Zentralasien mit den Leitern der OSZE-Feldpräsenzen in der Region stand. Die Parlamentarier befassten sich auch mit der Flüchtlingskrise und mit der Frage, in welchem Ausmaß die OSZE zur Hilfeleistung in der Lage ist – ein Thema, das 2016 auf der PV-Agenda an vorderer Stelle stehen wird.

An der Wintertagung nahmen fast 250 Parlamentarier aus dem gesamten OSZE-Raum teil. Vertreter der OSZE, unter ihnen die Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden in der Ukraine und in der Trilateralen Kontaktgruppe, Botschafterin Heidi Tagliavini, und der Leitende Beobachter der Sonderbeobachtermission in der Ukraine, Botschafter Ertuğrul Apakan, eröffneten die parlamentarische Debatte über die Reaktion der OSZE auf die Krise in der und um die Ukraine. Der Amtierende Vorsitzende der OSZE, Ivica Dačić, war eine der weiteren Persönlichkeiten, die mit den Abgeordneten die Lage erörterten. Auch das Mittelmeerforum der PV fand wieder statt, an ihm nahmen Parlamentarier aus vier Kooperationspartnerstaaten teil.

EINSATZ VOR ORT

Die Aktivitäten der PV-Mitglieder umfassten 2015 Besuche, Konsultationen auf hoher Ebene und Aufklärungsarbeit, wobei sie immer offen Stellung bezogen. Neben seinen Besuchen, die der Krise in der und um die Ukraine galten, reiste Präsident Kanerva im Januar auch in Flüchtlingslager an der türkisch-syrischen Grenze. Dabei wurde er von der Vorsitzenden des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen, Isabel Santos, begleitet, die gemeinsam mit anderen Parlamentariern bei einem Besuch in Lampedusa (Italien) auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise aufmerksam machte. Das Führungsgremium des Menschenrechtsausschusses besuchte auch das Gefangenenlager in Guantánamo Bay und rief zu dessen Schließung auf.

Auch die Sonderbeauftragten der PV waren mit großem Einsatz tätig: Roberto Battelli warb in Skopje für einen politischen Dialog und Rechenschaftspflicht, Benjamin Cardin besuchte die Schauplätze antisemitischer Anschläge in Paris und Kopenhagen und Ignacio Sánchez

Amor erörterte in Kirgisistan Fragen der Grenzsicherung. Neben der gemeinsam mit dem Bundestag veranstalteten Klausur zum Thema Ukraine organisierten die PV und das OSZE-Zentrum in Aschgabat eine vom turkmenischen Parlament ausgerichtete Veranstaltung zum Thema der parlamentarischen Mitsprache. Die PV unterstützte auch das kirgisische Parlament bei der Veranstaltung einer Genderkonferenz in Bischkek.

VISIONEN FÜR DIE OSZE VON MORGEN

In das Jahr 2015 fiel der Abschluss des Helsinki+40-Projekts der PV, einer Serie von Seminaren, die das ehrgeizige Ziel verfolgten, der Organisation im 40. Jahr ihres Bestehens Denkanstöße für ihre Reform zu liefern. Die Veranstaltungen in Moskau, Washington, Stockholm, Kopenhagen, Belgrad und Helsinki in den Jahren 2014 und 2015 fanden ebenso wie die Anregungen von Parlamentariern, Diplomaten und Experten Eingang in den Schlussbericht über das Projekt, der eine Fülle von Empfehlungen für das optimale Funktionieren der OSZE in den kommenden Jahren enthielt. Darunter fanden sich eine Modifizierung der konsensgebundenen Beschlussfassung in der OSZE, was ein rascheres Handeln in Krisensituationen ermöglichen würde, höhere Investitionen in Feldoperationen, eine stärkere Befassung mit Menschenrechtsfragen durch regelmäßige länderspezifische Bestandsaufnahmen, verstärkte Bemühungen um Erlangung der Rechtspersönlichkeit für die OSZE und die Stärkung der Rolle der PV als Bindeglied zur Bevölkerung.

Auf der Jahrestagung verabschiedeten die Parlamentarier eine EntschlieÙung zu Helsinki+40, in der sie vielen der Empfehlungen aus dem Bericht demokratischen Rückhalt boten.

WAHLBEOBACHTUNG

2015 leitete die PV Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE in Belarus, Kirgisistan, Tadschikistan und der Türkei (Juni und November). Sie bewertete auch die Unterhauswahlen im Vereinigten Königreich, womit sie bewies, dass sie sich sowohl östlich als auch westlich von Wien für die Einhaltung der Standards einsetzt. Insgesamt nahmen über 200 OSZE-Parlamentarier aus 33 Ländern an den Beobachtungen teil.

DAS SEKRETARIAT

Generalsekretär: **Lamberto Zannier**

Haushalt: 39 630 900 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 7 074 567 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: 366

www.osce.org/secretariat

Das OSZE-Sekretariat mit Sitz in Wien steht unter der Leitung des Generalsekretärs Lamberto Zannier und ist für die Unterstützung des Dialogs und der Verhandlungsprozesse zwischen den Teilnehmerstaaten sowie für die Umsetzung der politischen Beschlüsse der Organisation verantwortlich. Seine Mitarbeiter arbeiten mit dem Vorsitz, den 2015 Serbien innehatte, zusammen und leisten den Teilnehmerstaaten operative Unterstützung in den verschiedensten Tätigkeitsbereichen seines umfassenden Mandats, das sich über alle drei Dimensionen erstreckt.

BESTANDTEILE DES SEKRETARIATS:

- Büro des Generalsekretärs
- Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE
- Konfliktverhütungszentrum
- Büro für Innenrevision
- Hauptabteilung Personalressourcen
- Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels
- Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen
- Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen

DAS SEKRETARIAT

Konfliktverhütung

Direktor des Konfliktverhütungszentrums: **Botschafter Adam Kobieracki** (bis August 2015) und **Botschafter Marcel Peško** (seit September 2015)

Personal: 55

www.osce.org/what/conflict-prevention

Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) der OSZE dient als Schaltstelle zwischen dem Sekretariat und den Feldoperationen. Es befasst sich mit allen Phasen des Konfliktzyklus, indem es aus eigener Initiative Anleitungen und Ratschläge zu entsprechenden Werkzeugen und Instrumenten erteilt und den Teilnehmerstaaten gegenüber eine Frühwarnfunktion ausübt, wenn sich ein Konflikt abzeichnet. Das KVZ ist eine wesentliche Stütze der OSZE in der politisch-militärischen Dimension und in ihren Bemühungen um dauerhafte politische Lösungen für bestehende Konflikte.

DIE KRISE IN DER UND UM DIE UKRAINE WEITERHIN IM BRENNPUNKT

Auch das ganze Jahr 2015 hindurch spielte das KVZ eine maßgebliche Rolle bei der Koordinierung der Bemühungen im Zusammenhang mit der fortschreitenden Krise in der und um die Ukraine. Das Jahr begann mit großen Herausforderungen. Nach der Unterzeichnung des Minsker Maßnahmenpakets am 12. Februar 2015 unterstützte das KVZ die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM), die schrittweise personell und technisch aufgerüstet wurde, damit sie ihrer Beobachtungs- und Verifikationstätigkeit besser nachkommen kann, und half ihr bei der Durchführung ihrer neuen Aufgaben. Das KVZ bot der Politischen Arbeitsgruppe der Trilateralen Kontaktgruppe Rückhalt bei ihren fortgesetzten Bemühungen um eine Lösung des Konflikts in der und um die Ukraine. Es unterstützte auch wie bisher den Projektkoordinator der OSZE in der Ukraine und die Beobachtermission der OSZE an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk.

MINENRÄUMUNG IN DER UKRAINE

- Neues außerbudgetäres Projekt, bei dem die Fähigkeit des Staatlichen Notfalldienstes der Ukraine, das Gelände von explosiven Kampfmittelrückständen zu säubern, durch erhöhte Effizienz und Sicherheit der Räumtruppen verbessert werden soll
- Umfassende Überprüfung der Chemikaliensicherheit und -sicherung in der Ukraine unter Bezugnahme auf UNSCR 1540 zur Analyse des aktuellen Standes der Chemikaliensicherheit und -sicherung und Feststellung von Lücken im Regel- und Kontrollsystem für die im Umlauf befindlichen Chemikalien, einschließlich der Ostukraine

AKTIVITÄTEN ZUR UNTERSTÜTZUNG BEI DER KONFLIKTLÖSUNG

Das KVZ leistete im Konfliktlösungsprozess in Moldau einen entscheidenden Beitrag, indem es mit der OSZE-Mission in Moldau und dem Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Botschafter Radojko Bogojević, eng zusammenarbeitete, um auf dem Weg zu einer Verhandlungslösung für den Transnistrien-Konflikt Fortschritte zu erzielen.

Die Arbeit des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Südkaukasus, Botschafter Angelo Gnädinger, wurde während der vier Runden der Internationalen Genfer Gespräche (GID) und der zwölf im Jahr 2015 in Ergneti abgehaltenen Treffen im Rahmen des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen unterstützt. Die GID befassen sich mit den Folgen des Konflikts in Georgien von 2008. Das KVZ beteiligte sich aktiv an zahlreichen Konsultationen in Tiflis, Suchumi, Zchinwali und Moskau und fungierte als Komoderator in der GID-Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen. Zur Unterstützung der GID veranstaltete das KVZ erfolgreich eine erste „OSZE-Sommerschule“ in Wien, um Jugendliche von innerhalb und außerhalb der Region mit den OSZE-Werten und -verpflichtungen vertraut zu machen. Andere KVZ-Projekte betrafen humanitäre Fragen wie etwa den Schutz des kulturellen Erbes und die Trinkwasserversorgung in zwei Dörfern nahe der Verwaltungsgrenze.

AKTIVITÄTEN IN ZENTRALASIEN

Das KVZ beteiligte sich aktiv am neunten jährlichen Arbeitsstabstreffen in Duschanbe (Tadschikistan). Eine Rekordzahl von 218 Teilnehmern erörterte die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und Tadschikistan in allen drei Dimensionen, beurteilte bisherige Leistungen und vereinbarte gemeinsam zukünftige Prioritäten und Pläne für 2016 und darüber hinaus. Weiterhin unterstützt wurden Vorzeigeeinitiativen der OSZE in Zentralasien wie etwa die Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe (BMSC) und die OSZE-Akademie in Bischkek. Das KVZ nahm auch an der abschließenden Bewertung der im Dezember 2015 ausgelaufenen Initiative für kommunale Sicherheit in Kirgisistan teil. Beim Außenministerrat der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) in Duschanbe bekräftigten die OSZE und die OVKS ihre Absicht, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen weiter zu verstärken, Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und auf den beiderseitigen Bemühungen aufzubauen, insbesondere was die Aktivitäten an der tadschikisch-afghanischen Grenze betrifft.

BEOBACHTUNG DER ENTWICKLUNGEN RUND UM DIE UHR

Das Lage-/Nachrichtenzentrum – ein entscheidendes Bindeglied in der Sicherheitskette zwischen dem Sekretariat und den Feldoperationen – beobachtete weiterhin Entwicklungen, die Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum haben können.

514 tägliche Briefings

2 014 Updates und Sonderberichte

22 458 Warnmeldungen

197 Berichte von Feldoperationen an die Delegationen außerhalb der regulären Arbeitszeiten weitergeleitet

FRÜHWARNUNG

Das KVZ veranstaltete in Wien die vierte Jahrestagung des OSZE-Netzwerks von Anlaufstellen für Frühwarnung unter Beteiligung von 20 Vertretern von Feldoperationen und anderen Durchführungsorganen. Daneben ermöglichte das KVZ eine Reihe von regionalen Treffen und Workshops zum Thema Kapazitätsaufbau, bei denen der Einsatz des OSZE-Instrumentariums im Konfliktzyklus besprochen wurde.

MEDIATION

In Pamhagen (Österreich) wurde der zweite Mediationskurs der OSZE abgehalten. Zweck der Veranstaltung war die Hebung der Mediationskompetenz von Mitarbeitern in Schlüsselfunktionen, die auf hoher Ebene tätige OSZE-Einrichtungen in ihren Mediations- und Verhandlungsprozessen beraten und in den Außenstellen für Projekte zur Dialogerleichterung zuständig sind. Im Lauf des Jahres wickelte das KVZ auch einige andere Schulungs- und Coachingveranstaltungen ab, darunter zwei Mediationsworkshops für die SMM zum Thema Waffenruhe, und es unterstützte die Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen des Nationalen Dialogs in der Ukraine. Mediationscoaching auf hoher Ebene gab es für den designierten Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage.

UMSETZUNG VON VERPFLICHTUNGEN IM POLITISCH-MILITÄRISCHEN BEREICH

Die KVZ-Abteilung FSK-Unterstützung, die den Teilnehmerstaaten auch dieses Jahr bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen zur Seite stand, hielt ein Dutzend dem Kapazitätsaufbau gewidmete Veranstaltungen zu Fragen ab, die die Anwendung der politisch-militärischen Instrumente der OSZE einschließlich des Wiener Dokuments 2011, Kleinwaffen und leichte Waffen und den Verhaltenskodex betrafen. In Belarus, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kirgisistan, Moldau, Montenegro, Serbien und Tadschikistan waren besondere Fortschritte bei der Sicherung und dem Aufbau von Kapazitäten in Bezug auf Lagerbestände von Kleinwaffen und leichten Waffen sowie bei der Vernichtung von Überschüssen an Waffen und Munition und anderem militärischem Material zu verzeichnen. Die Ukraine kam in den Genuss eines zweckgebundenen Angebots von Kapazitätsaufbau und Ausrüstung für mehr Effizienz bei der humanitären Minenräumung. Die Abteilung FSK-Unterstützung veranstaltete auch länderspezifische Dialoge und half bei der Ausarbeitung nationaler Aktionspläne für die Umsetzung von UNSCR 1540 über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

INFORMATIONSAUSTAUSCH

Das KVZ leistet, wie im Wiener Dokument 2011 vereinbart, Vermittlerdienste beim Austausch militärischer Information zwischen den Teilnehmerstaaten. Diese Weitergabe von Informationen ist ein zentrales Element im Aufbau von Vertrauen innerhalb des OSZE-Raums. Das 1990 mit der Charta von Paris für ein neues Europa geschaffene OSZE-Kommunikationsnetz bietet allen Teilnehmerstaaten einen verlässlichen, schnellen und sicheren Kommunikationsweg für die Übermittlung militärischer Informationen.

UNTERSTÜTZUNG DER FELDOPERATIONEN UND DES SEKRETARIATS BEIM PROGRAMM- UND PROJEKTMANAGEMENT

Auch dieses Jahr unterstützte das KVZ das Sekretariat und die Feldoperationen, einschließlich der SMM, beim Programm- und Projektmanagement. Es stellte sicher, dass bei allen außerbudgetären Projektvorschlägen die Qualitätskontrolle gegeben ist und das Gemeinsame Verwaltungsregelwerk der OSZE eingehalten wird. Zu 109 Projektvorschlägen im Wert von 77,3 Millionen Euro wurde fachliche Beratung erteilt. Darüber hinaus ermöglichte das KVZ über 130 OSZE-Mitarbeitern die Teilnahme an Schulungsveranstaltungen zu den Themen Projektzyklusmanagement, Programm- und Projektplanung und Selbstevaluierung. Es leistete auch Unterstützung bei der verwaltungstechnischen Schließung des Büros des Projektkoordinators in Baku, dessen Tätigkeit eingestellt wurde, und bei der Berichterstattung über dessen außerbudgetäre Projekte.

AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM VERTRIEBENENPROBLEM IN SÜDOSTEUROPA

Das von der OSZE unterstützte Regionale Programm zur Wohnraumbeschaffung

- Fertigstellung einer Wohnhausanlage in Korenica (Kroatien) und Schlüsselübergabe an ausgewählte Begünstigte
- Fertigstellung von 62 Wohnungen in Nikšić (Montenegro)
- Bereitstellung von Baumaterial für über 100 Familien in Serbien
- Unterzeichnung von Vereinbarungen mit über 60 Gemeinden in Serbien zur Lösung von Wohnraumproblemen in mehr als 2 000 Fällen
- Unterstützung von 20 Familien in Bosnien und Herzegowina durch die Bereitstellung von Baumaterial, Beginn der Errichtung von Einfamilienhäusern in den Gemeinden Goražde und Ustikolina

Das Programm, das sich der Lösung offener Fragen nach den Vertreibungen der Jahre 1991 bis 1995 widmet, ist nach wie vor ein positives Beispiel für regionale Zusammenarbeit. Die OSZE hat sich stets sehr stark für dieses Programm eingesetzt, das rund 27 000 in einer besonders schwierigen Lage befindlichen Flüchtlingsfamilien (74 000 Personen) bei der Beschaffung von Wohnraum und der Wiedereingliederung helfen soll.

Grenzüberschreitende Bedrohungen

Direktor der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen: **Alexei Lyschenkow**

Personal: 27

Die OSZE-Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen (TNT) wurde 2012 geschaffen, um die Koordination und Kohärenz zu verbessern und die für die Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen maßgeblichen Mandate in der OSZE zusammenzuführen. Die Abteilung soll für eine bessere Umsetzung der politischen Verpflichtungen in wirksame und nachhaltige Programmaktivitäten sorgen, unter anderem durch die Ansetzung gemeinsamer Expertentreffen, den Austausch von Informationen und Best Practices und durch eine koordinierte Umsetzung von Projekten und Aktionsplänen. Die Abteilung wird von einem Direktor geleitet und besteht aus einer Koordinierungsgruppe und drei nach Themen gegliederten Referaten: dem Referat Terrorismusbekämpfung, dem Referat Grenzsicherung und -management und dem Referat Strategische Polizeiangelegenheiten.

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG – EINE GEMEINSAME ANTWORT

Auf die Herausforderung durch das Phänomen der ausländischen terroristischen Kämpfer reagierte die OSZE unter anderem mit Bewusstseinsbildung und Kapazitätsaufbau, die 2015 einen Schwerpunkt bildeten. Zu diesem Zweck veranstalteten der serbische OSZE-Vorsitz und die Abteilung TNT unter Beiziehung von Experten aus Teilnehmer- und Kooperationspartnerstaaten die Expertenkonferenz gegen Terrorismus „Bekämpfung der Anstiftung und Anwerbung ausländischer terroristischer Kämpfer“ im Juni, die den Austausch von bewährten Verfahren und Erkenntnissen erleichtern sollte.

Der von der Abteilung TNT und der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit gemeinsam veranstaltete dimensionenübergreifende Expertenworkshop zum Thema „Freiheit und Verantwortung der Medien im Zusammenhang mit Terrorismusbekämpfungsstrategien“ war eine konkrete Reaktion auf die Ereignisse rund um *Charlie Hebdo*. Die Teilnehmer betonten, dass es Medien und Terrorismusbekämpfungsbehörden ein gemeinsames Anliegen sein muss, die Medienfreiheit zu schützen und zugleich wirksame Strategien zur Terrorismusbekämpfung zu entwickeln und umzusetzen.

„Wir müssen kreativ sein, um der terroristischen Radikalisierung wirksam zu begegnen und Brücken auf vielen Ebenen zu bauen: zwischen Ländern, Gesellschaften, Organisationen - und auch in ihnen.“

Lamberto Zannier

Generalsekretär der OSZE

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit der Abteilung TNT bildete das Vorgehen bei Entführungen zur Erpressung von Lösegeld und Geiselnahmen durch Terroristen, wofür unter

anderem ein Expertenworkshop über Vernetzungsmechanismen veranstaltet wurde, der die diesbezügliche Zusammenarbeit im gesamten OSZE-Raum verstärken sollte.

Zu den Terrorismusbekämpfungsbemühungen der OSZE im Jahr 2015 zählt auch der erfolgreiche Start der OSZE-Kampagne #UnitedCVE (siehe dazu www.osce.org/unitedCVE).

Auf dem Ministerratstreffen der OSZE in Belgrad verabschiedeten die Teilnehmerstaaten zwei Erklärungen über „Verstärkte Bemühungen der OSZE zur Bekämpfung des Terrorismus infolge der jüngsten Terroranschläge“ und über die „Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen“.

CYBERSICHERHEIT

Die Informations- und Kommunikationstechnologie hat eine komplizierte Dimension in die zwischenstaatlichen Beziehungen gebracht. Zur Verringerung des mit der IKT-Nutzung verbundenen Konfliktrisikos unterstützte die TNT-Abteilung die Teilnehmerstaaten erneut bei der Umsetzung der einschlägigen vertrauensbildenden Maßnahmen (VBM) der OSZE im IKT-Bereich. 2015 erreichte die VBM-Umsetzung eine Quote von beinahe 70 Prozent – das ist eine der höchsten Umsetzungsquoten für solche politische Dokumente im Zusammenhang mit der OSZE.

GRENZSICHERUNG

Das Eskalieren des Terrorismus und der Zustrom illegaler Migranten stellen Grenzsicherung und -management vor neue Herausforderungen, für die es neuer Lösungen bedarf. Entscheidend für die Bewältigung dieser Herausforderungen sind unter anderem die internationale und behördenübergreifende Zusammenarbeit, der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren sowie die Verabschiedung wirksamer und moderner Grenzmanagementtechniken.

Die nationalen Kontaktstellen für Grenzsicherung und Grenzmanagement, ein Netzwerk, über das Vertreter aus fast allen 57 OSZE-Teilnehmerstaaten miteinander verbunden sind, kamen 2015 zweimal zusammen, um einige dieser Fragen zu erörtern. Beim ersten Treffen wurde eine praktische Planübung durchgeführt, bei der eine internationale Kommandozentrale für Krisenreaktion eingerichtet werden sollte. Beim zweiten Treffen tauschten die Kontaktstellen Ansichten und Erfahrungen betreffend neue und im Entstehen begriffene Technologien wie den Einsatz unbemannter Luftfahrzeuge aus.

Die OSZE veranstaltete auch eine Konferenz über die „Auseinandersetzung mit den im Entstehen begriffenen grenzüberschreitenden Bedrohungen im Mittelmeerraum durch Informationsaustausch und Zusammenarbeit“, die in Monaco stattfand. Dort erörterten Vertreter der OSZE-Teilnehmerstaaten und -Kooperationspartner im Mittelmeerraum die Herausforderungen im Zusammenhang mit der illegalen Migration, illegalen Finanzströmen, der Sicherheit von Seehäfen und Flughäfen und dem illegalen Waffenschmuggel im Mittelmeerraum.

2015 bot die Stabsakademie für Grenzmanagement der OSZE in Duschanbe (Tadschikistan) Lehrgänge für über 400 Beamte, unter ihnen 86 Frauen, aus 25 Teilnehmerstaaten und sieben Kooperationspartnerländern an. Der erste Lehrgang für Führungskräfte in Grenzsicherung

und -management wurde 2015 erfolgreich abgeschlossen. Seit ihrer Gründung im Jahr 2009 wurden an der Stabsakademie 682 tadschikische und 727 afghanische Grenzbeamte ausgebildet.

„Grenzüberschreitende kriminelle Organisationen nutzen zunehmend die Schutzlosigkeit illegaler Migranten und deren verzweifelte Lage aus, die sie als neue Marktchancen sehen, aus denen sie finanziellen Profit schlagen.“

Alexei Lyschenkow

Direktor Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen

GANZHEITLICHES HERANGEHEN AN POLIZEIREFORMEN UND DIE BEKÄMPFUNG DER GRENZÜBERSCHREITENDEN ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT

Auch in diesem Jahr unterstützte die OSZE die Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner beim Aufbau transparenter und rechenschaftspflichtiger Polizeidienste, die den Schutz der Öffentlichkeit gewährleisten können und den Sicherheitsproblemen in modernen Gesellschaften gewachsen sind.

Die Abteilung TNT organisierte eine Reihe von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen und behördenübergreifenden Seminaren für Strafverfolgungsbeamte, Staatsanwälte und Richter aus Südosteuropa, Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien zur Verbesserung der Kompetenzen und der grenzüberschreitenden Kooperation. Es wurden praxisbezogene Workshops für Strafrechtsexperten aus den südosteuropäischen und zentralasiatischen Teilnehmerstaaten sowie aus Afghanistan organisiert, bei denen Fälle von organisierter Kriminalität analysiert und maßgebliche Lücken und Hindernisse rechtlicher und verfahrenstechnischer Art ermittelt und besprochen wurden.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Abteilung TNT betreffend den Umgang mit Suchtstoffen standen Bewusstseinsbildung, Aus- und Fortbildung und der Aufbau von Kapazitäten in den Teilnehmerstaaten und Ländern der Kooperationspartner. 2015 schlossen 23 Strafverfolgungsbeamte aus Afghanistan Aus- und Fortbildungskurse, die auf Vermittlung der OSZE stattfanden, am Gesamtrussischen Fortbildungsinstitut in Domodedowo (Russische Föderation) mit einem Diplom als Ausbilder ab.

Die OSZE veranstaltete eine Konferenz zur „Verstärkung der Mechanismen zur Eindämmung der um sich greifenden Verbreitung von Drogen unter Jugendlichen“, die den 160 Teilnehmern Gelegenheit gab, Mittel und Wege zur Eindämmung der Nachfrage nach und des Angebots von illegalen Drogen bei Jugendlichen zu erörtern.

In der Belgrader Ministererklärung über die „OSZE-Aktivitäten zur Unterstützung der weltweiten Bemühungen um die Auseinandersetzung mit dem Weltrogenproblem“ wird die Bedeutung gemeinsamer Drogenbekämpfungsaktionen betont und die Rolle der OSZE bei der Vorbereitung der Sondertagung der UN-Generalversammlung (UNGASS) über das Weltrogenproblem hervorgehoben.

DAS SEKRETARIAT

Aktivitäten im Wirtschafts- und Umweltbereich

Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE: **Halil Yurdakul Yigitgüden**
Personal: 21

www.osce.org/what/economic

www.osce.org/what/environmental

Zum umfassenden Sicherheitskonzept der OSZE gehört auch die Wirtschafts- und Umweltdimension. Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) ist federführend bei der Arbeit der Organisation in diesem Bereich.

VERANTWORTUNGSVOLLE WASSERPOLITIK

Beim diesjährigen Thema des Wirtschafts- und Umweltforums, „Wasser-Governance im OSZE-Raum – mehr Sicherheit und Stabilität durch Zusammenarbeit“, ging es um Fragen wie den Zusammenhang zwischen Wasserpolitik und nachhaltiger Entwicklung, Klimawandel und Katastrophenvorsorge, aber auch um die Rolle der Wasserpolitik für die Sicherheit auf lokaler, regionaler und globaler Ebene. Die Teilnehmer am Forum besuchten Bijeljina in Bosnien und Herzegowina und den Bezirk Sremsko-Mačvanski in Serbien, die zu den vom Hochwasser im Mai 2014 am stärksten betroffenen Gebieten gehören. Das OCEEA beteiligte sich an verschiedenen wasserpolitischen Aktivitäten, wie etwa an einer Fachveranstaltung im Zuge der Weltwasserwoche in Stockholm.

VERSTÄRKTE PARTNERSCHAFTEN ZWISCHEN AARHUS-ZENTREN

Auch in diesem Jahr unterstützte das OCEEA 60 Aarhus-Zentren in 14 Ländern der OSZE-Region durch die Förderung der aktiven Mitwirkung der Öffentlichkeit an der umweltpolitischen Debatte. Ein großer Schritt erfolgte auf dem diesjährigen jährlichen Treffen der Aarhus-Zentren, bei dem die Aarhus-Zentren von Südosteuropa – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien – eine gemeinsame Kooperationserklärung unterzeichneten. Die Zentren verpflichteten sich zur Verstärkung der Förderung und Umsetzung der Aarhus-Konvention, zur Erleichterung eines grenzüberschreitenden Dialogs zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und zur wirksameren Auseinandersetzung mit gemeinsamen Besorgnissen im Umweltbereich.

Mit der Verabschiedung wichtiger Dokumente, die eng mit den OSZE-Umweltaktivitäten verknüpft sind, wie dem Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge, der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser Klimaschutzabkommen, wurden 2015 auch Weichen für globale Prozesse gestellt. Im Folgenden seien einige Schwerpunkte der Aktivitäten des OCEEA in diesen Bereichen herausgegriffen:

KATASTROPHENVORSORGE – DAS ERSTE OCEEA-PROJEKT IN DER MONGOLEI

Die Wald- und Flächenbrandbekämpfung ist für die Mongolei eine große Herausforderung im Umweltbereich. Die Schweiz und das OCEEA unterstützten das *Global Fire Monitoring Centre* und die Nationaluniversität der Mongolei bei der Schaffung des Regionalen zentralasiatischen Ressourcenzentrums für Brandbekämpfung in Ulan-Bator. Dieses Zentrum setzt sich für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Brandbekämpfung ein. Als ersten Schritt organisierte es einen praktischen Kurs für Experten aus der Mongolei, aus Kasachstan und der Kirgisischen Republik mit dem Schwerpunkt auf der Brandbekämpfung in zentralasiatischen Wald- und Steppenökosystemen. Das Zentrum trägt auch zu nationalen Strategie- und Koordinationsmechanismen bei und führt Ausbildungskurse für gemeinschaftsbasierten Brandschutz durch.

GRENZÜBERSCHREITENDE ANPASSUNG AN KLIMAÄNDERUNGEN UND SICHERHEITSRISIKEN

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa und das OCEEA ermöglichten bei einer Veranstaltung auf hoher Ebene im April in Kiew die Fertigstellung und den Start des Strategischen Rahmens für die Anpassung an den Klimawandel im Einzugsgebiet des Dnister/Nistru, eine der wenigen Anpassungsstrategien dieser Art weltweit. Die Umsetzung der von den Umweltministern der Ukraine und von Moldau gebilligten Strategien soll die negativen Auswirkungen des Klimawandels verringern und zur nachhaltigen Entwicklung dieses Flusseinzugsgebiets beitragen. Die Aktivitäten waren Teil eines umfassenderen Projekts der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC zu Klimawandel und Sicherheit, das mit Unterstützung durch das Stabilitätsinstrument der Europäischen Union und die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in drei Regionen implementiert wird.

FRAUEN, WASSER UND KONFLIKTE

„Frauen, Wasserwirtschaft und Konfliktverhütung – ein umfassender Sicherheitsansatz“ lautete das Motto eines Projekts in Zentralasien, das vom OCEEA gemeinsam mit der OSZE-Abteilung Gender durchgeführt wurde. Zu dem von Finnland, Norwegen und der Schweiz finanzierten Projekt gehörte auch ein regionaler Workshop in Almaty (Kasachstan), bei dem mehr als 30 Fachleute für Wasserfragen aus Afghanistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan in Gendermainstreaming und gleichstellungsorientierter Konfliktlösung zum Schwerpunkt Wasser unterwiesen wurden. Im Anschluss daran fand ein einwöchiger, von der *Women's Water Initiative* in Kopenhagen organisierter Lehrgang statt, der Berufsmöglichkeiten für Frauen aus Zentralasien im Bereich der Wasserwirtschaft fördern sollte.

ENERGIE

Mit den Themen nachhaltige Energie und Bedrohung der Energiewirtschaft durch Naturkatastrophen behielt das OCEEA seine Schwerpunktsetzung bei, die auch den beiden Ministerratsbeschlüssen aus dem Jahr 2013 über Energie und Umwelt entspricht. Im Folgenden seien einige der wichtigsten Aktivitäten des Jahres 2015 herausgegriffen:

- auf dem Wiener Energieforum 2015 hielt der Generalsekretär ein Hauptreferat über *Sustainable Energy for Inclusive Development*, das neue Ideen für eine bestandfähige Zukunft lieferte;
- *Nachhaltige Energie – Beförderung von Stabilität und Sicherheit im OSZE-Mittelmeerraum* lautete das Thema einer Sitzung der Mittelmeerkontaktgruppe, die das Interesse an einer weiteren Zusammenarbeit auf diesem Gebiet verstärken sollte;
- große Fortschritte machte die Ausarbeitung eines Leitfadens für den Schutz von Stromnetzen vor Naturkatastrophen und vom Menschen verursachten Katastrophen, mit dem die Resilienz von Stromnetzen im OSZE-Raum erhöht werden soll.

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

In enger Zusammenarbeit mit den Feldoperationen und internationalen Partnern setzte sich das OCEEA für die Implementierung des UN-Übereinkommens gegen Korruption, die Förderung der Reform der Rechtsvorschriften und die Einbindung von Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft ein. Als Partner des Anti-Korruptionsnetzwerks für Osteuropa und Zentralasien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) führte das OCEEA in Chişinău ein Regionalseminar durch, um die Korruption an der Schnittstelle zwischen öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft insbesondere durch verstärkte Zusammenarbeit zwischen Vertretern verschiedener Interessengruppen wirksamer zu bekämpfen. In Wien organisierten die OSZE, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht das Regionalseminar zur Verstärkung der gesetzlichen Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge.

Für das Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension wählte der serbische Vorsitz 2015 den Schwerpunkt Gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung aus.

BEKÄMPFUNG DER GELDWÄSCHE

In diesem Jahr gingen die Aktivitäten des OCEEA zur Unterstützung der Behörden in Kroatien, Montenegro und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien mit abschließenden Workshops zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu Ende, bei denen beurteilt wurde, wie exponiert und anfällig die Länder für Geldwäsche sind. Darüber hinaus wurde in Taschkent ein regionaler Workshop zur Erörterung der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Aufbau von Finanzermittlungsfähigkeiten und der Verbesserung einer behördenübergreifenden Zusammenarbeit zur Aufdeckung und Zerschlagung krimineller Netzwerke abgehalten.

SECURITY DAYS

„KLIMAWANDEL UND SICHERHEIT – BEISPIELLOSE AUSWIRKUNGEN, UNVORHERSEHBARE RISIKEN“

Am 28. Oktober fanden sich über 140 Teilnehmer als Vertreter von Regierungen, regionalen und internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, der Wissenschaft und der Medien zu einer Veranstaltung im Rahmen der *Security Days* ein, um die Auswirkungen und Bedrohungen des Klimawandels für die Sicherheit sowie Vorgehensweisen für eine wirksame Auseinandersetzung mit diesen Bedrohungen zu erörtern. In der Debatte kamen auch die

sicherheitspolitischen Vorteile einer Zusammenarbeit zur Abschwächung des Klimawandels beziehungsweise zur Anpassung daran zur Sprache.

Unter den hochrangigen Rednern seien der österreichische Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Andrä Rupprechter, und Professor Jeffrey Sachs, Sonderberater des UN-Generalsekretärs für die Millenniums-Entwicklungsziele, erwähnt. Die Teilnehmer wiesen mit Nachdruck darauf hin, dass es angesichts der durch den Klimawandel verursachten Kumulierung von Risiken einer mehrdimensionalen Reaktion bedürfe, bei der regionalen und internationalen Organisationen eine Schlüsselrolle zukomme. Über Facebook erreichte diese Veranstaltung der *Security Days* über 30 000 Menschen, über Twitter waren es mehr als 1,6 Millionen.

STEUERUNG DER ARBEITSMIGRATION

Bei einem Workshop im Oktober in Valletta wurde erörtert, wie Politiken gestaltet sein müssen, die in den Volkswirtschaften im Mittelmeerraum Inklusivität fördern. Der Workshop wurde in Zusammenarbeit mit ODIHR, der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) organisiert und setzte sich gezielt damit auseinander, wie man Chancengleichheit für weibliche und männliche Arbeitsmigranten fördern und Migration zu einer Erfolgsgeschichte für die Herkunfts- wie auch für die Zielländer und die Migranten gleichermaßen machen kann.

ERLEICHTERUNG VON VERKEHR UND HANDEL

Auch in diesem Jahr half die OSZE Binnenentwicklungsländern in der ganzen Region dabei, mit den besonderen Transitverkehrsherausforderungen in ihrem Land fertig zu werden. Das OCEEA unterstützte das Projekt der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) betreffend die Verkehrsverbindungen zwischen Europa und Asien, das die Verkehrstauglichkeit der Verbindungen auf dem Landweg zwischen Europa und Asien verbessert, insbesondere durch die Finanzierung von Infrastrukturprojekten und die Erleichterung der Beseitigung von physischen und verwaltungstechnischen Engpässen beim Grenzübertritt.

DAS SEKRETARIAT

Bekämpfung des Menschenhandels

Sonderbeauftragte und Koordinatorin: **Botschafterin Madina Jarbussynowa**

Personal: 12

www.osce.org/what/trafficking

Das Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels hilft den Teilnehmerstaaten dabei, Menschenhandel wirksamer zu verhüten, die Täter strafrechtlich zu verfolgen und die Opfer zu schützen. Wie in den Vorjahren hatte das Büro der Sonderbeauftragten auch 2015 die Federführung in den Bemühungen der OSZE um die Bekämpfung des Menschenhandels inne und baute Partnerschaften zwischen staatlichen Stellen, internationalen Organisationen, der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, den Medien und dem Privatsektor auf, um die Zusammenarbeit auf regionaler und internationaler Ebene zu verstärken.

LÄNDERBESUCHE

Die Länderbesuche bilden einen wichtigen Teil der Aktivitäten des Büros, da sie Gelegenheit geben, bewährte Verfahren auszutauschen und die vollständige Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen zu fördern, und es der Sonderbeauftragten ermöglichen, länderspezifische Empfehlungen abzugeben.

2015 unternahm die Sonderbeauftragte Reisen in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, nach Tadschikistan und in die Tschechische Republik sowie einen Folgebesuch nach Aserbaidschan, bei denen sie mit diesen Teilnehmerstaaten einen direkten und konstruktiven Dialog über die Bekämpfung des Menschenhandels aufnahm. Im Zuge ihrer Besuche führte die Sonderbeauftragte auch Gespräche mit Regierungsbehörden und anderen Akteuren, die im Kampf gegen diese moderne Form der Sklaverei eine wichtige Rolle spielen. Ihr besonderes Augenmerk galt dem Opferschutz, der Verabschiedung von Gesetzen gegen den Menschenhandel und der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den jeweiligen Ländern.

SENSIBILISIERUNG FÜR DEN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN MENSCHENHANDEL UND KRISEN

Die Krise in der und um die Ukraine machte über eine Million Menschen zu Vertriebenen, die damit zu einer neuen Risikogruppe für den Menschenhandel wurden. Die Sonderbeauftragte setzte sich mit großem Nachdruck dafür ein, dass dieses Thema im Blickpunkt bleibt, und verfolgte gemeinsam mit der Regierung, dem Projektkoordinator in der Ukraine und der SMM eine Reihe von Projekten zur Bekämpfung des Menschenhandels. Im Zuge dessen unternahm sie mehrere Reisen, um das Bewusstsein der OSZE-Beobachter für das Problem des Menschenhandels zu schärfen, offizielle Vertreter in Kiew, Dnipropetrowsk und Charkiw zu treffen und dafür zu sorgen, dass deren Engagement für die Bekämpfung des Menschenhandels nicht nachlässt.

WISSEN VERBREITEN

Mithilfe von Workshops für Experten und Broschüren förderte das Büro das Bewusstsein für Menschenhandelsfragen und verstärkte die Nachhaltigkeit seiner Bemühungen. Besonders erwähnt sei in diesem Zusammenhang eine Veranstaltung in Minsk im April, bei der führende Fachleute aus der Praxis der Menschenhandelsbekämpfung aus der Ukraine, aus Moldau und Belarus ihre Erfahrungen bei der Verhütung von Kinderhandel austauschten. Die Teilnehmer bilden eine Kerngruppe, die die Arbeit des Büros am Moldau-Projekt 2011 – 2015 zur Unterstützung der sozialen und beruflichen Integration von Kindern ohne elterliche Obsorge fortführen wird. In Zusammenarbeit mit der *Gangmasters Licensing Authority* des Vereinigten Königreichs veranstaltete die Sonderbeauftragte auch ein zweitägiges Expertentreffen in Mailand (Italien) zur Bekämpfung des Menschenhandels, die auf der Angebotsseite ansetzt, bei dem sie die Erkenntnisse einer OSZE-Publikation aus dem Jahr 2014 vorstellen konnte. Darüber hinaus gab das Büro einen Kommentar zum Aktionsplan der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels und seinen Zusätzen (*Commentary to the OSCE Action Plan to Combat Trafficking in Human Beings and its Addendums*) heraus, ein wichtiges Hilfsmittel für Experten auf dem Gebiet der Bekämpfung des Menschenhandels, die sich ein genaues Bild von den Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten auf dem Gebiet der Bekämpfung des Menschenhandels machen möchten.

FÖRDERUNG DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT IM KAMPF GEGEN DEN MENSCHENHANDEL ENTLANG VON MIGRATIONSROUTEN

Angesichts der Flüchtlings- und Migrationskrise in Europa kam der Sonderbeauftragten eine wichtige Rolle zu, da sie sich mit dem Risiko befasste, dass Menschen, die im OSZE-Raum „unterwegs“ sind, Opfer von Menschenhändlern werden. Im Berichtszeitraum leistete Botschafterin Jarbussynowa Beiträge zu zahlreichen internationalen Debatten und berief im Juli die 15. Konferenz der „Allianz gegen den Menschenhandel“ ein, bei der sich Vertreter der Teilnehmersaaten gemeinsam mit regionalen, internationalen und nichtstaatlichen Organisationen in Wien eingehend mit diesem Thema auseinandersetzten. Dabei wurden folgende Punkte von den Experten als besonders wichtig erachtet:

- der Migrations- und Menschenhandelsdiskurs sollte immer die Menschen in den Mittelpunkt stellen
- die strafrechtliche Verfolgung der Täter muss mit dem Opferschutz Hand in Hand gehen
- bei der Befassung mit Situationen, bei denen auch Migranten und Flüchtlingen involviert sind, sollte auf mögliche Hinweise für Ausbeutung und Menschenhandel geachtet werden.

AUFBAU VON KAPAZITÄTEN

Die Sonderbeauftragte und ihre Mitarbeiter führten Aus- und Fortbildungsveranstaltungen zu verschiedenen Themen, darunter Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels in Konflikten und danach sowie Best Practices für die Identifizierung, Weiterleitung und Hilfestellung für Menschenhandelsopfer, durch. In diesen Bereichen arbeitete das Büro mit den OSZE-Feldoperationen, aber auch mit Frontex und dem Kompetenzzentrum für

Stabilisierungseinheiten der Polizei in Vicenza (Italien) zusammen. Es leistete auch Beiträge zu den von Feldoperationen organisierten Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für Richter und Staatsanwälte und organisierte im Rahmen seiner verstärkten Partnerschaft mit dem Europarat eine Veranstaltung in Straßburg zum Prinzip der Nicht-Bestrafung.

DAS SEKRETARIAT

Geschlechtergleichstellung

Leitende Beraterin für Genderfragen: **Botschafterin Miroslava Beham**

Personal: 5

www.osce.org/gender

Im Wissen, wie wichtig ein ganzheitlicher Sicherheitsansatz ist, der Frauen und Männern gleichermaßen zugutekommt, verfolgt die OSZE ein umfassendes Konzept für die Gleichstellung der Geschlechter.

FRAUEN UND KONFLIKTE

Vor fünfzehn Jahren wurde die UNSCR 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit verabschiedet; aus diesem Anlass setzte die OSZE 2015 mit dem Thema Frauen im Konfliktzyklus einen besonderen Schwerpunkt. Als Beitrag zur weltweiten Studie zur Umsetzung von Resolution 1325 unter UN-Führung veranstaltete die OSZE eine Arbeitstagung, bei der Vertreter staatlicher Stellen und der Zivilgesellschaft aus der ganzen Region die nachahmenswerten Verfahren und Herausforderungen erörterten, die sich im Zuge der Umsetzung der Resolution herauskristallisiert haben. Die Diskussion wurde bei einer Veranstaltung im Rahmen der *Security Days* der OSZE zur UNSCR 1325 fortgesetzt, bei der es in erster Linie darum ging, wie man in den kommenden Jahren die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ voranbringen könne.

Gemeinsam mit dem Friedensinstitut in Oslo führte die OSZE-Abteilung Gender eine analytische Untersuchung zu den 27 bislang im OSZE-Raum vorhandenen Aktionsplänen für die innerstaatliche Umsetzung der UNSCR 1325 durch. In der Untersuchung wurden die bisherigen Erkenntnisse und Best Practices identifiziert; das Ergebnis soll den Teilnehmerstaaten ein Hilfsmittel bei der Entwicklung beziehungsweise Aktualisierung bestehender nationaler Aktionspläne sein.

„Frauen in den gesamten Konfliktzyklus einzubinden ist der beste Weg zur Schaffung umfassender Sicherheit. Frauen steht ein Platz am Verhandlungstisch zu. In vielen Konflikten waren es Frauen, die die Kluft zwischen gegnerischen Parteien überbrückten, auch wenn ihr Bemühen nur selten Anerkennung fand. Frauen auszuschließen heißt, Ressourcen zu verschwenden und die Gelegenheit zu versäumen, im Bemühen um dauerhaften Frieden alle Faktoren zu nutzen.“

OSZE-Generalsekretär **Lamberto Zannier** auf einer Veranstaltung der *Security Days* zur UNSCR 1325 am 13. November 2015

MENTORING

Die Abteilung Gender weiß, wie groß das Potenzial von Mentoring-Systemen für die Stärkung der Rolle der Frau in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft ist. In Zusammenarbeit mit dem dänischen Zentrum für Gender, Gleichstellung und Vielfalt KVINFO adaptierte die Abteilung die KVINFO-Methodik für die Erfordernisse der OSZE und führte in sechs Teilnehmerstaaten ein Mentoring-System ein, bei dem erfolgreiche

Frauen aus ganz unterschiedlichen Lebensbereichen andere Frauen unterstützen, die aus Minderheitengesellschaften oder sozial benachteiligten Schichten kommen oder einen Migrationshintergrund aufweisen. Die Abteilung ist damit befasst, das System für die aktuelle Migrations-/Flüchtlingskrise zu adaptieren, um den Frauen aus diesen Gruppen die Einbindung in ihre neue Umgebung zu erleichtern.

ECHTE MÄNNER SCHLAGEN KEINE FRAUEN

Poster einer Kampagne der OSZE-Mission im Kosovo zum Thema Gewalt gegen Frauen, das den Boxmeister Armend Xhoxhaj mit der Aussage „Echte Männer schlagen keine Frauen“ zeigt.

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT

Es gibt kaum größere Bedrohungen für die Sicherheit von Frauen und Mädchen als geschlechtsspezifische Gewalt. Aus der Erhebung der Europäischen Union 2014 „Gewalt gegen Frauen“, die von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) publiziert wurde, geht hervor, dass jede vierte Frau in der EU in irgendeiner Form häusliche Gewalt erlebt hat. Im Zuge eines Projekts weitete die OSZE-Abteilung Gender in Abstimmung mit der FRA die Erhebung 2015 auf andere Teile der OSZE-Region aus, um auch Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt aus dem Westbalkan und dem Südkaukasus sowie aus der Ukraine zu erfassen. Das Projekt soll die Sicherheitsbedrohungen besser verständlich machen, denen Frauen in der OSZE-Region ausgesetzt sind.

OSZE-BEDIENSTETE

	Männlich 2009	Weiblich 2009	Männlich 2015	Weiblich 2015
Allgemeiner Dienst	54 %	46 %	54 %	46 %
Höherer Dienst	55 %	45 %	51 %	49 %
Führungsebene	76 %	24 %	65 %	35 %
OSZE gesamt			54 %	46 %

FRAUEN IN DER OSZE

57 Teilnehmerstaaten	
14	Delegationsleiterinnen
43	Delegationsleiter

OSZE GESAMT BISHER

Leiter von Feldoperationen	
9	Frauen
123	Männer

Leiter von Institutionen und Generalsekretäre	
3	Frauen
15	Männer

DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE

DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE

Direktor: **Michael Georg Link**

Haushalt: 18 306 400 EUR (aus dem Gesamthaushalt einschließlich Nachtragshaushalt),
2 471 637 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 80, lokal 68

www.osce.org/odihr

Als wichtigste Institution zur menschlichen Dimension in der OSZE bietet das in Warschau angesiedelte OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) den Teilnehmerstaaten und der Zivilgesellschaft Unterstützung, Hilfe und Expertise zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten sowie Toleranz und Nichtdiskriminierung.

2015 bemühte sich das ODIHR erneut um die Stärkung der demokratischen Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit, die Auseinandersetzung mit Bedrohungen für die Menschenrechte und die Unterstützung all jener, die sich OSZE-weit um deren Verteidigung bemühen. 2015 startete das Büro ein großes Projekt, um den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und der Regierung in der Ukraine zu stärken.

„2015 wurden der 40. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki und der 25. Jahrestag der Charta von Paris begangen; das Jahr stand auch im Zeichen der Migrationskrise und der anhaltenden Krise in der und um die Ukraine. Angesichts dieser Herausforderungen widmete sich das ODIHR wie schon seit 25 Jahren weiterhin der Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen in der menschlichen Dimension.“

Michael Georg Link

Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE

DAS IMPLEMENTIERUNGSTREFFEN ZUR MENSCHLICHEN DIMENSION IN ZAHLEN

10 144 Tweets (einschließlich Retweets)

15,7 Millionen Follower

1 014 Personen via Livestream auf Englisch und Russisch

WAHLEN

2015 führte das ODIHR 17 wahlbezogene Aktivitäten in OSZE-Teilnehmerstaaten durch. Die Tätigkeit des Büros im Zusammenhang mit Wahlen geht über die Beobachtung der Abläufe

am Wahltag selbst hinaus und umfasst Expertengutachten unter anderem zu den rechtlichen Rahmenbedingungen der Wahlen, zur Wahlkampffinanzierung, Wahlabwicklung, Eintragung von Wählern und Wahlwerbern sowie zur Medienberichterstattung rund um Wahlgänge in dem Land, in dem die Wahl abgehalten wird. Die Empfehlungen und Folgeaktivitäten des ODIHR unterstützen die Bemühungen der Teilnehmerstaaten zur Verbesserung der Wahlprozesse.

Wahlbeobachter überprüfen die Einhaltung von OSZE-Verpflichtungen, völkerrechtlichen Verpflichtungen und anderen Normen für demokratische Wahlen sowie von innerstaatlichen Rechtsvorschriften. Die Wahlbeobachtung erfolgt oft in Zusammenarbeit mit Parlamentariern der OSZE, des Europarats und des Europäischen Parlaments.

WAHLBEOBACHTUNGSMISSIONEN 2015

bestehend aus einem Kernexpertenteam sowie Lang- und Kurzzeitbeobachtern.

1. Tadschikistan	Parlamentswahl	1. März
2. Estland	Parlamentswahl	1. März
3. Usbekistan	Präsidentenwahl	29. März*
4. Kasachstan	vorgezogene Präsidentenwahl	26. April
5. Vereinigtes Königreich	Unterhauswahl	7. Mai**
6. Türkei	Parlamentswahl	7. Juni
7. Moldau	Kommunalwahlen	14. Juni*
8. Albanien	Kommunalwahlen	21. Juni
9. Kirgisistan	Parlamentswahl	4. Oktober
10. Belarus	Präsidentenwahl	11. Oktober
11. Schweiz	Bundesratswahl	18. Oktober**
12. Kanada	Parlamentswahl	19. Oktober*
13. Ukraine	Kommunalwahlen	25. Oktober
14. Polen	Parlamentswahl	25. Oktober*
15. Türkei	Vorgezogene Parlamentswahl	1. November*
16. Kroatien	Parlamentswahl	8. November*
17. Spanien	Parlamentswahl	20. Dezember*

* eingeschränkte Wahlbeobachtungsmission bestehend aus einem Kernexpertenteam und Langzeitbeobachtern

** entweder Wahlbeurteilungsmission oder Wahlexpertenteam bestehend aus einem Kernexpertenteam

300 BEOBACHTETE WAHLEN

Die Kommunalwahlen in der Ukraine am 25. Oktober 2015 waren die 300. Wahlen, die das ODIHR beobachtete, seit es die umfassende Wahlbeobachtungsmethodik des ODIHR gibt.
Beobachteter Wahltyp (einige Missionen beobachteten mehrere Wahltypen)

171	Parlamentswahlen
77	Präsidentenwahlen
42	Kommunalwahlen
11	Referenden
6	Allgemeine Wahlen

VORSTELLUNG DER NEUEN LEITLINIEN ZUR VEREINIGUNGSFREIHEIT

Gemeinsam mit der Venedig-Kommission des Europarats stellte das ODIHR 2015 neue Leitlinien zur Vereinigungsfreiheit vor. Diese Leitlinien geben Gesetzgebern ein umfassendes und praxisnahes Instrumentarium an die Hand, das ihnen bei der Abfassung von menschenrechtskonformen Gesetzen hilft; sie sind die ersten ihrer Art in diesem Bereich.

„Völkerrechtliche Verträge sind lediglich ein umfassender Rahmen zum Schutz unserer Rechte und gehen naturgemäß nicht darauf ein, wie diese Rechte im Detail und vor Ort funktionieren. [...] Daher sind diese Leitlinien so wichtig. Sie beseitigen Unklarheiten und helfen dabei, das Recht auf Vereinigungsfreiheit zu konkretisieren.“

Maina Kiai

UN-Sonderberichterstatter für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

DEMOKRATISIERUNG

Die Entwicklung von Gesellschaften, die auf pluralistischer Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und inklusiven, zugänglichen, repräsentativen und rechenschaftspflichtigen Institutionen beruhen, ist die Voraussetzung für die Gewährleistung der menschlichen Sicherheit. Deshalb unterstützt das ODIHR neben seiner Hilfestellung bei der Gesetzgebung die Bemühungen der Teilnehmerstaaten, die Partizipation von Frauen und Jugendlichen am politischen und öffentlichen Leben zu verstärken, die Parlamente zu stärken, politische Mehrparteiensysteme zu entwickeln, die Integration von Migranten zu verbessern und die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken.

MELDUNG VON HASSKRIMINALITÄT

hatecrime.osce.org

Das ODIHR nutzte seine Website weiterhin, um Fälle von Hasskriminalität öffentlich zu machen, die von den Teilnehmerstaaten und der Zivilgesellschaft gemeldet wurden. Die Berichte für das Jahr 2015 enthielten Meldungen von 43 Regierungen und 122 Nichtregierungsorganisationen (NGO) über Vorfälle in 46 Teilnehmerstaaten. 2015 gingen so viele Meldungen aus Teilnehmerstaaten und der Zivilgesellschaft ein wie nie zuvor.

MENSCHENRECHTE

Nachdem sich das ODIHR zwei Jahre lang eingehend mit der Menschenrechtslage der Häftlinge in Guantánamo befasst hatte, präsentierte es 2015 seine Ergebnisse in einem Bericht, der im November in Washington DC und Wien herauskam. Auf Ersuchen eines Teilnehmerstaats beurteilte das Büro gemeinsam mit dem HKNM auch die Menschenrechtssituation auf der Krim und veröffentlichte einen Bericht. Ferner startete das ODIHR eine dritte Runde zur Beobachtung der Polizeiarbeit bei friedlichen öffentlichen Versammlungen; 2015 wurden bereits fünf Beobachtungsmissionen durchgeführt.

Im Laufe des Jahres organisierte das ODIHR 53 Menschenrechtsveranstaltungen, die Kapazitätsaufbau und Expertenberatung für staatliche und nichtstaatliche Akteure zu Menschenrechten und Sicherheit anboten. Diese Veranstaltungen galten Menschenrechtsfragen im Zusammenhang mit Terrorismusbekämpfung, ausländischen

terroristischen Kämpfern und der Polizeiarbeit bei friedlichen öffentlichen Versammlungen sowie dem Schutz und der Förderung der Menschenrechte, Religions- und Weltanschauungsfreiheit, dem Schutz von Menschenrechtsverteidigern und NMRI. Auch die Arbeit des ODIHR in der Folterverhütung wurde intensiviert.

Das ODIHR stellte die *Guidelines on the Legal Personality of Religious or Belief Communities* (Leitlinien über die Rechtspersönlichkeit von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften) vor – ein Benchmark-Dokument, das internationale Mindeststandards im Bereich der Anerkennung von Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften setzt, und sorgte im gesamten OSZE-Raum für deren Verbreitung.

TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG

Das ODIHR setzte seine Bemühungen zur Bekämpfung von Hasskriminalität durch Berichterstattung und den Aufbau von Kapazitäten, Veröffentlichung von Informationen über Hasskriminalität im OSZE-Raum sowie das Angebot von Ausbildungs- und Fortbildungsprogrammen für Strafvollzugsbeamte, Staatsanwälte und zivilgesellschaftliche Gruppen fort. Das ODIHR nutzte auch die Dynamik, die aus seiner Konferenz zum 10. Jahrestag der Berliner OSZE-Konferenz über Antisemitismus im Jahr 2014 entstanden war, und hielt im April ein Konsultationstreffen über die Sicherheit jüdischer Gemeinschaften ab. Darauf folgte eine Konferenz über die Bekämpfung von Intoleranz gegenüber Christen im Mai und eine Konferenz über Koalitionsbildung für die Zivilgesellschaft, die parallel zum jährlichen Treffen der nationalen Kontaktstellen für Hasskriminalität im November stattfand.

FRAGEN DER ROMA UND SINTI

Die OSZE hat zugesagt, die Lebensverhältnisse der Roma und Sinti zu verbessern und zu diesem Zweck Rassismus und gegen sie gerichtete Hasskriminalität zu bekämpfen und die Chancengleichheit zu fördern. Roma und Sinti waren seit jeher Opfer von Rassismus, Diskriminierung und Verfolgung, deren Höhepunkt die Ermordung von fast einer halben Million Roma und Sinti im II. Weltkrieg bildete. Anlässlich des 70. Jahrestags des Kriegsendes gab das ODIHR einen Überblick über Methoden zur Gestaltung des Unterrichts und des Gedenkens betreffend den Völkermord an Sinti und Roma in der OSZE-Region. Neben vielen anderen Aktivitäten setzte die Kontaktstelle des ODIHR für Fragen der Roma und Sinti die Förderung des Dialogs zur Sensibilisierung und zur Erinnerung daran, was den Roma und Sinti während des Holocaust widerfahren ist, als Mittel zur Bekämpfung von Diskriminierung und Förderung der Gleichstellung fort.

Teaching about and Commemorating the Roma and Sinti Genocide: Practices within the OSCE Area

Veröffentlicht 2015 von OSZE/ODIHR

FÖRDERUNG DER PARTIZIPATION VON JUNGEN ROMA UND SINTI – BESEITIGUNG DER UNGLEICHHEIT

Das ODIHR setzte seine Arbeit zur Förderung der Teilnahme junger Roma und Sinti an Politik und dem öffentlichen Leben fort. Im Vergleich zu ihren Altersgenossen sind junge Roma und Sinti benachteiligt. So unterstützte das ODIHR die Erstellung des Berichts

Activism, Participation and Security among Roma and Sinti Youth (Aktivismus, Partizipation und Sicherheit unter jungen Roma und Sinti), der wichtige neue statistische Daten über die Lage der Roma-Jugend in 12 OSZE-Teilnehmerstaaten enthält und über den Zugang zu Bildung und Arbeit, zu Personaldokumenten, zum Sozial- und Gesundheitswesen sowie über Diskriminierung Auskunft gibt.

DAS ODIHR IN DER UKRAINE

Von Anfang an spielte das ODIHR eine wichtige Rolle in der Reaktion der OSZE auf die Krise in der und um die Ukraine. Das Büro war aktiv an den Bemühungen der OSZE um die Lösung der Krise beteiligt, etwa durch die Beobachtung von Wahlen, die fortgesetzte Beurteilung der Menschenrechtssituation im Land, die Beobachtung der Lage der Roma und Sinti, die Stärkung des Dialogs zwischen Regierung und Zivilgesellschaft und die Durchführung eines Projekts zur Förderung der Sicherheit von Religions-, Weltanschauungs- und anderen Gemeinschaften in der Ukraine.

Das im April 2015 aufgenommene Projekt für die Stärkung des Dialogs zu Menschenrechtsfragen zwischen der Zivilgesellschaft und maßgeblichen staatlichen Behörden in der Ukraine zielt darauf ab, die wirksamen Mechanismen eines integrativen Dialogs mit der Zivilgesellschaft als kompetentem und verlässlichem Partner zur Erörterung der wichtigsten Menschenrechtsfragen in der Ukraine im Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen und anderen internationalen Standards zu stärken. 2015 besuchten Hunderte ukrainischer Akteure Ausbildungsveranstaltungen, Workshops, Tagungen und Seminare im ganzen Land zu Menschenrechts-Monitoring, demokratischer Regierungsführung und Rechtsetzung, Toleranz und Nichtdiskriminierung.

BETEILIGTE BEHÖRDEN UND INTERESSENSGRUPPEN

Justizministerium

ukrainischer Menschenrechtskommissar

ukrainisches Parlament

Menschenrechtsorganisationen

zivilgesellschaftliche Organisationen, die an politischen Reformen arbeiten

Organisationen, die sich mit Hassverbrechen und vorurteilsgeleiteter Gewalt befassen

DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

Hohe Kommissarin: **Astrid Thors**

Haushalt: 3 407 600 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 609 679 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 21, lokal 9

www.osce.org/hcnm

Die Institution des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) wurde 1992 geschaffen, um ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen oder in den OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, aufzuzeigen und einer raschen Lösung zuzuführen.

2015 unterstützte die Hohe Kommissarin mehrere Teilnehmerstaaten bei ihrer Auseinandersetzung mit einer Reihe von Herausforderungen im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Integration und bei der Förderung guter Regierungsführung, der Achtung der Menschenrechte und Minderheitenrechte und der tatsächlichen Gleichstellung – Elemente, die alle für die Erhaltung gesellschaftlicher Stabilität unerlässlich sind.

DIE WICHTIGSTEN AKTIVITÄTEN

Bei Länderbesuchen in den Teilnahmestaaten kann die Hohe Kommissarin Informationen aus erster Hand sammeln, was ihr die Umsetzung ihres Mandats, das auf Objektivität und Unparteilichkeit ausgerichtet ist, erleichtert. Der vertrauliche Austausch von Informationen und Empfehlungen, Rechtsgutachten und Projektunterstützung waren auch 2015 wichtige Hilfsmittel für die Tätigkeit der HKNM.

2015 besuchte die HKNM zwei Mal die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, um sich von der Lage des Landes, das sich in einer politischen Krise befindet, ein Bild zu machen. Bei ihren Besuchen warnte sie davor, die Krise als Auslöser für interethnische Spannungen zu missbrauchen, und betonte, wie wichtig es sei, eine Lösung zu finden, mit der das Vertrauen in die demokratischen Institutionen wiederhergestellt werden kann.

In Georgien unterstützte die HKNM mit Empfehlungen und Gutachten die Ausarbeitung eines neuen Staatssprachengesetzes und einer Nationalen Strategie für die Gleichstellung und Integration der Bürger für 2015 – 2020. Beide Dokumente wurden 2015 verabschiedet.

In Moldau wurde mit Unterstützung der HKNM eine Strategie zur sozialen Eingliederung fertiggestellt, zu der nun die Öffentlichkeit befragt werden soll. Ausgehend von den Empfehlungen der HKNM verabschiedete das Parlament einen Beschluss über die

Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die sich mit Fragen im Zusammenhang mit dem Funktionieren der Autonomie Gagausiens befassen soll.

2015 stattete die HKNM der Ukraine vier Besuche ab; einer galt den Regionen im Westen, ein anderer den Regionen im Osten und Süden des Landes. Aufgrund der dabei gewonnenen Erkenntnisse betonte sie vor allem die Notwendigkeit, einen stärkeren institutionellen Rahmen für die Minderheitenpolitik zu entwickeln und ein ausgewogenes Herangehen an Sprachen- und Identitätsfragen zu fördern und dabei unterschiedliche geschichtliche Sichtweisen zuzulassen.

Auf Ersuchen eines Teilnehmerstaats veröffentlichte die HKNM im September gemeinsam mit dem ODIHR einen Bericht über die Mission zur Beurteilung der Menschenrechtslage auf der Krim, in dem von umfangreichen Menschenrechtsverletzungen, auch in Bezug auf Minderheiten, die Rede ist. Die HKNM forderte wiederholt den Zugang zur Krim, der ihr nicht gewährt wurde.

BILDUNG

Seit der Schaffung der Institution vor über 20 Jahren unterstützte sie einen mehrsprachigen Unterricht, integrierte Bildungseinrichtungen und den Unterricht in den Staatssprachen und förderte dadurch die positive Rolle, die das Bildungswesen für die Konfliktverhütung spielen kann.

Im Rahmen des Zentralasiatischen Bildungsprogramms wurden mit dem Nationalen Zentrum für berufliche Entwicklung (ORLEU) zwei gemeinsame Konferenzen über Mehrsprachigkeit im kasachischen Bildungswesen organisiert. Dabei wurden die Schlussfolgerungen einer im Auftrag der HKNM durchgeführten Studie über Pilotprojekte zur Mehrsprachigkeit im Unterricht an Minderheitenschulen in Kasachstan vorgestellt und erörtert.

Im Juli wurde in Tscholponata in Kirgisistan im Rahmen einer Zusammenarbeit von HKNM, dem kirgisischen Ministerium für Bildung und Wissenschaft und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) in Kirgisistan eine regionale Sommerschule zum Thema „Multilinguale und multikulturelle Bildung im Dienste der Integration“ abgehalten, an der Vertreter von Bildungseinrichtungen aus Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan teilnahmen. Die Anzahl der Schulen in Kirgisistan, die vom HKNM unterstützte Pilotprogramme für mehrsprachigen Unterricht durchführen, hat sich durch die Zusammenarbeit mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) mehr als verdoppelt.

STÄRKUNG DER MEHRSPRACHIGKEIT IM UNTERRICHT IN SERBIEN

Im Rahmen eines Festakts bezog das Departement Bujanovac der Wirtschaftsfakultät Subotica im November endgültig seine Räumlichkeiten – ein Meilenstein in einem Prozess, der vor mehr als sechs Jahren begann. 2015 schlossen 12 Studenten ihr Studium ab, die ersten Absolventen einer tatsächlich multilingualen Hochschule mit einem multiethnischen Lehrplan in Südserbien.

ZUSÄTZLICHES TREFFEN ZUR MENSCHLICHEN DIMENSION

Im Oktober organisierte die HKNM in Zusammenarbeit mit dem serbischen Vorsitz und dem ODIHR ein zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension über den Beitrag der OSZE zum Schutz nationaler Minderheiten, zu dem sich 172 Teilnehmer aus 45 Ländern einfanden. Die Sitzungen konzentrierten sich auf Themen wie das Kopenhagener Dokument und die Zeit 25 Jahre danach, die Integration in heterogenen Gesellschaften und nationale Minderheiten in zwischenstaatlichen Beziehungen, wobei auf die jüngsten Empfehlungen des HKNM zu diesem Thema, die Leitlinien von Laibach und die Bozner Empfehlungen Bezug genommen wurde. In einer Parallelveranstaltung wurde die Bedeutung von Gender Mainstreaming für die Planung und Umsetzung von Integrationsstrategien erörtert.

Das Mandat des Hohen Kommissars umfasst auch regelmäßige Besuche in OSZE-Teilnehmerstaaten zur Erörterung von Minderheitenfragen mit Vertretern der Regierungsbehörden, der Minderheiten und der Zivilgesellschaft.

2015 ABSOLVIERTE DIE HKNM 13 LÄNDERBESUCHE IN 8 LÄNDERN:

FEBRUAR

Serbien
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

MÄRZ

Ukraine

APRIL

Georgien
Moldau

MAI

die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
Ukraine

JUNI

Turkmenistan
Kasachstan
Ukraine

NOVEMBER

Ukraine
Kirgisistan

DEZEMBER

Serbien

DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

Die Beauftragte: **Dunja Mijatović**

Haushalt: 1 481 600 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 433 713 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: 15

www.osce.org/fom

Die Herausforderungen, mit denen die Medienfreiheit konfrontiert ist, einschließlich der Gewährleistung der Sicherheit von Journalisten und des Schutzes der freien Meinungsäußerung online und offline, führten 2015 die Liste der Probleme an, mit denen sich das Büro der Beauftragten für Medienfreiheit befasste. Diese in Wien basierte OSZE-Institution ist mit der Aufgabe betraut, den Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinsichtlich Medien- und Meinungsfreiheit hilfreich zur Seite zu stehen.

Mit der Konferenz „Sicherheit von Journalisten, Freiheit und Pluralismus der Medien in Konfliktzeiten“ unterstrich die Beauftragte Dunja Mijatović die Bedeutung der Mediensicherheit: Über 400 Personen nahmen teil, darunter Medien- und Behördenvertreter aus der Ukraine und der Russischen Föderation, aus vom Konflikt betroffenen Ländern und aus der gesamten OSZE-Region. Ergebnis der Konferenz waren eine Reihe von Empfehlungen für nachahmenswerte Methoden und für die Entwicklung eines praxisbezogenen Instrumentariums zur Konflikt- und Kriegsberichterstattung, Sicherheit von Journalisten, Ethik und Propaganda.

Im Bemühen, der Hass- und Kriegspropaganda Einhalt zu gebieten, veröffentlichte die Beauftragte die Schrift *Propaganda and the Freedom of Media*, in der sie die historischen und rechtlichen Grundlagen für die Bekämpfung von Hass- und Kriegspropaganda darlegt.

Angesichts des Trends, dass Journalistinnen zunehmend Online-Belästigungen ausgesetzt sind, startete die Beauftragte ein Projekt, um darüber mehr Informationen zu sammeln, auf das Phänomen aufmerksam zu machen und Wege zu finden, wie man dagegen vorgehen kann. Im Berichtszeitraum lud sie Journalisten, Medienexperten und Vertreter der IT-Branche, der Regierung und der Zivilgesellschaft zur Erörterung von Strategien und Lösungsmöglichkeiten ein, woraus eine Reihe von Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten, die IT-Branche und Medienunternehmen hervorging.

Die Entwicklungen im Journalismus und neue Methoden der Nutzung von Inhalten, die von Lesern geliefert werden, werfen verschiedene rechtliche, aufsichtsrechtliche und ethische Fragen auf, die mit Fragen des traditionellen Journalismus wie Informantenschutz, Zugang zu Information und redaktioneller Unabhängigkeit zu tun haben. Im Dezember befasste sich die Beauftragte mit der Rolle von Internetvermittlern im Hinblick auf die freie Meinungsäußerung, was ebenfalls zu einer Reihe von Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten führte.

BEOBACHTUNG DER MEDIENENTWICKLUNGEN UND UNTERSTÜTZUNG BEI DER UMSETZUNG VON OSZE-VERPFLICHTUNGEN

Die Aktivitäten der Beauftragten lassen sich in zwei verschiedene Bereiche einteilen: Beobachtung der Entwicklungen im Medienbereich, um bei potenziellen Herausforderungen für die Medien- und Meinungsfreiheit eine Frühwarnung auszusprechen, und Unterstützung für die Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen in diesem Bereich. Im vergangenen Jahr konfrontierte die Beauftragte für Medienfreiheit über 200 Mal die Regierungen von 43 Teilnehmerstaaten mit einem breiten Spektrum von Fragen wie Gewalt und Drohungen gegen Journalisten und ihr Eigentum, ungerechtfertigte Strafanzeigen, Verurteilungen und Freiheitsstrafen aufgrund missliebiger Berichterstattung in den Medien und Bestrebungen, Gesetze zu erlassen oder umzusetzen, die Journalisten, Medien und dem Medienpluralismus schaden.

Wie bereits 2014 richtete die Beauftragte regelmäßig Sitzungen aus, bei denen Medienschaffende aus Journalistenverbänden und -gewerkschaften der Ukraine und Russlands sich über maßgebliche Themen wie das Monitoring der Verletzung von Journalistenrechten oder die Förderung der Einhaltung ethischer Standards austauschen konnten.

AUSBILDUNG

Von der Beauftragten veranstaltete Aus- und Fortbildungen für Medienschaffende:

- Workshops für angehende russische und ukrainische Journalisten
- Studienreise des Nationalen Fernseh- und Rundfunkrates der Ukraine zur Kommunikationsregulierungsstelle von Bosnien und Herzegowina
- Fortbildungsveranstaltung über Rundfunkregulierung für den Nationalen Fernseh- und Rundfunkrat der Ukraine
- Seminar zu Fragen der freien Meinungsäußerung für türkische Richter und Staatsanwälte
- Studienreisen für montenegrinische Journalisten, um diesen einen Einblick in die Arbeit des Presserats von Bosnien und Herzegowina zu geben
- bewusstseinsbildende Schulungen für den Medienrat der Mongolei
- Workshops für die Umstellung öffentlich-rechtlicher Medien für georgische Rundfunkanstalten

REGIONALE MEDIENKONFERENZEN

Die Beauftragte bot auch in diesem Jahr regionale Medienkonferenzen für Teilnehmerstaaten in Zentralasien und im Südkaukasus an, die Medienschaffenden aus diesen Regionen Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch mit Kollegen, Regierungsbehörden und internationalen Experten gaben. 2015 befassten sich diese Konferenzen auch mit den Chancen, die die Umstellung vom analogen auf den digitalen Rundfunk bietet.

OFFENER JOURNALISMUS – EINE VERMITTLERROLLE

Die Beauftragte widmete sich auch 2015 den Fragen, die das im Wandel begriffene medientechnologische Umfeld mit sich bringt, und organisierte dazu ein Expertentreffen zu webbasierten Medien, worunter man auch „Open Journalism“ versteht.

Über 100 Experten aus Medien, Wirtschaft und Wissenschaft erörterten die Rolle von Vermittlern wie Anbietern von Internetdiensten und sozialen Medien wie Facebook. Die Teilnehmer diskutierten über die soziale Verantwortung von Unternehmen, gemeinsame Konventionen, die sich auf die Inhalte sozialer Medien auswirken, und heikle Themen wie Online-Belästigung und -Verhetzung sowie die Verantwortung von Unternehmen im Umgang mit Forderungen seitens der Regierung.

FELDOPERATIONEN

Neben ihren politischen Organen unterhält die OSZE auch ein Netz von 17 Feldoperationen in Südosteuropa, Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien.

FELDOPERATIONEN

Feldoperationen im Jahr 2015

Die Feldoperationen helfen Regierungen, Institutionen, Personen und Bevölkerungsgruppen bei der praktischen Umsetzung der Verpflichtungen der OSZE-Teilnehmerstaaten. Sie können dabei in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung oder Konfliktnachsorge unterstützend tätig werden. Welche Aktivitäten es jeweils sind, hängt von den Rahmenbedingungen der betreffenden Feldoperation und des Gastlandes ab und wird vom Mandat der Feldoperation bestimmt. Manche Feldoperationen sind in allen drei Dimensionen tätig, andere wieder konzentrieren sich auf bestimmte Bereiche.

DIE OSZE HATTE 2015 17 FELDOPERATIONEN:

SÜDOSTEUROPA

Die Präsenz in Albanien
Die Mission in Bosnien und Herzegowina
Die Mission im Kosovo
Die Mission in Montenegro
Die Mission in Serbien
Die Mission in Skopje

OSTEUROPA

Die Mission in Moldau
Der Projektkoordinator in der Ukraine
Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine
Die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk

SÜDKAUKASUS

Der Projektkoordinator in Baku
Das Büro in Eriwan

ZENTRALASIEN

Das Zentrum in Aschgabat
Das Programmbüro in Astana
Das Zentrum in Bischkek
Das Büro in Tadschikistan
Der Projektkoordinator in Usbekistan

Die Präsenz in Albanien

Leiter der Präsenz: **Botschafter Florian Raunig**

Haushalt: 2 918 500 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 301 876 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 20, lokal 62,5

www.osce.org/albania

Arbeitsschwerpunkte der Präsenz in Albanien waren 2015 die Hebung der Effizienz, Rechenschaftspflicht und Kooperationsfähigkeit der Institutionen und die Verbesserung ihrer Beziehungen zu den Bürgern, wobei gleichzeitig auf den Schutz und die stärkere Verankerung der Grundrechte Wert gelegt wurde. Die Präsenz stellte Rechte und Pflichten in den Mittelpunkt und trat für einen Gesinnungswandel hin zu einer Kultur der Rechtsstaatlichkeit, zur Achtung von Werten und zu einer Gesellschaft von selbstbestimmten und geachteten Bürgern ein.

VON PARTNERSCHAFT ZU SOLIDARITÄT

Die Präsenz setzte sich für eine größere Reaktionsbereitschaft und stärkere Rechenschaftspflicht des Parlaments, für den Umweltschutz, die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Bekämpfung der Korruption ein.

Sie produzierte gemeinsam mit einer zivilgesellschaftlichen Organisation eine preisgekrönte Dokumentation über die Verunreinigung von Flüssen in Albanien, die eine öffentliche Debatte auslöste und den Umweltausschuss des Parlaments dazu veranlasste, sich verstärkt der Bewältigung des Abfallproblems im Land anzunehmen. Die Präsenz half dem Ausschuss bei der Verbesserung seiner Aufsichtsfunktion durch Öffentlichkeitsarbeit, grenzüberschreitende Zusammenkünfte und öffentliche Anhörungen. Durch ihre Zusammenarbeit mit zahlreichen staatlichen Stellen förderte die Präsenz auch einen behördenübergreifenden Ansatz im Kampf gegen Umweltkriminalität und Korruption.

2015 war die Präsenz maßgeblich an der von albanischen Institutionen betriebenen Reform des Justizsystems beteiligt, indem sie für ein systematisches und transparentes Herangehen eintrat und öffentliche Beratungen zwischen Interessenvertretern in die Wege leitete. Experten der Präsenz beteiligten sich intensiv an der gesetzestechnischen Formulierung, um die Rechtsvorschriften in Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen zu bringen. Der Parlamentsausschuss akzeptierte über 75 Prozent der Empfehlungen der Präsenz und nahm sie schon in einem frühen Stadium in Gesetzesentwürfe auf. Diese Verfassungsreformen werden die Grundlage für eine Erneuerung des Justizsystems bilden, das den albanischen Bürgern besser dient.

Das Projekt „Recht ohne Verzögerung“ wurde 2015 auf zwei weitere Bezirksgerichte ausgedehnt. An dem Gericht, das für den Pilotversuch ausgewählt worden war, hat sich seine Nachhaltigkeit erwiesen: Die Richter in Kruja schlossen fast 90 Prozent der Fälle innerhalb der von den Justizbehörden vorgegebenen Normfrist ab, ein für Albanien einmaliger Wert.

Auf Vermittlung der Präsenz und der Mission in Serbien kamen albanische und serbische Jugendliche zusammen, um über die Beteiligung der Jugend am öffentlichen und politischen Leben, Jugendpolitik, die Förderung demokratischer Werte und des kulturübergreifenden Dialogs, die Rolle der Medien im interkulturellen Dialog und Wege zur Überwindung von Vorurteilen und Stereotypen zu diskutieren. Die Veranstaltung fand im Rahmen einer 2014 zwischen den Ministerpräsidenten von Albanien und Serbien geschlossenen Vereinbarung zum Thema Jugend statt.

„Es gab eine ganze Reihe von Hilfsprojekten der OSZE. Dabei ging es um Zusammenarbeit, Hilfestellung und Finanzierung im Zusammenhang mit den gravierenden Problemen, die ein diktatorisches Regime Streitkräften hinterlässt. Die Entsorgung chemischer Substanzen und die Beseitigung von Gefahrenherden mit explosiven Rückständen haben Albanien von Tag zu Tag sicherer gemacht. Weitere Projekte sind im Gespräch und in Aushandlung und stehen vor der Fertigstellung. So wird Partnerschaft zu Solidarität. Ihre Vertretung in Tirana verdient meinen herzlichsten Glückwunsch.“

Mimi Kodheli

Verteidigungsministerin der Republik Albanien

Bei den albanischen Kommunalwahlen im Juni 2015 wurden 550 Frauen in Gemeinderäte gewählt. Viele von ihnen wurden von einem von der Präsenz geschaffenen nationalen Frauennetzwerk ausgebildet und beraten.

Die Präsenz unterstützte die albanischen Behörden weiter bei der Unbrauchbarmachung von Kampfmitteln. Dabei wurden 116 Tonnen gefährlicher Chemikalien unter Sicherheitsvorkehrungen außer Landes gebracht und vernichtet. Die Präsenz leistete auch Vorarbeiten für das Umpacken, die Ausfuhr und die Vernichtung von 140 Tonnen der beiden Napalmbestandteile unter sicheren Bedingungen.

Auf Ersuchen örtlicher Behörden und in Partnerschaft mit diesen entfaltete die Präsenz eine Reihe von Aktivitäten zur Verbesserung der Effizienz des Justizsystems, zur Bekämpfung der Korruption und zur Auseinandersetzung mit häuslicher Gewalt. Dabei wurden Erfolge im Hinblick auf die Qualifizierung von Mitarbeitern dieser Behörden und die Stärkung der zwischenbehördlichen Zusammenarbeit sowie in Bezug auf die Erlangung von Selbstbestimmtheit und Initiativkraft auf örtlicher Ebene erzielt.

Die Präsenz schulte 2015 gemeinsam mit der nationalen Koordinierungsstelle zur Bekämpfung des Menschenhandels über 100 mit der Bekämpfung des Menschenhandels befasste Polizisten und Mitarbeiter der Grenzpolizei, um ihnen in Fragen des Menschenhandels einen opferzentrierten Ansatz und proaktive Ermittlungsmethoden näher zu bringen. Diese Art von Ausbildung wird das Erkennen von Menschenhandelsopfern erleichtern und die Diskrepanz zwischen der Anzahl jener Fälle, in denen ermittelt wird, und jener, in denen die Täter auch tatsächlich strafrechtlich verfolgt werden, verringern.

„Sie werden Teil meines Arbeitsprogramms.“

Albaniens neuer Justizminister **Ylli Manjani** über die Empfehlungen zur Verringerung der Überbelegung von Gefängnissen, die unter Federführung der Präsenz zustandekamen.

PARTNERSCHAFTEN

2015 stand die Präsenz in engem Kontakt mit diversen albanischen Regierungsstellen und Institutionen und mit dem albanischen Parlament sowie mit mehreren UN-Organisationen, dem Europarat, der EU, der Europäischen Mission zur Unterstützung der Justiz in Albanien (EURALIUS), der *United States Agency for International Development* (USAID), dem *International Criminal Investigative Training Assistance Program* (ICITAP) des US-Justizministeriums und der Europäischen Rundfunkunion.

Die Mission in Bosnien und Herzegowina

Leiter der Mission: **Botschafter Jonathan Moore**

Haushalt: 11 450 300 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 613 080 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 40, lokal 278

www.osce.org/bih

2015 wurde der 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Dayton und der Einrichtung der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina begangen. Ungeachtet der innenpolitischen Herausforderungen gab das Jahr auch Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Die regionalen Beziehungen haben sich insgesamt verbessert. Der von Behörden und Politikern auf allen Ebenen nunmehr eingeschlagene Weg in Richtung EU-Integration bot die Grundlage für das Inkrafttreten des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens. Um diese positive Dynamik zu nutzen und die Stabilität und Aussöhnung im Land zu fördern, trat die Mission wie schon bisher für eine sinnvolle Umsetzung der Reformen und für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der wichtigsten demokratischen Institutionen und der Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte ein.

MEHR INKLUSIVITÄT IM BILDUNGSWESEN

Gemeinsam mit dem Staatschef von Bosnien und Herzegowina initiierte die Mission ein Treffen von Bürgermeistern und leitenden Mitarbeitern der Unterrichtsbehörden aus dem ganzen Land, das dem Austausch vorbildlicher Verfahren und der Förderung von Inklusivität und Nichtdiskriminierung im Bildungswesen diene. Die Mission trug weiter zur regionalen Zusammenarbeit und zur Erzielung von Nachhaltigkeit im Bildungswesen bei, indem sie Serbien bei der Organisation der dritten Regionalkonferenz von Schulinspektoren in Belgrad unterstützte, die auf den Ergebnissen der 2014 in Sarajewo abgehaltenen Konferenz aufbaute.

HASS UND EXTREMISMUS VERHINDERN UND DARAUF REAGIEREN

Die Mission unterstützte die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Hass und Extremismus, insbesondere durch die innovativen, von der Mission unterstützten Koalitionen gegen Hass und begleitende Maßnahmen im Internet und in sozialen Medien. Die über das ganze Land verstreuten 19 Koalitionen gegen Hass setzten über 90 Aktivitäten, mit denen durch Hass und Vorurteile motivierte Zwischenfälle verhindert beziehungsweise darauf reagiert werden sollte. In nur 30 Tagen kam es während des „Monats der Toleranz“ zu 50 Aktivitäten unter Beteiligung von 2 500 Bürgern, die das Interesse der Menschen an der Vielfalt und an der interethnischen und interkonnessionellen Zusammenarbeit wecken sollten. Die von der Mission betriebene Website *Supergradjani.ba*, die sich für Toleranz und Aussöhnung einsetzt, ist nun weithin bekannt. Junge Männer zwischen 18 und 24 Jahren, die als anfällig

für extremistische Ideologien gelten, wurden zunehmend über soziale Medien angesprochen, um Präventionsarbeit zu leisten und der Hasspropaganda entgegenzutreten.

MEHR SICHERHEIT AUF ALLEN EBENEN

Neben den laufenden Bemühungen in Unterstützung Bosnien und Herzegowinas bei der Umsetzung seiner internationalen sicherheitspolitischen Verpflichtungen und der Modernisierung seiner Waffen- und Munitionslagerstätten verstärkte die Mission 2015 ihre Anstrengungen zur Verbesserung der Governance und Reform des Sicherheitssektors. Die Mission war maßgeblich an der Verabschiedung des Aktionsplans von Bosnien und Herzegowina für UNSCR 1540 über die Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen und der Terrorismusbekämpfungsstrategie des Landes für die Jahre 2015 – 2017 beteiligt.

Die Mission gab auch den Anstoß zu Bildungsprogrammen für Jugendliche, die die Sicherheitspolitik von Bosnien und Herzegowina zum Gegenstand haben, unterstützte die weitere Institutionalisierung der Einsatz- und Nachrichtenzentrale für zivile Notfälle und förderte im verstärkten Bemühen, gewalttätigem Extremismus die Stirn zu bieten, landesweit den gemeinschaftsbasierten Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Behörden auf verschiedenen Ebenen.

UMWELTBEWUSSTSEIN

Die Mission kooperierte mit den Aarhus-Zentren bei der Ausarbeitung von Aktionsplänen zur Hebung des Bewusstseins der örtlichen Bevölkerung für Katastrophenvorsorge in den beiden Gemeinden Vogošća und Banja Luka. Dadurch können die Aarhus-Zentren effizienter agieren und die Gemeinden sind nun für den Fall zukünftiger Katastrophen besser gerüstet.

Darüber hinaus half die Mission den Kommunalbehörden von Maglaj bei der Erstellung einer Fallstudie über das Hochwasser vom Mai 2014 mit einem Erfahrungsbericht, Schlussfolgerungen und Empfehlungen für das weitere Vorgehen.

Gemeinsam mit dem OCEEA und der OSZE-Mission in Serbien organisierte die Mission einen Besuch von 80 Vertretern von OSZE-Teilnehmerstaaten in den vom Hochwasser betroffenen Gebieten in Serbien und Bosnien und Herzegowina.

VERSTÄRKTE AHNDUNG VON VERBRECHEN DURCH DIE JUSTIZ

Die Mission bemühte sich auch dieses Jahr, einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Behörden des Landes über die Kapazitäten verfügen, in schwierigen Kriminalfällen wirksam zu ermitteln und ein Urteil zu fällen und den Rückstand an Fällen abzubauen. Zu diesem Zweck setzte die Mission folgende Maßnahmen:

- Entwicklung, Förderung und Bereitstellung von Fortbildungsmöglichkeiten unter anderem in Bezug auf Kriegsverbrechen, Menschenhandel und Hasskriminalität
- Herausgabe des zweiten Bandes eines Berichts zum Thema *Combating Impunity for Conflict-Related Sexual Violence in Bosnia and Herzegovina*
- Überwachung der Wirksamkeit und Fairness von Strafverfahren und Beratung bei der Umsetzung der Nationalen Strategie gegen Kriegsverbrechen

- Durchführung einer umfassenden Analyse der Abwicklung von Fällen von Kriegsverbrechen und Abgabe von Empfehlungen

FÖRDERUNG DER INTEGRATION DER MEISTBETROFFENEN OPFER VON AUSGRENZUNG

Die Mission unterstützte die Behörden von Bosnien und Herzegowina während der Vorsitzführung des Landes im Rahmen des Jahrzehnts der Integration der Roma, indem sie eine wichtige Regionalkonferenz zum Thema Schaffung von Wohnraum für Roma organisierte. Sie arbeitete bei der Auswahl von Anspruchsberechtigten unter den bedürftigsten Roma mit 35 Kommissionen zusammen und leistete Unterstützung bei der Überwindung örtlicher Widerstände gegen die Errichtung von Wohnungen für Roma. 2015 wurden in Gemeinden in ganz Bosnien und Herzegowina 80 Häuser fertiggestellt, und die ersten Begünstigten zogen ein.

Die Mission setzte sich wie bisher für die Anliegen ausgegrenzter Sozialhilfeempfänger ein, darunter Personen mit Behinderung und Rückkehrer, um ihnen zu ihren Rechten zu verhelfen und ihre Stellung in der Gesellschaft zu stärken. Darüber hinaus widmete sich die Mission der Verbesserung der einschlägigen Rechtsgrundlagen und unterstützte das Ministerium für Menschenrechte und Flüchtlinge bei der Ausarbeitung von Abänderungen zu den Gesetzen über das Diskriminierungsverbot und über den Menschenrechtsombudsmann.

Der monatliche <i>Hate Monitor</i> : Zwischenfällen auf der Spur 2014 bis 2015 weniger Zwischenfälle Verlagerung auf weniger schwere Zwischenfälle

PARTNERSCHAFTEN

Die Mission veranstaltete gemeinsam mit den Vereinten Nationen, Bosnien und Herzegowina und dem DCAF unter Beteiligung von RACVIAC, SEESAC, EUFOR, NATO und IOM die Überprüfungskonferenz über die Einhaltung sicherheitspolitischer UN- und OSZE-Verpflichtungen. Sie sprach sich bei der Abfassung des Nationalen Aktionsplans von Bosnien und Herzegowina mit dem 1540-Ausschuss der Vereinten Nationen ab. Weitere Partner der Mission waren das deutsche Verteidigungsministerium, UN-Frauen, der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in Bosnien und Herzegowina, EU und UNHCR.

Die Mission im Kosovo

Leiter der Mission: **Botschafter Jean-Claude Schlumberger**

Haushalt: 18 886 600 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 325 145 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 134, lokal 398,5

www.osce.org/kosovo

Schwerpunktthema der Mission im Kosovo war die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Institutionen, wobei Aufsicht, Transparenz und Inklusivität im Mittelpunkt standen. Das ganze Jahr 2015 hindurch verfolgte und befürwortete die Mission verschiedene Aspekte der Förderung und des Schutzes der Volksgruppenrechte im Kosovo, und sie setzte sich gemeinsam mit Partnern dafür ein, dass die Voraussetzungen für eine auf Dauer angelegte freiwillige Rückkehr von Vertriebenen und für Aussöhnung geschaffen werden. Der Schutz der Menschenrechte war weiterhin ein zentraler Bestandteil der Arbeit der Mission.

Im Norden half die Mission bei der Festigung kommunaler Strukturen durch einen Peer-to-Peer-Austausch und Ausbildungsprogramme für Vertreter der Legislative und der Exekutive in Nordmitrovica, Leposavić/Leposaviq, Zubin Potok und Zvečan/Zveçan.

DIALOG

Gemeinsam mit der OSZE-Mission in Serbien organisierte die Mission im Kosovo eine Dialogakademie für 22 junge Aktivistinnen aus NGOs, Studentinnen und weibliche Fachkräfte aus Prishtina/Priština und Belgrad. Zwei Wochen lang befassten sich die Teilnehmerinnen mit Mediation und Verhandlungstechniken und deren Einsatz zur Förderung der Geschlechtergleichstellung. Die Akademie war Teil der von der OSZE geförderten Initiative „Follow Us“, die zu Zusammenarbeit und Dialog zwischen den beiden Gesellschaften unter Vermittlung prominenter Frauen aus Belgrad und Prishtina/Priština anregen soll.

KULTURELLE SENSIBILITÄT

Nach jahrelangen Verzögerungen und auf beharrliches Drängen der Mission und einiger ihrer Partner setzte die Gemeinde Rahovec/Orahovac den Rat für die Sonderschutzzone Velika Hoča/Hoça e Madhe ein. Die Gründung des Rates hat große Bedeutung sowohl für den Schutz der Kulturerbestätten als auch für die Verbesserung der Lebensumstände der örtlichen kosovoserbischen Volksgruppe. Die Mission unterstützt den Rat finanziell; die Mittel sollen in Infrastrukturprojekte in der Region fließen.

VOLKSGRUPPENRECHTE IN ZAHLEN

- 389 Amtsträger und Volksgruppenvertreter nahmen an Ausbildungsveranstaltungen der Mission zum Thema Volksgruppenrechte teil.
- 526 Amtsträger und Volksgruppenvertreter nahmen an Tagungen zur Ausarbeitung von Strategien für Volksgruppen teil (wobei 12 Grundsatzdokumente erarbeitet wurden).
- 274 Personen nahmen an zweckorientierten Tagungen von Interessenvertretern zum Thema Volksgruppenrechte teil.

RECHT UND JUSTIZ

Die Mission beobachtete über 2 000 Verhandlungen, nahm zu fast 50 Gesetzen Stellung (64 Prozent der Kommentare wurden akzeptiert) und gab vier Publikationen zum Justizwesen heraus. Sie unterstützte auch die Ausarbeitung und Veröffentlichung eines Bulletins des Obersten Gerichtshofs und veranstaltete 14 Lehrgänge für Staatsanwälte, die der Vereinheitlichung der Rechtspraxis dienen.

Die Mission gab 2015 den Anstoß zu einer zivilgesellschaftlichen Prozessbeobachterkoalition und schuf einen Koordinationsmechanismus zwischen der Polizei und den Gerichten im Nordkosovo, der bei der Bekanntmachung und Durchsetzung gerichtlicher Verfügungen behilflich sein soll.

AUS DEM BÜCHERREGAL

Im Dezember veröffentlichte die Mission die jüngste Ausgabe ihres *Community Rights Assessment Report*, der die Fortschritte kosovarischer Institutionen auf dem Gebiet des Dialogs zwischen den Volksgruppen sowie in den Bereichen Sicherheit und Justiz, Sprache, Bildung, Vertriebenenrückkehr, Kultur und Medien bewertete.

KERNGRUPPE ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Mit Unterstützung durch die deutsche Regierung half die Mission bei der Einrichtung und Ausbildung einer Kerngruppe von sechs Kriminalbeamten und zwei Sonderstaatsanwälten aus der Kosovo-Polizei und der Sonderstaatsanwaltschaft, die sich der Bekämpfung der hohen Korruption widmen soll.

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Nach langjähriger Unterstützung der Kriminaltechnischen Untersuchungsanstalt des Kosovo durch die Mission erhielten 2015 fünf Labors die Zulassung für die Bereiche DNA, Chemie, Fingerabdruck, Dokumente und Manuskripte und Ballistik. Die Mission hielt auch 46 Fach- und Fortbildungskurse für rund 750 Strafverfolgungsbeamte ab.

DAUERHAFTE LÖSUNGEN FÜR VERTRIEBENE

Die Mission veranstaltete eine Reihe von Folgetreffen zur Unterstützung dauerhafter Lösungen für Vertriebene aus dem Kosovo, an denen Vertreter von Institutionen aus Prishtina/Priština, Belgrad, Podgorica und Skopje teilnahmen. Als Ergebnis dieser Treffen wurden drei gemeinsame Dokumente zu Grundprinzipien des institutionenübergreifenden Prozesses, zu konkreten Maßnahmen in den aufgezeigten Schwerpunktbereichen und zu

Arbeitsmethode und -umfang verabschiedet. Die Fertigstellung und Billigung dieser drei Dokumente ist ein Meilenstein und markiert den Abschluss der ersten Phase des institutionenübergreifenden Prozesses, in der der Rahmen für eine neue, operativere Phase geschaffen wurde.

PARTNERSCHAFTEN

Die Mission im Kosovo veranstaltete gemeinsam mit UNHCR eine Reihe von Treffen mit Vertretern von Institutionen aus Prishtina/Priština, Belgrad, Podgorica und Skopje zur Unterstützung dauerhafter Lösungen für Vertriebene aus dem Kosovo, die zur Einigung auf die Grundprinzipien und zu einem Arbeitsplan für einen nachhaltigen Rückkehrprozess führten.

Die Mission in Montenegro

Leiterin der Mission: **Botschafterin Janina Hřebíčková**

Haushalt: 2 146 200 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 85 775 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 10, lokal 31

www.osce.org/montenegro

Die Mission in Montenegro kooperierte mit nationalen und internationalen Partnern bei Projekten zur Unterstützung der Umsetzung neuer Rechtsvorschriften und zur Stärkung der Rechenschaftspflicht, Transparenz und Effizienz von nationalen Institutionen, Medien und NGO; sie alle sollen den Reformprozess im Land unterstützen. Die Mission verfolgte 2015 einen programmübergreifenden Ansatz im Zuge dessen sie Aktivitäten bündelte, um eine größere Breitenwirkung zu erzielen, und half erfolgreich bei der Einrichtung einer nationalen Dialogplattform, die alle Segmente der Gesellschaft umfasst.

MEDIENSCHULUNG

2015 veranstaltete die Mission einen Lehrgang für Medienschaffende, um deren Verständnis für Rechtsstaatlichkeit und Strafverfolgungsbehörden zu verbessern. Konkret ging es dabei um das richtige Verhältnis zwischen dem Recht der Öffentlichkeit auf Information und der Unschuldsvermutung, dem Schutz der Menschen- und Persönlichkeitsrechte und dem Recht auf freie Meinungsäußerung.

INSTITUTIONELLE TRANSPARENZ UND ÖFFENTLICHER DISKURS

Im Rahmen der Fernsehsendung „Gemeinsam zu mehr Vertrauen“ wurden im öffentlich-rechtlichen Rundfunk 20 Talkshows ausgestrahlt. Sie dienten Vertretern von Institutionen, Medien und der Zivilgesellschaft unter Beteiligung der Öffentlichkeit als Dialogplattform über Transparenzfragen in Institutionen und sollten zu einem Dialog über Themen anregen, die von gesellschaftlicher Bedeutung sind. Neben finanzieller Unterstützung trug die Mission auch zur Auswahl von Schwerpunktthemen und internationalen Experten für alle Talkshows bei.

GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER UND KAMPF GEGEN DISKRIMINIERUNG

Die Mission unterstützte die Organisation des 17. Parlamentarierforums in Cetinje zum Thema „Menschenrechte und Gleichstellung der Geschlechter im Sicherheits- und Verteidigungssektor“. Ein wichtiges Ergebnis dieser Veranstaltung war die Verabschiedung einer gemeinsamen regionalen Erklärung mit einer Reihe von Empfehlungen zur weiteren

Umsetzung der internationalen Verpflichtungen aus UNSCR 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit.

Die Mission setzte sich auch für die Schaffung von Ethikkommissionen auf lokaler Ebene ein, was in allen Gemeinden zur Annahme eines Ethikkodex, eines Ratgebers und eines Beschlusses über die Einsetzung solcher Kommissionen führte.

Darüber hinaus veranstalteten die Mission und das Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte fünf Ausbildungsworkshops zur fachlichen Schulung von Staatsanwälten im Hinblick auf das Gesetz über das Diskriminierungsverbot, das durch uneingeschränkte Anerkennung und Abwicklung von Diskriminierungsfällen umgesetzt werden soll. Eine Gruppe ausgewählter Staatsanwälte aus allen Gemeinden in Montenegro erörterte die Ursachen von Diskriminierung und die Herausforderungen, die sich bei der Umsetzung des betreffenden Gesetzes stellen.

BEKÄMPFUNG VON KORRUPTION UND KRIMINALITÄT

Um das Gesetz über den freien Zugang zu Information als Instrument im Kampf gegen Korruption besser zu verankern, arbeitete die Mission mit dem Amt für Datenschutz und freien Zugang zu Information sowie mit einschlägigen örtlichen NGOs zusammen. 2015 gab es eine Reihe von Aktivitäten, darunter eine Regionalkonferenz, die dem Austausch von Erfahrungen und vorbildlichen Methoden bei der Umsetzung dieses Gesetzes diente.

Die Mission unterstützte die Umsetzung neuerlicher Abänderungen zur Strafprozessordnung durch Fortbildungsmaßnahmen für Richter, Staatsanwälte und Polizeibeamte. Sie veranstaltete auch eine Regionalkonferenz zum Austausch von Erfahrungen im Kampf gegen Internetkriminalität, bei der Gewalt gegen Kinder, mit den sozialen Medien verbundene Risiken, Geldwäsche, Terrorismus, Menschenschmuggel und -handel und Möglichkeiten zur Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit behandelt wurden.

Die Mission setzte sich auch für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Strafverfolgung ein, wofür sie der Staatsanwaltschaft bei der Entwicklung einer Kommunikationsstrategie technische Hilfe leistete.

PARTNERSCHAFTEN

Die Mission in Montenegro startete gemeinsam mit dem Innenministerium und UNDP sowie mit Unterstützung der EU und der deutschen Regierung die öffentliche Kampagne „Respektiere das Leben – gib deine Waffen ab“. Als Durchführungspartner ist an diesem Projekt die NGO *Center for Democratic Transition* beteiligt.

VEREINBARUNG ÜBER DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

2015 unterzeichneten sechs Gemeinden in Montenegro eine Vereinbarung mit der Mission und dem Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte, durch die die Zusammenarbeit im Bereich der Geschlechtergleichstellung verstärkt wird; inzwischen haben alle 23 Gemeinden unterzeichnet, sodass nun landesweit Unterstützung geleistet werden kann. In elf Gemeinden wurden mehr als 20 der in örtlichen Aktionsplänen vorgesehenen Aktivitäten zur

Stärkung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung der Frauen und des Kampfes gegen geschlechtsspezifische Gewalt umgesetzt.

VERHÜTUNG VON MENSCHENHANDEL

In Zusammenarbeit mit Frontex, der Grenzmanagement-Agentur der EU, veranstaltete die Mission Lehrgänge für 240 im Grenzdienst eingesetzte Polizeibeamte, wodurch die Grenzpolizei besser in die Lage versetzt werden sollte, Menschenhandel zu verhindern und dagegen vorzugehen und sich der Opfer des Menschenhandels anzunehmen.

KOSTENLOSE PERSONALAUSWEISE FÜR VERTRIEBENE

2015 erhielten dank der Unterstützung durch die Mission, das Innenministerium und UNHCR 508 Vertriebene unentgeltlich ihre gesetzlich vorgeschriebenen Personaldokumente. Neben weiteren 307 Personen, deren Anträge auf Ausstellung von Dokumenten noch laufen, haben sich die Empfänger für ihre Wiedereingliederung in die montenegrinische Gesellschaft entschieden.

Die Mission in Serbien

Leiter der Mission: **Botschafter Peter Burkhard**

Haushalt: 6 429 000 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 1 644 459 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 25, lokal 103

www.osce.org/serbia

Während des serbischen OSZE-Vorsitzes 2015 bestand die Hauptaufgabe der Mission darin, dem Gastland beim Aufbau starker, unabhängiger, rechenschaftspflichtiger und wirksamer demokratischer Institutionen zu helfen und mit staatlichen Stellen, der Zivilgesellschaft und den Medien in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, Polizeiangelegenheiten, Demokratisierung und Medienentwicklung zusammenzuarbeiten.

KAMPF GEGEN DIE ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Die Mission unterstützte Serbien weiter bei der Stärkung seiner Kapazitäten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und beim Aufbau einer wirksameren operativen Zusammenarbeit mit den Polizeidiensten der Nachbarländer. Auf der Website des serbischen Innenministeriums wurde Serbiens erste, mit Unterstützung der Mission erstellte Studie über die Bedrohung durch schwere und organisierte Kriminalität veröffentlicht. Das Dokument bietet einen strategischen Überblick über schwere und organisierte Kriminalität im Land, einschließlich des illegalen Drogenhandels, der irregulären Migration und der Internetkriminalität. Die Bedeutung dieser Studie liegt darin, dass in Zukunft daraus eine Plattform für die gesamte strategische und operative Planung der für den Kampf gegen schwere und organisierte Kriminalität zuständigen nationalen Strafverfolgungsbehörden werden könnte.

MODERNISIERUNG DES SERBISCHEN STRAFRECHTSSYSTEMS

Die Mission, die sich schon zuvor bemüht hatte, Serbien bei der Reform seines Strafrechtssystems zu unterstützen, erstellte Gutachten für Arbeitsgruppen des Justizministeriums, die mehrere Gesetze und Durchführungsverordnungen ausarbeiteten, und hielt über 30 Ausbildungsseminare für einschlägige örtliche Partner ab. Sie nahm Kontakt zu mehr als 300 Staatsanwälten in ganz Serbien auf, um sie durch Schulung in Kreuzverhörmethoden und Beweisführung und im Halten von Eröffnungs- und Schlussplädoyers bei der Umsetzung der reformierten Strafprozessordnung zu unterstützen. Auf dem Ausbildungsprogramm standen auch die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung von Betrug bei der Auftragsvergabe, Methoden zur Bekämpfung der Geldwäsche und Ermittlungen im Kampf gegen die Finanzierung des Terrorismus. Die Mission schloss auch ihre Arbeit an der Erstellung von Richtlinien für die Anwendung des Prinzips der Straffreiheit auf Opfer des Menschenhandels ab.

ERSTE STUDIERENDE ABSOLVIEREN UNIVERSITÄT AUF ALBANISCH UND SERBISCH

2015 schlossen die ersten zwölf Studierenden ihr Studium am Departement Bujanovac (Südserbien) der Wirtschaftsfakultät Subotica der Universität Novi Sad ab. Das Departement ist das einzige in Südosteuropa, das eine Ausbildung auf Albanisch und Serbisch anbietet.

Ihre Gründung ist den gemeinsamen Bemühungen folgender Einrichtungen zu verdanken:

- serbisches Bildungsministerium
- Koordinierungsgremium für die Gemeinden Preševo, Bujanovac und Medveđa
- Universität Novi Sad mit ihrer Wirtschaftsfakultät in Subotica
- Gemeinde Bujanovac
- Nationalrat der albanischen nationalen Minderheit
- EU-Delegation in Serbien
- Programm „Europäische Gemeindepartnerschaften“/Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste
- HKNM
- OSZE-Mission in Serbien

„Vor zehn oder fünfzehn Jahren war das noch ein Traum, denn hier herrschte Krieg. Jetzt studieren die jungen Leute gemeinsam.“

Nagip Arifi

Bürgermeister von Bujanovac

FÖRDERUNG DES DIALOGS PROMINENTER FRAUEN AUS BELGRAD UND PRISHTINA/PRIŠTINA

Die aktive Rolle von Frauen bei der Konfliktlösung bildet die Grundlage der Initiative *Follow Us*, zu der die OSZE-Mission in Serbien und die OSZE-Mission im Kosovo 2012 den Anstoß gaben. Mehrere Vorführungen des Dokumentarfilms *Follow Us* brachten der Initiative 2015 weiteren Zuspruch als erfolgreiches Dialogforum für die Wiederherstellung von Vertrauen zwischen Postkonfliktgesellschaften.

MEDIENFREIHEIT IM DIGITALEN ZEITALTER

Eine der wichtigsten Aktivitäten der Mission im Medienbereich war die Unterstützung bei der Umsetzung der jüngst verabschiedeten Rechtsvorschriften über – insbesondere digitale – Medien und freie Meinungsäußerung. Die Mission veranstaltete in Belgrad die dritte regionale Debatte über freie Meinungsäußerung im Internet, an der rund 200 Vertreter aus 14 südost- und mitteleuropäischen Ländern teilnahmen. Sie verfolgte auch die Umsetzung neuer Rechtsvorschriften, die nach dem Aus für staatliche Medien die Unabhängigkeit der Medien fördern sollen.

PARTNERSCHAFTEN

Die Mission in Serbien arbeitete mit dem Europäischen Polizeiamt (Europol) im Bereich der organisierten Kriminalität zusammen. Im Rahmen des Regionalen Wohnraumbeschaffungsprogramms wurden erneut rund 27 000 der bedürftigsten Flüchtlingsfamilien (74 000 Personen) von der OSZE – im Wege ihrer Mission in Serbien und ihrer Feldoperationen in Bosnien und Herzegowina und Montenegro – in Partnerschaft

mit UNHCR bei der Wohnraumbeschaffung und ihrer Wiedereingliederung unterstützt. Das Programm, das sich mit unerledigten Fällen von Vertriebenen aus dem Konflikt der Jahre 1991 bis 1995 befasst, ist nach wie vor ein positives Beispiel für die regionale Zusammenarbeit. Die Mission arbeitete auch mit dem Justizministerium der Vereinigten Staaten und dem Europarat in den Bereichen Korruptionsbekämpfung und Strafjustiz zusammen.

Die Mission in Skopje

Leiter der Mission: **Botschafter Ralf Breth** (bis Mai 2015) und **Botschafterin Nina Suomalainen** (seit September 2015)

Haushalt: 6 257 200 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 194 293 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 42, lokal 106

www.osce.org/skopje

Die OSZE-Mission in Skopje unterstützte auch im Jahr 2015 staatliche Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen mit dem Ziel, die Umsetzung des Rahmenübereinkommens von Ohrid (OFA) voranzutreiben, die Beziehungen zwischen den Volksgruppen zu verbessern und Sicherheit und Stabilität zu fördern. In diesem Jahr half sie dem Gastland außerdem, mit den neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit der politischen Lage im Land und auch mit der Flüchtlings- und Migrationskrise umzugehen.

UNTERSTÜTZUNG DES LANDES BEI DER UMSETZUNG DRINGENDER REFORMPRIORITÄTEN

Im Rahmen des von den wichtigsten politischen Parteien im Juli 2015 geschlossenen Abkommens von Pržino und im Einklang mit dem Aktionsplan der Regierung zur Umsetzung dringender Reformprioritäten unterstützte die Mission die Arbeitsgruppe für das Abkommen von Pržino, die Sitzungen zu folgenden Themen abhielt: Förderung der Rechtsstaatlichkeit, Änderungen in der Wahlordnung, Kampf gegen Kriminalität und Korruption, Verbesserung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen und Medienfreiheit. Die Mission setzte ihre enge Zusammenarbeit mit den nationalen Wahlbehörden bei mehreren Abänderungen der Wahlordnung entsprechend den Empfehlungen des ODIHR und der Venedig-Kommission fort. Sie beteiligte sich auch an Gesprächen auf hoher Ebene zwischen den vier wichtigsten politischen Parteien und erteilte fachliche Beratung für die Berücksichtigung der Empfehlungen des ODIHR aus dem Jahr 2014 in der jüngst verabschiedeten Wahlordnung. Zur Erleichterung des Dialogs zwischen den Jugendsektionen der politischen Parteien veranstaltete die Mission Diskussionen und Workshops zu den Themen Wahlreform, Führungsaufgaben und demokratische Entscheidungsfindung.

REAKTION DER MISSION AUF DIE MIGRATIONS- UND FLÜCHTLINGSKRISE

Dass die Mission in der Lage war, mobile Teams an die betroffenen Grenzabschnitten zu entsenden, war äußerst hilfreich, um sich ein Bild von den Auswirkungen der Migrations- und Flüchtlingskrise auf die Sicherheitslage zu machen. Die an Grenzübergänge im Norden und Süden des Landes entsandten Mitarbeiter der Mission verfolgten die Ereignisse und nahmen regelmäßig an Krisenbesprechungen teil. Um die Regierung im Umgang mit der Krise zu unterstützen, nahm die Mission an einigen ihrer mit dem Innenministerium

durchgeführten Projektaktivitäten Änderungen vor und verlagerte den Schwerpunkt auf organisierte Kriminalität, die Schleusung irregulärer Migranten und das Grenzmanagement.

ANHALTENDE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE UMSETZUNG DES OFA

Die OFA-Studie über gesellschaftlichen Zusammenhalt, die die Regierung mit Unterstützung der Mission schon 2012 in Angriff genommen hatte, kam dieses Jahr gut voran. In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Friedeninstitut war die Mission der Regierung dabei behilflich, den Stand und die Modalitäten der Umsetzung des OFA angesichts von Fortschritten in der Integrationspolitik und eines größeren Zusammenhalts innerhalb der Gesellschaft zu beurteilen. In einem umfassenden Prozess wurde unter Einbindung staatlicher Stellen, von Politikern, Wissenschaftlern, der Zivilgesellschaft und Experten die Lage in Bezug auf Diskriminierungsfreiheit, Dezentralisierung, Bildung, ausgewogene Vertretung, kleinere Volksgruppen und den Gebrauch der Sprachen analysiert. Der fertige Bericht zur Studie enthält Grundsatzempfehlungen für Entscheidungsträger und wird als Ausgangspunkt für Reformen und neue Initiativen dienen, durch die die multikulturelle Gesellschaft im Land besser zusammenwachsen soll. Die OFA-Studie soll auch den Anstoß zur Entwicklung eines umfassenden Rahmens für die Regierungspolitik im Einklang mit den Laibacher Richtlinien des HKNM geben.

STRAFJUSTIZ, PROZESSBEOBACHTUNG UND UNABHÄNGIGKEIT DER RICHTER

Die Beobachtung von 550 Vernehmungen mündete in einen Bericht, in dem die Anwendung des Strafverfahrensrechts an den Gerichten beurteilt wurde. Mit ihrer Anwesenheit bei rund 100 Verhandlungen in 20 Fällen setzte die Mission die Beobachtung aufsehenerregender Gerichtsfälle fort, die sich unter Umständen auf die allgemeine Sicherheitslage und Stabilität im Land auswirken. Sie erstellte einen Kommentar zum Gesetz über das Strafverfahren, der Vertretern der Rechtsberufe als Leitfaden für die Anwendung des neuen kontradiktorischen Verfahrens dienen wird und dem Land beim Umstieg auf das neue System helfen soll.

INTEGRATION IM BILDUNGSWESEN

Aufbau eines multikulturellen und integrativen Unterrichtswesens mithilfe der Regierungsstrategie für integrativen Unterricht und durch Projektarbeit:

- Einrichtung von Mediationsklubs an 20 Sekundarschulen
- Grundausbildung in Mediationsarbeit an Schulen für 275 Lehrer und 285 Schüler
- 22 Sekundarschulen in sechs multiethnischen Gemeinden boten Folgendes an:
 - schulische Sicherheitsteams und Mediationsklubs für Schüler
 - eine Ausbildung zum Thema Verhetzung, Hassverbrechen, Diskriminierung und Datenschutz für 136 Lehrer
- Ausbildung zur Arbeit in einem multikulturellen Umfeld und in außerschulischer Bildung für 62 künftige Lehrer und Sozialarbeiter, die 250 Schüler betreuen

REFORM DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG UND UNTERSTÜTZUNG DER KOMMUNALVERWALTUNG

Die Mission half bei der Einführung eines Qualitätsmanagementsystems (Gemeinsamer Beurteilungsrahmen) in 20 öffentlichen Einrichtungen und legte den Grundstein für einen

nationalen Pool von Ausbildern zur Umsetzung der Personalverwaltungsstandards im öffentlichen Sektor auf der Grundlage von Leistung und ausgewogener Vertretung.

FELDPRÄSENZ

Die Präsenz der Mission vor Ort war weiterhin eines ihrer Kennzeichen und eine ihrer großen Stärken. Die an den Außenposten tätigen Mitarbeiter erhielten frühzeitig Informationen aus erster Hand über die Sicherheitslage und die einschlägigen Entwicklungen. Mit besonderem Augenmerk auf den Beziehungen zwischen den Volksgruppen, politischen Entwicklungen und polizeilichen Angelegenheiten auf lokaler Ebene unterstützte die Mission auch dieses Jahr ganz unterschiedliche Ansprechpartner, wie staatliche Behörden, zivilgesellschaftliche Organisationen und religiöse Würdenträger. Bei Bedarf wurde Mediation angeboten, um eine Eskalation angespannter Situationen zu verhindern. Die Mission unterstützte mit ihrer Projektarbeit das Zusammenleben und förderte die Vertrauensbildung.

KAMPF GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT UND GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN

Polizeiabteilungen im Innenministerium wurden maßgeschneiderte Fortbildungskurse und Gelegenheit zum Austausch internationaler vorbildlicher Methoden geboten, um ihre Kompetenz im Kampf gegen organisierte Kriminalität und grenzüberschreitende Bedrohungen sowie für Grenzmanagement zu stärken. Die Mission unterstützte auch das Innenministerium in seiner Fähigkeit zur Terrorismusbekämpfung durch Schulungskurse, unter anderem zum Thema „Verhütung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen“. Neben einer umfassenden Ausbildung in nachrichtendienstlich unterstützter Polizeiarbeit machten diese Kurse die Teilnehmer mit einem wirksamen Instrumentarium zur Terrorismusbekämpfung vertraut. Die Mission unterstützte auch wie bisher das Ausbildungszentrum des Innenministeriums bei der Abhaltung und Entwicklung von Spezialausbildungen, mit denen die Ausbildungsstrategie für die Jahre 2014 bis 2019 weiter umgesetzt wurde, aber gleichzeitig die Lernkapazitäten dezentralisiert wurden.

PARTNERSCHAFTEN

Die Mission in Skopje war wieder im Rahmen des Mechanismus von Sicherheitsverantwortlichen aktiv, an dem auch die EU-Delegation, die Botschaft der Vereinigten Staaten und das Verbindungsbüro der NATO in Skopje beteiligt sind. Zu einer verstärkten Koordinierung mit dem Organisationsverbund der Vereinten Nationen, insbesondere mit UNHCR, kam es im Zusammenhang mit der aktuellen Migrations-/Flüchtlingskrise.

Die Mission in Moldau

Leiter der Mission: **Botschafter Michael Scanlan**

Haushalt: 2 200 000 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 180 470 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 14, lokal 41

www.osce.org/moldova

Vorrangige Aufgabe der OSZE-Mission in Moldau ist die Hilfestellung bei der Suche nach einer umfassenden, gerechten und dauerhaften politischen Beilegung des Transnistrien-Konflikts auf der Grundlage der Souveränität und der territorialen Integrität von Moldau und eines Sonderstatus für Transnistrien. Zu diesem Zweck fördert die Mission die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten des Dnister/Nistru auf verschiedenen Ebenen, von Sitzungen einer technischen Arbeitsgruppe zu praktischen Fragen, die das tägliche Leben der Menschen an beiden Ufern betreffen, bis zu politischen Verhandlungen auf höherer Ebene direkt zwischen den beiden Chefverhandlern oder im internationalen 5+2-Format.

AUFRECHTERHALTUNG DES DIALOGS IM PROZESS ZUR BEILEGUNG DES TRANSNISTRIEN-KONFLIKTS

In der ersten Hälfte des Jahres 2015 engagierten sich beide Seiten auf hoher Ebene, so gab es unter anderem zwei Treffen auf Führungsebene und nach 13 Jahren zum ersten Mal wieder ein Treffen der Leiter der Rechtsetzungsorgane von Chişinău und Tiraspol. 2015 fanden zwar keine formellen 5+2-Gespräche statt, doch bekräftigten die Teilnehmer an diesem Format bei Sonderkonsultationen in Wien ihr Bekenntnis zum Konfliktbeilegungsprozess. Die Konfliktparteien vereinbarten auch eine Struktur für die Treffen der politischen Vertreter und der Arbeitsgruppen. In beiden Fällen vermittelt die Mission, um den Dialog und die Kontakte zwischen den Parteien in Gang zu halten – eine Grundvoraussetzung für Fortschritte in Richtung einer Konfliktbeilegung. 2015 fanden dank der Unterstützung der Mission mehr Treffen der Parteien auf Führungsebene, der Chefverhandler und der Arbeitsgruppen statt als 2014, obwohl es in Chişinău mehrere Regierungswechsel gab und der regionale Kontext durchaus schwierig war.

Im Oktober versammelten sich bei einer von der Mission veranstalteten zweitägigen Konferenz in Deutschland die Chefverhandler, 5+2-Vertreter und Mitglieder der wichtigsten Arbeitsgruppen zur Erörterung vertrauensbildender Schritte in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Straßeninfrastruktur, Wirtschaft und Handel. Die von Deutschland finanzierte Konferenz führte zur Unterzeichnung eines Beschlussesentwurfs zu einem Protokoll über die Nutzung der natürlichen Ressourcen des Dnister/Nistru.

BESEITIGUNG VON GEFAHRENQUELLEN

2015 wurde unter Mitwirkung der Mission eine Vereinbarung zwischen den Behörden in Chişinău und Tiraspol über die Beseitigung und Entsorgung von ionisierenden Strahlungsquellen einschließlich radioaktiven Abfalls aus fünf Fabriken und Anlagen in Transnistrien geschlossen. An zwei Tagen im April wurden rund 200 radioaktive Strahlungsquellen eingesammelt, die in sicheren Einrichtungen gelagert werden sollen.

2015 IN ZAHLEN

4	Besuche in der Region von Botschafter Radojko Bogojević, des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Prozess zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts
9	Treffen zwischen den politischen Vertretern der Konfliktparteien
22	Sitzungen der technischen Arbeitsgruppe

UNTERSTÜTZUNG DER BEVÖLKERUNG

In Schulungsveranstaltungen und öffentlichen Vorträgen vermittelte die Mission Studenten der Rechtswissenschaften und juristischen Fachkräften das notwendige praktische und theoretische Wissen, damit sie die Interessen schutzbedürftiger Personen vertreten und sie auf die Möglichkeit kostenloser Rechtsdienstleistungen aufmerksam machen können. Damit erleichterte die Mission die Inanspruchnahme von staatlich garantierter Rechtskostenhilfe in Moldau.

Die Mission befasste sich im Zuge verschiedener Aktivitäten mit dem Problem der Ungleichheit der Geschlechter und der häuslichen Gewalt. Dazu zählten Workshops zur Schulung von Psychologen und angehenden Sozialarbeitern für den Umgang mit häuslicher Gewalt und ein Kunstwettbewerb zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.

FÖRDERUNG EINER INKLUSIVEN GESELLSCHAFT

Gemeinsam mit der Hohen Kommissarin der OSZE für nationale Minderheiten unterstützte und veranstaltete die Mission mehrere öffentliche Diskussionen, Runde Tische und öffentliche Vorträge. Zweck dieser Veranstaltungen war es, nationale Minderheiten zur Mitwirkung am öffentlichen Leben zu ermutigen und in Moldau eine Gesellschaft entstehen zu lassen, die niemanden ausschließt. Ein vielversprechendes Signal war 2015 der Beschluss, eine parlamentarische Arbeitsgruppe einzusetzen, um dem Gesetz von 1994 über den Sonderstatus von Gagausien, einer autonomen territorialen Einheit in Südmoldau, zur vollständigen Umsetzung zu verhelfen.

ENGAGEMENT DER JUGEND FÜR EINE SICHERE ZUKUNFT

Von Ferienkursen bis zu Konzerten, Workshops, Praktika und Schulungskursen reichten die Aktivitäten der Mission, um eine Brücke zwischen den künftigen Generationen beiderseits des Dnister/Nistru zu schlagen. Das dritte Jahr in Folge fand im Rahmen der Reihe *Model OSCE* eine Ausbildung in Verhandlungstechniken und ein Simulationsspiel nach dem Muster des Ständigen Rates der OSZE statt. Höhepunkt war für drei Teilnehmer ein Besuch in Wien, wo sie an einer echten Sitzung des Ständigen Rates teilnehmen konnten.

PARTNERSCHAFTEN

In enger Zusammenarbeit mit der norwegischen Mission von Beratern für Rechtsstaatlichkeit in Moldau veranlasste die OSZE-Mission in Moldau 140 Rechtsanwälte von beiden Seiten des Dnister/Nistru zur Teilnahme an einer Serie von Menschenrechtsklubs, um sich über Gemeinsamkeiten in alltäglichen Rechtsfragen, mit denen die örtliche Bevölkerung konfrontiert ist, auszutauschen.

DISKUSSIONSTRAINING UND - WETTBEWERBE FÜR JUNGE MENSCHEN

Nach einer Einführung in Diskussionstechniken im Zuge einer eigenen Veranstaltung erhielten junge Menschen aus dem ganzen Land Gelegenheit, ihre Diskussionskompetenzen einzuüben. Die Diskussionswettbewerbe sollten junge Menschen – auch solche aus nationalen Minderheiten – in die Lage versetzen, sich am öffentlichen Leben und an öffentlichen Diskussionen sinnvoll zu beteiligen.

Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine

Leitender Beobachter: **Botschafter Ertuğrul Apakan**

Haushalt: 88 677 100 EUR für den Zeitraum 21. März 2015 bis 31. März 2016, davon 65 000 000 EUR aus festgesetzten Beiträgen, 3 600 000 EUR aus zu erwartenden Einsparungen und 20 077 100 EUR aus außerbudgetären Beiträgen

Personal: 1 025 (international 740, national 285) mit Stand vom 31. Dezember 2015 (666 Beobachter)

www.osce.org/ukraine-smm

Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) – die meistbeachtete Feldmission der OSZE im Jahr 2015 – spielte auch im Berichtsjahr eine wesentliche Rolle bei der Feststellung des Sachverhalts vor Ort und der Berichterstattung darüber. Sie verfolgt damit nach wie vor das Ziel, zum Abbau von Spannungen beizutragen, Frieden, Stabilität und Sicherheit zu fördern und damit letzten Endes das Leben jener Menschen positiv zu beeinflussen, die am stärksten vom Konflikt betroffen sind. Im Einklang mit ihrem Mandat und den Aufgaben, die ihr in den Minsker Vereinbarungen übertragen wurden, setzte sich die SMM weiter für eine Deeskalation und eine friedliche Lösung im Donbass ein.

ZEITNAHE UND REGELMÄSSIGE BERICHTERSTATTUNG

Die im Mandat der Mission vorgesehenen täglichen Berichte der SMM gaben ein Bild von der Dynamik der Krise in der und um die Ukraine und lieferten allen Interessierten Fakten als Grundlage für den lokalen, nationalen und internationalen Dialog. Diese Unparteilichkeit und die verstärkte Präsenz der SMM vor Ort erleichterten der Mission auch die Koordination der Arbeitsgruppe „Sicherheitsfragen“ der Trilateralen Kontaktgruppe in Minsk.

AM BODEN UND IN DER LUFT

Die Mission wuchs weiter, nachdem der Ständige Rat im März 2015 beschlossen hatte, ihr Mandat bis März 2016 zu verlängern, und erreichte mit Ende 2015 einen Stand von 666 Beobachtern, von denen über 500 allein in der Region Donbass stationiert waren. Die Lage in der ukrainischen Region Donbass blieb 2015 instabil und die Beobachter hatten bei ihrer Tätigkeit oft mit praktischen Herausforderungen und Sicherheitsproblemen zu kämpfen. Dennoch weitete die Mission ihr Einsatzgebiet über die Städte Donezk und Luhansk hinaus aus und unterhielt Ende des Jahres in Form von Patrouillenstützpunkten und -außenposten eine ständige Präsenz an zehn Standorten im Osten, davon fünf nahe der Kontaktlinie. Die technischen Beobachtungsfähigkeiten der SMM wurden verbessert, um in der Konfliktzone ein Maximum an Beobachtung zu ermöglichen, mit besonderem Augenmerk auf der 30 km breiten Sicherheitszone entlang der Kontaktlinie, die sich über 487 km erstreckt. Zur Ausrüstung zählen zivile Kurz-, Mittel- und Langstreckendrohnen mit diversen Kameras und

Aufzeichnungsgeräten, Videobeobachtung und andere luftgestützte Überwachungsgeräte. Diese technischen Mittel ermöglichen der Mission die Beobachtung von Gebieten, in denen der Einsatz von Patrouillen schwierig oder unmöglich ist.

Am Boden

- über 4 Millionen von Patrouillen zurückgelegte Kilometer – das Hundertfache des Erdumfangs
- über 18 000 Patrouillen
- 284 gepanzerte Fahrzeuge

SMM-BERICHTE IN ZAHLEN

306 tägliche Berichte
51 wöchentliche Berichte
30 Spot-Berichte
8 themenbezogene Berichte
4 Briefings im UN-Sicherheitsrat
Tausende Medienclips
über 16 000 Twitter-Follower @OSCE_SMM
über 5 600 Likes auf Facebook

SICHERHEITSHerausforderungen

Die Tätigkeit als zivile Mission in einer Konfliktzone bringt spezifische Sicherheitsherausforderungen für die Mitglieder und das Eigentum der OSZE-Mission mit sich.

Eine Patrouille geriet im Juli in Schtschastja unter Beschuss durch Mörser und automatische Granatwerfer, in der Stadt Donezk wurden im August mehrere Fahrzeuge in Brand gesteckt und ein Beobachter wurde im Juli bei einer Explosion in Schyrokyne leicht verletzt.

Die SMM blieb wachsam und überprüfte laufend ihre Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen.

WIEDERERÖFFNUNG DER BRÜCKE ÜBER DEN SIWERSKYJ DONEZ IN STANYZJA LUHANSKA

Nachdem die SMM eine Teilreparatur der Brücke und die Minenräumung auf der Brücke und den Straßen in deren Umgebung ermöglicht hatte, war sie ab dem 27. Oktober erstmals seit März wieder für Fußgänger passierbar. Während der Sperre der Brücke benutzten einige Bewohner gefährliche Wege durch vermintes Gelände, um den Fluss zu überqueren.

REPARATUR VON WASSERLEITUNGEN

Im Juli und August ermöglichte die SMM die Minenräumung und dringende Reparaturarbeiten an Wasserversorgungsanlagen rund um Horliwka und Majorsk beiderseits der Kontaktlinie. Das Wasser begann am 14. August wieder zu fließen.

IN DEN VEREINTEN NATIONEN

In seiner Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 11. Dezember hob Botschafter Apakan die Leistungen der SMM bei der Minenräumung und ihre Rolle beim Abbau von Spannungen vor Ort hervor. Er rief die Konfliktparteien auch dazu auf, sich genauer an die Waffenruhe zu halten und die Vereinbarungen nach Buchstabe und Geist zu erfüllen.

„Alle Aktivitäten der SMM dienen dem Ziel, eine Normalisierung und Stabilisierung der Lage in der Ukraine herbeizuführen. Nach der zahlenmäßigen Aufstockung können wir diese Bemühungen verstärken. Doch der politische Wille zu einer vollständigen Waffenruhe und einer politischen Lösung und zum Frieden muss von den Konfliktparteien kommen.“
der Leitende Beobachter der OSZE/SMM **Apakan** in einer Erklärung vor dem UN-Sicherheitsrat am 11. Dezember

FÖRDERUNG VON FRIEDEN UND DIALOG

In vielen Fällen trugen die Vermittlungsbemühungen der SMM zur Bewegungsfreiheit der Bevölkerung und zur Schaffung von Zugangsmöglichkeiten für humanitäre Hilfe an die Zivilbevölkerung in der Konfliktzone bei. Die SMM hatte Anteil an der Wiedereröffnung der Fußgängerbrücke in Stanyzja Luhanska, die die Kontaktlinie überquert. Die Mission setzte sich auch für die Einhaltung der Waffenruhe und deren Beobachtung in den Regionen Donezk und Luhansk ein, wodurch Reparaturarbeiten an Wasser-, Gas- und Stromleitungen und an anderen wichtigen Infrastruktureinrichtungen möglich wurden.

Die Mission kooperierte weiterhin eng mit anderen internationalen Akteuren vor Ort, um humanitäre Hilfe zu ermöglichen, und stand wie bisher in engem Kontakt mit der internationalen Gemeinschaft. Die Vereinbarung in Minsk, die in der vom Leitenden Beobachter Apakan koordinierten Arbeitsgruppe „Sicherheitsfragen“ der Trilateralen Kontaktgruppe erzielt wurde, brachte konkrete Ergebnisse für den Abzug von Artilleriewaffen und die Minenräumung. Der Leitende Beobachter und sein Erster Stellvertreter unterrichteten den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die Krise in der und um die Ukraine und informierten regelmäßig den Ständigen Rat der OSZE ebenso wie die ganze diplomatische Gemeinschaft, einschließlich der Normandie-Gruppe.

PARTNERSCHAFTEN

Die SMM stand in regelmäßigem Informationsaustausch mit den im Land tätigen Büros und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und mit anderen internationalen Akteuren wie etwa „Ärzte ohne Grenzen“ und dem IKRK. Die Mission unterhielt Kontakte zum Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungszentrum, dem es ausführlich über die humanitäre Lage der Zivilisten berichtete, wodurch die Lieferung lebenswichtiger Nahrungsmittel und Medikamente ermöglicht wurde.

Der Projektkoordinator in der Ukraine

Projektkoordinator: **Botschafter Vaidotas Verba**

Haushalt: 2 993 000 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 2 144 028 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 3, lokal 41

www.osce.org/ukraine

Der Projektkoordinator der OSZE in der Ukraine unterstützte die Regierung dabei, Reformen zur Verbesserung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen der Ukraine in allen drei Dimensionen durchzuführen, und ging wie im Vorjahr auf Herausforderungen im Zusammenhang mit der Krise in der und um die Ukraine ein. Die OSZE trug aktiv zu den großen Veränderungen bei, die entscheidend für eine stabile und demokratische Zukunft der Ukraine sind. Dazu gehörten unter anderem die juristische Beratung der ukrainischen Verfassungskommission bei Gesetzesnovellen zur Reform der Verfassung, der Justiz und der Strafverfolgung, die Ausbildung für die neue ukrainische Polizei und Bemühungen, einen niemanden ausschließenden Dialog über die Inhalte dieser Veränderungen sicherzustellen. Der Projektkoordinator setzte sich für eine bessere Ausbildung von Vertretern der Rechtsberufe einschließlich Richtern und Rechtsanwälten ein und war der Regierung bei der Ausarbeitung von Strategien zur Bewältigung neuer Dimensionen konfliktbezogener Risiken behilflich, wie der zunehmenden Gefahr von Menschenhandel oder der Notwendigkeit einer psychologischen Betreuung nach dem Konflikt und der Einbeziehung von Frauen in Konfliktlösungsaktivitäten.

DIALOG ZUR WIEDERHERSTELLUNG VON VERTRAUEN IN KONFLIKTZEITEN

Neben der Absicherung einer immer wieder brüchigen Waffenruhe in der ukrainischen Region Donbass ist es notwendig, der Bevölkerung, die unter den Feindseligkeiten gelitten hat, die Rückkehr zu einem normalen Leben zu ermöglichen. Auf Initiative des Projektkoordinators kam das Forum „Wiederaufbau durch Dialog“ zustande, durch das die Vertrauensbildung und ein direkter Dialog zwischen der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung und der Regierung über örtliche Probleme gefördert werden sollen. Drei Dialogforen in Kramatorsk, Krasnoarmijsk und Sjewjerodonezk zeigten Probleme und mögliche Lösungen für Herausforderungen im Zusammenhang mit Binnenvertriebenen, zivil-militärischen Beziehungen, dem Überschreiten der Kontaktlinie, mit Wirtschafts- und Umweltproblemen, Wahlen, Medienfreiheit und der Entwicklung der Zivilgesellschaft auf. Bei Folgeveranstaltungen konnte die Bevölkerung des Donbass dann im direkten Gespräch mit Entscheidungsträgern ihre Meinung zu Fragen betreffend lokale Wahlen, die Verfassungsänderung und die Justizreform äußern. Der Projektkoordinator war auch dem vom ukrainischen Präsidenten eingesetzten Nationalen Rat für Reformen bei der Verbesserung seiner Kommunikation mit der Öffentlichkeit behilflich, wofür Inhalt und

Benutzeroberfläche von dessen Website verbessert, eine dialogbasierte Talkshow produziert und öffentliche Diskussionen zur Justiz- und Verfassungsreform organisiert wurden. Im Dezember sorgte der Projektkoordinator für die Ausbildung von 55 örtlichen Dialogvermittlern und berief eine Konferenz ein, bei der ukrainische und internationale Experten die Möglichkeit zu einem Gedankenaustausch darüber erhielten, wie man durch Dialog den Konflikt lösen und den Zusammenhalt des Landes stärken könnte.

FÖRDERUNG VON INNOVATION ZUR STÄRKUNG DER STAATSFÜHRUNG UND UNTERSTÜTZUNG VON REFORMEN

Der Projektkoordinator nutzte innovative digitale Lösungen zur Stärkung von Institutionen und Verfahren, die für die Umsetzung der Reformen und für die Festigung von Demokratie und Sicherheit unerlässlich sind. Dazu zählen die Aktualisierung des Inhalts und der Benutzeroberfläche eines Portals, über das Bürger Reformprozesse verfolgen können, die Einführung von E-Services im Landmanagement für mehr Transparenz und gegen Korruption und die Verbesserung von E-Learning-Tools für Mitglieder der Wahlkommissionen.

AUSSTATTUNG DER NEUEN POLIZEI MIT PRAKTISCHEN FERTIGKEITEN UND WISSEN

Nachdem die Ukraine eine wichtige Reform ihres Strafverfolgungssystems, die auch eine neue Streifenpolizei vorsieht, in Angriff genommen hatte, war der Projektkoordinator dabei behilflich, den neu eingestellten Polizeibeamten die notwendigen berufspraktischen Fertigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln. 2015 wurden rund 9 000 Polizeischüler in 17 Städten der Ukraine im Umgang mit häuslicher Gewalt und verschiedenen Formen des Menschenhandels unterwiesen.

OSZE-UNTERSTÜTZTE E-GOVERNANCE IN ZAHLEN

- Über 1 Million Aufrufe in der von der OSZE entwickelten Online-Bibliothek, mit deren Hilfe sich Mitglieder von Wahlkommissionen auf die Abwicklung der Kommunalwahlen vorbereiten können.
- Über 1,1 Millionen Aufrufe eines YouTube-Videos der OSZE, in dem den Wählern der Ablauf der Kommunalwahlen erläutert wird.
- Ausstellung von mehr als 2 500 digitalen Bescheinigungen über den Wert von Grundstücken, über 350 000 Einzelaufrufe seit Inbetriebnahme eines E-Service im Oktober, das Zugang zu Informationen und Katasterdiensten in Grundbesitzfragen bietet.
- 2015 wurde unter Leitung des Projektkoordinators und des Genfer Internationalen Zentrums für humanitäre Minenräumung das Informationsmanagementsystem für Minenräumung in vier ukrainischen Regionen eingeführt, für das sie Ausrüstung und Ausbildung für die Anwender zur Verfügung stellten.

SICHERSTELLUNG EINER VERANTWORTUNGSBEWUSSTEN MEDIENBERICHTERSTATTUNG IN KONFLIKTEN

Eine ausgewogene und ausführliche Medienberichterstattung ist für die Konfliktlösung und Aussöhnung von entscheidender Bedeutung. Zu diesem Zweck setzte sich der Projektkoordinator dafür ein, ukrainische Journalisten mit den für die Arbeit in Konfliktzonen

erforderlichen Kompetenzen und Kenntnisse auszustatten, und unterstützte Maßnahmen, in den Einrichtungen des ukrainischen Verteidigungsministeriums Schulungen zur Sensibilisierung für die Arbeit in feindlicher Umgebung anzubieten.

Besonderes Augenmerk legte der Projektkoordinator auf die Standesregeln und das Berufsethos ukrainischer Medien. Dieses Jahr war er bei der Entwicklung einer Methode zur begleitenden Kontrolle der Berichterstattung über konfliktbezogene Themen behilflich und unterstützte Forschungsarbeiten über den Umgang regionaler und landesweiter Fernsehsender, Print- und Onlinemedien mit heiklen Fragen im Zusammenhang mit dem Konflikt und über die Art und Weise, wie sie gefährdete Gruppen darstellen.

Während des Wahlkampfes vor den Lokalwahlen des Jahres 2015 lernten über 100 regionale Journalisten in fünf vom Projektkoordinator veranstalteten Kursen, wie das neue Kommunalwahlsystem der breiten Öffentlichkeit erklärt werden soll.

PARTNERSCHAFTEN

Der Projektkoordinator in der Ukraine vereinbarte einen Kooperationsrahmen mit der Beratenden Mission der Europäischen Union für eine Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine, stimmte sich mit dem Europarat ab, befasste sich gemeinsam mit der IOM, verschiedenen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und *La Strada International* mit Menschenhandel, Internetkriminalität und Genderfragen und setzte seine Zusammenarbeit mit dem Genfer Internationalen Zentrum für humanitäre Minenräumung fort.

Die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk

Leitender Beobachter: **Paul Picard** (bis September 2015) und **Simon Eugster** (ab Oktober 2015)

Haushalt: 1 463 100 EUR

Personal: 20 (mit Stand 31. Dezember 2015)

www.osce.org/om

In ihrem ersten vollen Kalenderjahr war die Beobachtermission wieder rund um die Uhr an den beiden russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk präsent, wobei sie sich vom Grundsatz der Unparteilichkeit und Transparenz leiten ließ. Die Mission erfüllte weiter ihr Mandat und hielt in ihrem Einsatzgebiet Kontakt zu regionalen Behörden und Beamten. Mit Beschluss Nr. 1178 des Ständigen Rates wurde die Beobachtermission bis 31. Januar 2016 verlängert.

Die Mission blieb Teil der Bemühungen der OSZE um genaue Berichterstattung über die Krise in der und um die Ukraine. Die Beobachter berichteten – im Rahmen ihres Mandats – über Entwicklungen und Ereignisse an den beiden Grenzübertrittsstellen und waren somit Aug^e und Ohr des Amtierenden Vorsitzes und der Teilnehmerstaaten. Die Mission hielt die Öffentlichkeit und die Teilnehmerstaaten mit 52 wöchentlichen Berichten über die Entwicklungen auf dem Laufenden. Darüber hinaus wurde jedes Mal, wenn ein russischer Konvoi die Grenzübertrittsstelle Donezk in Richtung Ukraine passierte, ein Spot-Bericht herausgegeben. 2015 gab es 38 solcher Spot-Berichte.

ENTWICKLUNGSTRENDS

Als die Feindseligkeiten zunahmen, flüchteten zwischen dem 9. Januar und dem 14. Februar rund 24 000 Menschen über die Grenzübertrittsstellen Gukowo und Donezk aus der Ostukraine. Nach Annahme des Maßnahmenpakets zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen war für den Rest des Jahres bei den Grenzübertritten eine klare Umkehr des Menschenstroms zurück in die Ukraine zu erkennen.

2015 verzeichneten die Beobachter abgesehen vom Pkw-Verkehr eine Diversifizierung und Intensivierung des Fahrzeugverkehrs. Neben Linienbussen, die Städte in der Ukraine mit Städten in der Russischen Föderation verbinden, registrierte die Mission eine zunehmende Zahl an Bussen, die unregelmäßig zwischen Städten in der Region Donbass und dem Rest der Ukraine verkehren und dabei hauptsächlich die Grenzübertrittsstelle Donezk benutzen. Besonders auffallend war die massive Zunahme des Lkw-Verkehrs ab April. Fahrten von Kleintransportern zur Beförderung von Gütern oder Personen fanden das ganze Jahr über regelmäßig statt.

BEOBACHTETE GRENZÜBERTRITTE IN ZAHLEN

3 351 000 Personen

15 824 Personen in militärähnlicher Kleidung

28 Bestattungswagen

10 Lieferwagen mit der Aufschrift „Cargo 200“

(„Cargo 200“ ist ein allgemein bekannter militärischer Code für „im Kampf gefallene Soldaten“)

38 russische Konvois

LEITENDER BEOBACHTER

Paul Picard, der die Mission seit Beginn im Jahr 2014 geleitet hatte, beendete seinen Einsatz mit Ende September. Im Oktober übernahm Simon Eugster die Leitung der Mission. Vor seiner Bestellung zum Leitenden Beobachter bekleidete Simon Eugster mehrere Posten als Offizier in der Schweizer Armee und im Eidgenössischen Departement für Verteidigung.

PARTNERSCHAFTEN

Die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk tauschte mit dem IKRK und mit UNHCR Informationen über die humanitäre Lage aus.

Der Projektkoordinator in Baku

Projektkoordinator: **Botschafter Alexis Chahtahtinsky**

Haushalt: 1 800 000 EUR

Personal: international 5, lokal 16

www.osce.org/baku

Nachdem die Regierung von Aserbaidschan die Vereinbarung betreffend den OSZE-Projektkoordinator in Baku gekündigt hatte, wurden die Aktivitäten am 4. Juli 2015 eingestellt. Zuvor hatte der Projektkoordinator Projekte zur Bekämpfung der Internetkriminalität, zur Förderung von religiöser Toleranz und zur Verhütung von häuslicher Gewalt durchgeführt.

BEKÄMPFUNG DER INTERNETKRIMINALITÄT

Der Projektkoordinator organisierte mehrere Ausbildungskurse für aserbaidische Strafverfolgungsbeamte über Internetkriminalität und die Grundlagen der digitalen Forensik.

FÖRDERUNG VON RELIGIÖSER TOLERANZ

Anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust organisierte der Projektkoordinator gemeinsam mit Yad Vashem in Jerusalem eine Ausstellung für Schulkinder. Ferner stellte er ein Online-Learning-Tool über den Holocaust für Schulen vor.

Der Projektkoordinator legte dem Bildungsministerium einen Beurteilungsbericht mit dem Titel *Introducing Holocaust Education into the school curriculum in Azerbaijan* vor. Die Autoren des Berichts, internationale und nationale Berater, evaluierten den gegenwärtigen Lehrplan der Schulen in Bezug auf die Behandlung des Themas „Holocaust“ und gaben diesbezügliche Empfehlungen ab.

VERHÜTUNG VON HÄUSLICHER GEWALT

Der Projektkoordinator organisierte einen Studienbesuch von aserbaidischen Beamten und Vertretern der Zivilgesellschaft in Spanien, bei dem sie sich ein Bild von vorbildlichen Verfahren zur Sammlung von Daten über häusliche Gewalt, von der Arbeit staatlich finanzierter Schutzhäuser und Hotline-Dienste und der Tätigkeit einer auf geschlechtsspezifische Gewalt spezialisierten Gerichtsbarkeit machen konnten. Sie wurden über spanische Rechtsvorschriften und die nationale Strategie des Landes zur Verhütung und Bekämpfung von häuslicher Gewalt informiert und erhielten Einblicke in die Erfahrungen Spaniens mit den interinstitutionellen Koordinierungsmechanismen zwischen Zentralregierung und Gebietskörperschaften.

FELDOPERATIONEN – SÜDKAUKASUS

Das Büro in Eriwan

Leiter des Büros: **Botschafter Andrei Sorokin**

Haushalt: 2 954 400 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 33 859 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 7, lokal 41

www.osce.org/yerevan

Das Büro in Eriwan setzte seine Hilfe für Armenien 2015 in allen drei Dimensionen der Sicherheit fort und konzentrierte seine Arbeit im Berichtsjahr auf die Justiz- und Polizeireform, die Förderung der Menschenrechte, der sozialen und wirtschaftlichen Rechte und der Medienfreiheit sowie auf seine Kontakte mit der Jugend und der Zivilgesellschaft.

STÄRKUNG DER FRAUEN IN DEN REGIONEN

Das vom Büro unterstützte Netz von Frauenressourcenzentren eröffnete neue Zentren in den Regionen Wajoz Dsor und Tawusch. 2015 wurde das Netz offizielles Mitglied des Europäischen Verbandes von Frauenressourcenzentren und in der Folge in WINNET Armenia umbenannt.

UNTERSTÜTZUNG IM KAMPF GEGEN DIE INTERNETKRIMINALITÄT

Das Büro unterstützte die Polizei und den Ermittlungsausschuss beim Studium der erfolgversprechendsten internationalen Praktiken zur Schaffung eines Rahmens für die Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und Anbietern von Internetdiensten auf Grundlage des nationalen Rechts und im Einklang mit den Richtlinien des Europarats.

ERFORSCHUNG WIRTSCHAFTLICHER CHANCEN

Zur Unterstützung des Unternehmertums untersuchte ein Projekt des Büros die rechtlichen Rahmenbedingungen des Landes auf Lücken und entwickelte Leitlinien für Wirtschaftstreibende betreffend die innerhalb und außerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion geltenden Handelsvorschriften und Zollverfahren. Andere Projekte identifizierten neue Märkte und Investitionschancen für in- und ausländische Unternehmen, etwa auch für die landwirtschaftlichen Produkte Armeniens.

HAND IN HAND GEGEN VERSCHMUTZUNG

In Zusammenarbeit mit UNDP, den Regionalbehörden in Sjunik und Kommunalverwaltungen beteiligte sich das Büro an der Instandsetzung eines 4 Kilometer langen Bewässerungskanals, wodurch in zwei Gemeinden die direkte Verschmutzung von 30 Hektar Land vermieden werden konnte, Wasser zur Bewässerung von 70 Hektar bereitgestellt und die Existenzgrundlage von 160 Familien verbessert wird.

WIRTSCHAFT GEGEN KORRUPTION

Das Büro brachte in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium und einer nationalen Koalition zivilgesellschaftlicher Organisationen Vertreter der Geschäftswelt, der Regierung und der Zivilgesellschaft an einen Tisch, um gemeinsam zu überlegen, wie Risikobewertungssysteme, Verhaltenskodizes und die soziale Verantwortung von Unternehmen mithelfen können, den Herausforderungen, vor denen der Privatsektor steht, erfolgreich zu begegnen.

MENSCHENRECHTSERZIEHUNG

Das Verteidigungsministerium nahm 2015 ein einsemestriges Unterrichtsfach „Menschenrechte“ in den Lehrplan für Kadetten im dritten und vierten Ausbildungsjahr an zwei Militärakademien auf. Es wurde mit der Unterstützung des Büros für interaktive Lehrmethoden entwickelt.

AKTIVITÄTEN 2015

282 Schulungskurse, Workshops, Runde Tische

5000 Teilnehmer

Themen: Migrantenrechte, Genderfragen, bürgernahe Polizeiarbeit, häusliche Gewalt, Bekämpfung des Menschenhandels, Menschenrechte, Beziehungen zwischen Zivilisten und Militär, Verhinderung von Folter und Nichtdiskriminierung, Verfassungsreform, Gesetzgebung, Demokratie

40 JAHRE SCHLUSSAKTE VON HELSINKI

Hochrangige Vertreter der Regierung, des OSZE-Sekretariats, der Zivilgesellschaft und der Medien versammelten sich am 16. September in Eriwan zu einem vom Büro veranstalteten Festakt zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki. Dabei wurde eine OSZE-Gedenkbriefmarke samt Sonderstempel und Umschlag vorgestellt. Es gab auch eine Fotoausstellung und eine Broschüre mit Grußbotschaften hoher Amtsträger und Informationen über die OSZE und das Büro. Hochschulstudenten aus dem ganzen Land beteiligten sich an einem Redewettbewerb zum 40-Jahr-Jubiläum und ehemalige Teilnehmer an einer *Model OSCE* trafen in einem informellen „OSZE-Café“ zusammen.

VERHÜTUNG VON MENSCHENHANDEL ZUR AUSBEUTUNG VON ARBEITSKRÄFTEN

Als Beitrag zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Dienststellen und der Zivilgesellschaft im Kampf gegen den Menschenhandel unterstützte das Büro eine Pilot-Grundlagenstudie über den Grad der Gefährdung bestimmter Bevölkerungsgruppen durch Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften.

UNTERSTÜTZUNG DER JUSTIZREFORM

Um in Menschenrechtsverfahren eine stärkere Orientierung an Präzedenzfällen zu ermöglichen, veröffentlichte das Büro eine Sammlung von Entscheidungen des Kassationsgerichts und sponserte einen Workshop für Vertreter der Rechtsberufe. Ein landesweiter Wettbewerb in Form eines simulierten Gerichtsprozesses ging bis zum Kassationsgericht. Im nationalen öffentlich-rechtlichen Fernsehen wurde ein Kurzbericht über den „Prozess“ gebracht.

PARTNERSCHAFTEN

Am Internationalen Tag der Menschenrechte unterstützten das Büro, die UN, der Europarat und die EU-Delegation gemeinsam eine „UnKonferenz“ über neue Technologien, deren Tagesordnung von einer Vielzahl von Teilnehmern von Universitäten und zivilgesellschaftlichen Organisationen erstellt wurde.

Das Zentrum in Aschgabat

Leiter des Zentrums: **Botschafter Ivo Petrov**

Haushalt: 1 570 800 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 139 553 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 6, lokal 19

www.osce.org/ashgabat

2015 feierte Turkmenistan den 20. Jahrestag seiner Neutralität. Aus diesem Anlass fand eine Konferenz über Neutralitätspolitik statt, der Staats- und Regierungschefs sowie Vertreter internationaler Organisationen, unter ihnen der Generalsekretär der OSZE, beiwohnten. Das Zentrum konzentrierte sich 2015 auf Aktivitäten in den Bereichen Grenzsicherung und grenzüberschreitende Bedrohungen, gute Regierungsführung und Umweltbewusstsein sowie Rechtsreformen und Menschenrechte.

SICHERUNG DER GRENZEN

Das Zentrum setzte ein außerbudgetäres Projekt zur Fortbildung von Grenzbeamten mit Kursen in Grenzmanagement und der Einschätzung der Bedrohungslage sowie Train-the-Trainer-Workshops am Grenzübergang Imamnasar an der turkmenisch-afghanischen Grenze fort. Es spendete dem staatlichen Grenzdienst nichttödliche paramilitärische Ausrüstung und Schutzkleidung im Wert von rund 167 500 EUR.

GRENZSICHERUNGSKURSE

- Untersuchungs- und Aufspürverfahren an Grenzen für Strafverfolgungsbeamte
- Kontrollverfahren in Häfen und Maßnahmen des Sicherheitsmanagements an Hafenkontrollposten
- Grenzsicherungsmanagement für 250 Kadetten der Akademie für Grenzmanagement in Aschgabat und der Marineakademie in Turkmenbaschy

MASSNAHMEN GEGEN GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN

Gemeinsam mit der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen organisierte das Zentrum einen Workshop über internationale Zusammenarbeit in Strafsachen zwischen Turkmenistan und Afghanistan, der sich mit Mechanismen und Instrumenten zur Steigerung der Effizienz von Ermittlungen in grenzüberschreitenden Fällen von Terrorismus und organisierter Kriminalität befasste; ein weiterer Workshop vermittelte turkmenischen Sicherheits- und Strafverfolgungsbeamten Kenntnisse in Internet- und IKT-Sicherheit und im Missbrauch des Internets für terroristische Zwecke sowie in Internetkriminalität. Darüber hinaus wurden zwei Seminare über Maßnahmen abgehalten, die Terroristen am unentdeckten Grenzübertritt unter falscher Identität hindern sollen. Fünfundzwanzig Beamte der operativen Ebene aus Strafverfolgungsorganen und Militärdienststellen Turkmenistans erhielten eine Ausbildung in

Verhandlungstaktiken bei Geiselnahmen als Bestandteil der Terrorismusbekämpfung. Zweiundzwanzig Strafverfolgungsbeamte wurden in der Durchführung kontrollierter Lieferungen zur Drogenbekämpfung ausgebildet.

VERTRAUENS- UND SICHERHEITSBILDENDE MASSNAHMEN

Neunzehn Beamte des turkmenischen Verteidigungsministeriums wurden in Verfahren für gegenseitige Inspektionen nach dem Wiener Dokument geschult.

VORBEUGENDE DIPLOMATIE

Aus Anlass des 20. Jahrestags der Neutralitätserklärung Turkmenistans organisierte das Zentrum Seminare über vorbeugende Diplomatie und Verhandlung für angehende Diplomaten aus dem Außenministerium sowie für Studenten der Hochschule für internationale Beziehungen des Außenministeriums und der Internationalen Universität für Geisteswissenschaften und Entwicklung.

FÖRDERUNG VON GUTER REGIERUNGSFÜHRUNG

Das 2014 mit Unterstützung der OSZE in den Räumlichkeiten des turkmenischen Finanzministeriums eingerichtete Ressourcenzentrum für Good Governance war Schauplatz von Veranstaltungen über das nationale Risikobewertungssystem und den risikobasierten Ansatz für die Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie über die Entwicklung eines nationalen Systems zur Korruptionsbekämpfung. Bei einem Studienbesuch in Georgien konnten Beamte aus zuständigen Dienststellen bewährte Methoden der guten Regierungsführung kennenlernen.

UMWELTBEWUSSTSEIN UND ALTERNATIVE ENERGIE

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Aarhus-Zentrum von Turkmenistan und den regionalen Öffentlichen Umweltinformationszentren wurden in sechs Städten in Turkmenistan Sensibilisierungsseminare zur Aarhus-Konvention abgehalten; ferner wurde ein Kompendium nationaler Gesetze zum Umweltschutz und zur Nutzung natürlicher Ressourcen veröffentlicht. Vertreter der turkmenischen staatlichen Hochschule für Energiewirtschaft in Mary wurden bei einem Studienbesuch in Spanien mit alternativen Energieprojekten und bewährten Methoden vertraut gemacht.

UNTERSTÜTZUNG VON UNTERNEHMERINNEN

Das Zentrum unterstützte Fortbildungs- und Marketingkurse für traditionelles Handwerk, um Unternehmerinnen aus dem ländlichen Bereich in entsprechenden Fertigkeiten zu schulen.

RECHTLICHE UNTERSTÜTZUNG IN SACHEN MENSCHENRECHTE

Die OSZE unterstützte Rechtsberatung für:
165 Einzelpersonen
47 Berufungen in 16 Fällen verfasst

UNTERSTÜTZUNG BEI DER RECHTSETZUNG

Das Zentrum unterstützte Abgeordnete des Medschlis (Parlament) bei der Verbesserung ihrer Fähigkeit zur paragraphenweisen Analyse von Gesetzesentwürfen. Ein Studienbesuch turkmenischer Parlamentarier in Dänemark diente dem Austausch von Rechtsetzungstechniken. Vertreter von Gesetzgebungs- und Gesetzesvollzugsorganen erörterten bei einem Studienbesuch in den Niederlanden Erfahrungen mit der Strafrechtsreform. Das Zentrum hielt gemeinsam mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ein Seminar für Abgeordnete des Medschlis über die Struktur und die Aktivitäten der OSZE in der parlamentarischen Dimension ab.

RELIGIONS- UND WELTANSCHAUUNGSFREIHEIT

Das Zentrum setzte sich für Religions- und Weltanschauungsfreiheit ein und organisierte dazu im Berichtsjahr ein Seminar über einschlägige internationale Standards sowie einen Studienbesuch für Abgeordnete des Medschlis und Strafverfolgungsbeamte in den Vereinigten Staaten.

FÖRDERUNG DER MENSCHENRECHTE

Eine Vorlesungsreihe machte 40 Studenten der Hochschule des Innenministeriums und der Hochschule für internationale Beziehungen des Außenministeriums mit den internationalen Menschenrechtsstandards in der vorprozessualen Phase des Strafverfahrens und der strafrechtlichen Ermittlungen vertraut. Gemeinsam mit dem ODIHR veranstaltete das Zentrum ein Seminar über die Gleichstellung der Geschlechter und die Teilhabe der Frauen am öffentlichen Leben für Abgeordnete des Medschlis, Vertreter der Strafverfolgungsbehörden, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie für die Frauen-Union und öffentliche Organisationen. Bei einem Studienbesuch in Frankreich informierten sich Strafvollzugs- und Strafverfolgungsbeamte über bewährte Verfahren zur Wahrung der Rechte von Strafgefangenen.

WAHLEN

Gemeinsam mit dem ODIHR organisierte das Zentrum einen Workshop für 25 Beamte der Wahlbehörde über die Wahlordnung und den Rechtsrahmen für Wahlen.

BILDUNG

Das Zentrum organisierte einen Studienbesuch im Vereinigten Königreich, um den Austausch von Methoden für die Umsetzung der Bildungsreform zu erleichtern. Derzeit arbeitet es an einem Kommentar und an Empfehlungen für mögliche Abänderungen der Rechtsvorschriften im Bildungsbereich.

UNABHÄNGIGKEIT DER RICHTER

Ein Seminar für Gesetzgeber, Vertreter der Strafverfolgungsbehörden und staatlicher Einrichtungen sowie für Mitglieder des Industriellen- und Unternehmerverbandes Turkmenistans war der Unabhängigkeit der Richter gewidmet.

MEDIENENTWICKLUNG

Das Zentrum förderte den Austausch von Verfahrensweisen in Bezug auf den Zugang zu Information und Mechanismen für die Akkreditierung von Journalisten sowie auf die Freiheit des Journalistenberufs. Print-, Radio/TV- und Online-Journalisten aus dem ganzen Land wurden in publizistischer Online-Arbeit geschult. Zwanzig Mitarbeiter der turkmenischen TV-Nachrichtenkanäle perfektionierten ihre Fähigkeiten in der TV-Nachrichtenproduktion.

PARTNERSCHAFTEN

Das Zentrum und die Gruppe Terrorismusbekämpfung der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen veranstalteten in Partnerschaft mit dem Regionalzentrum der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien und dem UN-Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung einen regionalen Workshop über Grenzsicherung und Grenzmanagement im Rahmen der Terrorismusbekämpfung.

In Zusammenarbeit mit dem UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) schulte das Zentrum Strafverfolgungsbeamte in Untersuchungs- und Aufspürverfahren an Grenzen.

Das Programmbüro in Astana

Leiterin des Büros: **Botschafterin Natalja Sarudna**

Haushalt: 2 148 700 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 63 075 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 6, lokal 22

www.osce.org/astana

Ausgestattet mit einem neuen Mandat verstärkte das OSZE-Programmbüro in Astana 2015 seine Partnerschaft mit den Behörden des Gastlandes, der Zivilgesellschaft und internationalen Akteuren zur Stärkung der regionalen Sicherheit und zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität, gewalttätigem Extremismus, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Gegenstand der Zusammenarbeit waren die Erleichterung des Handels, die Förderung einer verantwortungsvollen Wasserpolitik, von Gender Mainstreaming, „grünem“ Wachstum und nachhaltiger Entwicklung, guter Regierungsführung, demokratischer Polizeiarbeit und der Grundfreiheiten. Das Büro entwickelte weiter soziale Dienste für Menschenhandelsopfer, unterstützte wie bisher die Justiz- und Strafvollzugsreform und bemühte sich um die Mitwirkung der Jugend und der Hochschulen am regionalen Sicherheitsdialog.

MASSNAHMEN GEGEN GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN

Ein wichtiger Punkt auf der Agenda des Büros war die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, der Jugend, der Frauen, religiöser Oberhäupter und der Strafverfolgungsorgane in die Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und des Terrorismus, einschließlich ausländischer terroristischer Kämpfer. Rund 500 Parlamentarier, hohe Regierungsbeamte, Richter, Aktivisten der Zivilgesellschaft und internationale Experten nahmen an sechs von der OSZE unterstützten Veranstaltungen teil. Weitere 480 Strafverfolgungsbeamte aus dem ganzen Land erhielten eine Ausbildung in der Bekämpfung von grenzüberschreitender organisierter Kriminalität, des Terrorismus, der Internetkriminalität sowie des illegalen Handels mit Drogen und gefälschten Waren, im Einsatz von Sprengstoffsuchhunden, in der Verbesserung der Grenzsicherung und im Umgang mit öffentlichen Versammlungen sowie in Polizeiarbeit in multiethnischen Gesellschaften. Auf dem sechsten Zentralasiatischen Internet-Forum befassten sich 120 Praktiker und Experten von innerhalb und außerhalb der Region mit Fragen der Internetsicherheit und mit Möglichkeiten zur Verhinderung des Internetmissbrauchs für terroristische Zwecke.

PROJEKTE DES PROGRAMMBÜROS

- | | |
|----|--|
| 59 | Projekte in allen drei Dimensionen durchgeführt |
| 98 | Ausbildungsveranstaltungen für 4570 Experten landesweit abgehalten |

VON DER OSZE ZU WICHTIGEN GESETZEN ABGEGEBENE EMPFEHLUNGEN, DIE 2015 ANGENOMMEN WURDEN

- Zugang zu Information
- Korruptionsbekämpfung
- Lokale Selbstverwaltung
- Biologische Landwirtschaft
- Beschlüsse zur Abmilderung der Auswirkungen des Klimawandels

FÖRDERUNG DES DIALOGS ÜBER REGIONALE SICHERHEIT

Das Büro konnte über 700 junge engagierte Leute für Debatten über Fragen der regionalen Sicherheit bei seinen Veranstaltungen gewinnen, darunter das jährliche Seminar des Zentralasiatischen Jugendnetzwerks für Hochschulstudenten aus Zentralasien, Afghanistan und der Mongolei (elf Jahre seit dem ersten Seminar), Veranstaltungen während des sechsten *Zhas* (Jugend) Camps und das achte Forum der Studenten der Rechtswissenschaften über den Schutz der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung. Die jährliche Sommerschule des Büros und das sechste Zentralasiatische Leadership-Programm vermittelten jungen Umweltschützern aus der Region und aus Afghanistan Wissen über nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolle Wasserpolitik und deren Bedeutung für die Sicherheit.

Das Büro, das Außenministerium und das kasachische Institut für strategische Studien veranstalteten gemeinsam eine hochrangig besetzte internationale Konferenz in Astana. Die 150 Teilnehmer, unter ihnen Vortragende des *Academic Network* der OSZE von Denkfabriken und Forschungsinstitutionen, diskutierten über die Bedeutung und Relevanz der Schlussakte von Helsinki und der Gedenkerklärung von Astana für die schwierige Sicherheitslage in der OSZE-Region. 2015 fanden – ergänzend zu den vom Büro unterstützten jährlichen Regionalseminaren über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen nach dem Wiener Dokument 2011 und über die Entsorgung von Kampfmitteln – Vorbereitungskurse für militärisches Personal aus Kasachstan und Tadschikistan statt, das für den Einsatz im Rahmen von Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen vorgesehen war.

AUSBILDUNGSVERANSTALTUNGEN FÜR 620

- Staats- und Kommunalbeamte
- Strafverfolgungsbeamte
- Richter
- Vertreter des Banken- und Nichtfinanzsektors
- Vertreter der Zivilgesellschaft

zu den Themen

- gute Regierungsführung
- Korruptionsbekämpfung
- Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT)

mit folgenden Ergebnissen:

- Verabschiedung von Rechtsvorschriften über Korruptionsbekämpfung und lokale Selbstverwaltung
- Veröffentlichung eines Leitfadens für die AML/CFT-Risikobewertung im Finanz- und Nichtfinanzsektor
- Schaffung nationaler Zertifizierungsprogramme für AML/CFT Compliance Officers
- Ausbildung von 100 Lehrern aus landesweit 68 Mittelschulen in einem Modul für Korruptionsbekämpfung

FÖRDERUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN ÜBER GRUNDFREIHEITEN

Das Büro förderte konsequent die Strafrechts-, Verwaltungsrechts- und Zivilrechtsreform durch Erleichterung der öffentlichen Debatte und von Expertengesprächen über Gesetzesentwürfe, die Organisation einer Studienreise nach Belgien zum Thema Bewährungshilfe sowie durch Ausbildungsmaßnahmen für Regierungsbeamte, Richter und Strafverteidiger. Das Büro unterstützte das dritte Strafvollzugsforum über die Resozialisierung verurteilter Straftäter, zu dem sich mehr als 200 hochrangige Teilnehmer versammelten. Es förderte auch wieder den Nationalen Mechanismus zur Verhütung von Folter durch Aktivitäten zum Aufbau von Kapazitäten.

Dank mehrjähriger Bemühungen konnten 2015 wirksame Rahmenbedingungen für die Identifizierung von Menschenhandelsopfern und deren Schutz geschaffen werden. Nach einem von der OSZE unterstützten Studienbesuch in Belgrad wurden Standards für Sozialleistungen für Menschenhandelsopfer verabschiedet, die 380 Beamten, Richtern und Sozialarbeitern aus dem ganzen Land vorgestellt wurden.

Im Bereich Medienfreiheit unterstützte das Büro den Entwurf zu einem neuen Gesetz über den Zugang zu Information unter Beteiligung von 350 Parlamentariern, Beamten, Journalisten, nationalen und internationalen Experten und begann mit Schulungskursen, um die praktische Durchführung des Gesetzes nach seiner Verabschiedung zu erleichtern.

FÖRDERUNG EINER GRÜNEN WIRTSCHAFT

Das Büro förderte im Berichtsjahr wieder eine wettbewerbsfähige Marktwirtschaft auf der Grundlage von Energieeffizienz, der Nutzung erneuerbarer Energiequellen, einer effizienten Wasserpolitik, biologischem Landbau und nachhaltiger Fischerei. Es beteiligte sich an der Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen für eine grüne Wirtschaft und von Vorschlägen, wie der CO₂-Ausstoß in der Volkswirtschaft drastisch gesenkt werden kann. Ferner unterstützte das Büro eine Parallelveranstaltung des Astana-Wirtschaftsforums über Energieeffizienz, veranlasste die Aarhus-Zentren, Wasserkommissionen, Schulen und Universitäten, die Grundsätze des grünen Wachstums zu verbreiten, und machte rund 960 Beamte, Parlamentarier, Unternehmer, Wissenschaftler und NGO-Aktivisten mit diesen Themen vertraut.

PARTNERSCHAFTEN

Das Programmbüro in Astana kooperierte mit UNODC zu Fragen der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, mit UN Frauen

zur Umsetzung der UNSCR 1325, mit UNECE zu Fragen der verantwortungsvollen Wasserpolitik und der Aarhus-Konvention, mit dem Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees zur Dammsicherheit und nachhaltigen Fischerei, mit der EU und UNDP zu Fragen der grünen Wirtschaft, mit der IOM zur Steuerung der Arbeitsmigration und mit der Venedig-Kommission zur Justizreform.

Das Zentrum in Bischkek

Leiter des Zentrums: **Botschafter Sergei Kapinos**

Haushalt: 6 909 600 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 1 888 114 EUR (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 23, lokal 125

www.osce.org/bishkek

2015 führte das OSZE-Zentrum in Bischkek Aktivitäten in allen drei OSZE-Dimensionen durch. Sie betrafen unter anderem Parlamentswahlen, die ordnungspolitische Reform, den Aufbau von Vertrauen in die nationale Polizei, die Ausbildung von kirgisischen und afghanischen Zollbeamten, die Förderung von guter Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung sowie den Schutz der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

UNTERSTÜTZUNG DES WAHLPROZESSES

Das Zentrum unterstützte 2015 örtliche Interessenvertreter bei der Organisation der Parlamentswahlen unter Einhaltung internationaler Standards durch die Abhaltung von Schulungs- und Informationsveranstaltungen über den Wahlprozess. Ferner leistete es der Regierung des Gastlandes Hilfestellung bei der Einführung eines neuen Verfahrens für die Wählereintragung, bei dem biometrische Reisepässe zum Einsatz kommen. Darüber hinaus half das Zentrum mit bei der Entwicklung einer innovativen computerbasierten Trainingsplattform für die Mitglieder der Zentralen Wahlkommission und ermöglichte es Nichtregierungsorganisationen, den gesamten Wahlprozess genauestens zu beobachten.

SICHERUNG DER GRENZEN

Das Zentrum setzte sich auch im abgelaufenen Jahr wieder für die Verbesserung des Grenzschutzes ein, eines nach wie vor schwierigen Problems, da große Abschnitte der kirgisischen Grenze im Süden des Landes nicht definiert sind. Im August 2015 fand eine Grenzschutzübung *Barrier 2015* statt, die gemeinsam vom Zentrum und den kirgisischen Behörden in enger Abstimmung mit dem OSZE-Büro in Tadschikistan organisiert wurde. An der Übung nahmen Beamte der Grenzpolizei und der Notfalldienste sowohl aus Kirgisistan als auch aus Tadschikistan teil.

ANKURBELUNG DES WIRTSCHAFTSWACHSTUMS, EINDÄMMUNG DER KORRUPTION

2015 unterstützte das Zentrum die systematische ordnungspolitische Reform der kirgisischen Regierung, die darauf abzielt, unnötige Gesetze abzuschaffen und den bürokratischen Aufwand für Unternehmen zu verringern. Dazu bediente man sich eines Mechanismus zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften, des sogenannten „Guillotine-Mechanismus“. Im Dezember war die erste Phase der Reform, die Durchforstung von 3344 Rechtsakten, die die unternehmerische Tätigkeit regeln, abgeschlossen.

BEKÄMPFUNG DER GELDWÄSCHE UND TERRORISMUSFINANZIERUNG

In Partnerschaft mit der kirgisischen Regierung bot das Zentrum Ausbildungskurse in Kriminologie sowie in Steuer- und Rechnungswesen für kirgisische Strafverfolgungsbeamte an, die mit der Untersuchung von Korruptionsfällen und anderen illegalen Finanz- und Wirtschaftsaktivitäten befasst sind. Außerdem leistete es einen Beitrag zu den Bestrebungen Kirgisistans, der Staatengruppe gegen Korruption und den europäischen Übereinkommen zur Bekämpfung der Korruption beizutreten, wodurch die Ermittlungs- und Auslieferungsverfahren sicherlich erleichtert werden. Das Zentrum half Kirgisistan bei der Vorbereitung der Länderprüfung 2015 der Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“ (FATF) in Bezug auf die Umsetzung der FATF-Empfehlungen und die Schaffung eines schlagkräftigen Systems zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

BEWÄSSERUNGSKANAL IN KARA-SUU VERRINGERT INTERETHNISCHE SPANNUNGEN

Spannungen und Konflikte um den Zugang zu Wasser waren zwischen den multiethnischen Gemeinden Saray und Savay im Distrikt Kara-Suu im Süden Kirgisistans an der Tagesordnung. Grund dafür war der chronisch tiefe Wasserstand im Kanal entlang der kirgisisch-usbekischen Grenze. Die Bewohner dieser Gemeinden litten im Frühjahr und im Sommer unter dieser Wasserknappheit und stritten um Wasser für die Bewässerung ihrer Felder und ihr Vieh.

Um diesen Konflikten ein Ende zu setzen, beschlossen das OSZE-Zentrum in Bischkek und der Bürgermeister der Stadt Kara-Suu in der Region Osch, drei Kilometer eines entlang der Grenze zu Usbekistan verlaufenden Bewässerungskanals instand zu setzen. Die Arbeiten begannen 2014 und Ende Dezember 2015 hatten über 1000 Haushalte Zugang zu Bewässerungswasser. Der Bürgermeister von Kara-Suu erklärte, das Projekt habe mehrere kritische Probleme für die Bewohner auf einen Schlag gelöst. „Diese OSZE-Initiative ist das beste Beispiel von Konfliktverhütung und Friedensstiftung in Kirgisistan“, meinte Meerimbek Apyshov aus dem Büro des Generalbevollmächtigten des kirgisischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten in Südkirgisistan.

Neben der Modernisierung der Bewässerungsinfrastruktur sorgte das Zentrum auch dafür, dass Vertreter der Wassernutzerverbände und der Kommunen Saray und Savay in der Bewirtschaftung von Bewässerungswasser, in interethnischer Toleranz und Mechanismen der Konfliktverhütung in Wasserangelegenheiten unterwiesen wurden.

ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND SICHERHEIT: WIEDERHERSTELLUNG DES VERTRAUENS DER MENSCHEN IN DIE POLIZEI

- Die Initiative für kommunale Sicherheit wurde in 15 verschiedenen Regionen Kirgisistans durchgeführt.
- Bisher wurden 63 Dörfer und entlegene Ortschaften von 18 eigens eingerichteten mobilen Polizeiwachen besucht.

- Mehr als 82 000 Personen haben seit 2010 Polizeidienste in Anspruch genommen, die rund um die Uhr verfügbar waren.
- Es wurden mehr als 2500 kirgisische Polizeibeamte ausgebildet.
- Der Anteil der Frauen in der Polizei stieg um 30 %.

DIE OSZE-AKADEMIE IN BISCHKEK

Die OSZE-Akademie ist eine wahrhaft regionale Institution für Dialog und Forschung sowie für Bildung, Förderung der regionalen Zusammenarbeit, Konfliktverhütung und gute Regierungsführung in Zentralasien. Die Studierenden kommen hauptsächlich aus den fünf zentralasiatischen Staaten und Afghanistan. 2015 hatte die Akademie über tausend Anmeldungen für ihre beiden Master-of-Arts-(MA)-Studiengänge „Politik und Sicherheit“ und „Wirtschaftspolitische Steuerung und Entwicklung“, so viele wie noch nie. Mit Stand 2015 hatten mehr als 330 junge Fachkräfte das MA-Studium absolviert, von denen die meisten nun in der staatlichen Verwaltung, in der Zivilgesellschaft oder an Universitäten arbeiten.

PARTNERSCHAFTEN

Das Zentrum koordinierte die Bemühungen der FATF/OECD, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank um Unterstützung Kirgisistans im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Gemeinsam mit UNDP und USAID/Internationale Stiftung für Wahlsysteme half es Kirgisistan bei der Durchführung weitgehend freier, fairer und transparenter Parlamentswahlen. Das Zentrum arbeitete außerdem mit UNODC bei der Polizei- und Strafvollzugsreform und mit UNHCR bei der Ausbildung von Mitarbeitern des staatlichen Grenzdienstes in Flüchtlings- und Migrantenrechten zusammen.

Das Büro in Tadschikistan

Leiter des Büros: **Botschafter Markus Müller**

Haushalt: 7 338 200 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 3 372 649 (aus außerbudgetären Mitteln)

Personal: international 32, lokal 198

www.osce.org/tajikistan

2015 konzentrierte sich das OSZE-Büro in Tadschikistan weiter auf die Themenbereiche Grenzsicherung, Polizeireform, Gleichstellung der Geschlechter, gute Regierungsführung und Wirtschaftsentwicklung, um die Sicherheit für die Menschen in Tadschikistan zu verbessern. Dank des guten Willens und der Kooperationsbereitschaft der Regierung und der Zivilgesellschaft des Gastlandes konnte das Büro Erfolge in seinen Bemühungen verzeichnen. Die Mitwirkung afghanischer Amtskollegen war ein wichtiger Bestandteil zahlreicher Projekte.

SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT AN DEN GRENZEN

Das Büro leitete weiter die einzige internationale Initiative zur operativen, planungstechnischen und praktischen Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten der Grenzdienste Tadschikistans, Afghanistans und Kirgisistans für die Grenzsicherung und das Grenzmanagement. Ein neuer Tätigkeitsbereich befasste sich 2015 mit der Qualifizierung der Grenzdienste für das Aufspüren und Unterbinden illegaler grenzüberschreitender Bewegungen sowohl an der tadschikisch-afghanischen als auch an der tadschikisch-kirgisischen Grenze. 2015 nahmen 307 Grenzbeamte (darunter 29 aus Afghanistan und 12 aus Kirgisistan) an Schulungskursen teil, die vom Büro organisiert wurden. Die kirgisischen Grenztruppen wurden mit einbezogen, nachdem es 2014 zu mehreren Zwischenfällen an der tadschikisch-kirgisischen Grenze gekommen war, die deutlich machten, dass eine bessere Kooperation und Koordination zwischen den beiden Grenzdiensten notwendig wäre. Es war unter anderem auch dieser verbesserten Zusammenarbeit zu verdanken, dass es das ganze Jahr 2015 hindurch weniger Spannungen zwischen den beiden Seiten gab.

Das Büro tat sich 2015 mit einer örtlichen NGO als Partner zusammen, um gemeinsam Reformen im Hinblick auf eine verantwortungsvolle Führung im Wirtschaftsbereich und Verbesserungen im grenzüberschreitenden Handel, vor allem mit Afghanistan, insbesondere durch die Förderung von vier Ressourcenzentren auf Märkten entlang der tadschikisch-afghanischen Grenze zu unterstützen. Die NGO führte kostenlose Einzelberatungen für 1264 örtliche Händler von beiden Seiten der Grenze durch und erklärte ihnen die Regeln und Vorschriften für die Einfuhr, die Ausfuhr, die Verzollung und andere Grenzkontrollen und -verfahren, die für sie dadurch transparenter und verständlicher wurden.

ANTIKORRUPTIONSINITIATIVEN

Um die Ergebnisse der Begutachtung von Gesetzesentwürfen unter dem Gesichtspunkt der Korruptionsbekämpfung in die Nationale Entwicklungsstrategie Tadschikistans einfließen zu lassen, wurde das Büro 2015 um zwei diesbezügliche Gutachten ersucht. Im ersten wurden mehrere Verwaltungsgesetze analysiert, ob sie geeignet sind, bürokratische Willkür und Überregulierung bei gleichzeitiger Wahrung der zur wirksamen Amtsführung der administrativen Organe erforderlichen Flexibilität zu minimieren. Die zweite Prüfung betraf die Bestimmungen der neuen Abgabenordnung, die auf Verfahrenseffizienz, die Rechte der Steuerzahler und den zugestandenen Ermessensspielraum untersucht wurden. Die Ergebnisse wurden nationalen und internationalen Entwicklungspartnern als Beitrag zur Diskussion über Antikorruptionsstrategien zugeleitet und wurden weithin als nützliche Instrumente zur Verbesserung des Investitionsklimas in Tadschikistan gewürdigt.

HUMANITÄRE MINENRÄUMUNG AN DER TADSCHIKISCH-AFGHANISCHEN GRENZE

209 064 m² geräumtes Gelände = 32 Fußballfelder
85 Antipersonenminen freigelegt
111 Blindgänger freigelegt

HÄUSLICHE GEWALT

Das Innenministerium eröffnete 2015 im Rahmen seiner Maßnahmen gegen häusliche Gewalt mit Unterstützung des Büros drei neue gendergerechte Polizeieinheiten. Gemeinsam mit dem von der OSZE unterstützten Netz von 18 Ressourcenzentren für Frauen führten die Polizeieinheiten Sensibilisierungskampagnen in der örtlichen Bevölkerung durch. Die Einheiten spielen eine wichtige Rolle bei der Aufdeckung und Untersuchung von Fällen häuslicher Gewalt und dienen derzeit anderen Polizeiinspektoren, die ebenfalls mit Fällen von häuslicher Gewalt befasst sind, als Vorbild

Das Büro unterstützte außerdem die ständige Arbeitsgruppe für die durchgängige Berücksichtigung der Gender-Perspektive in der Polizeireform. Diese Gruppe tauscht in ihren Sitzungen Informationen über bewährte Praktiken und Probleme im Zusammenhang mit dem Schutz von Opfern von häuslicher Gewalt aus. Sie betreibt Initiativen für die Qualifizierung von Polizeibeamten, stärkt die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und entwickelt Leitsysteme zum Schutz der Opfer.

TELEKOMMUNIKATIONS- UND RUNDFUNKDIENSTE

Die OSZE, das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel und die Weltbank führten eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich der Zusammenlegung der beiden bestehenden Regulierungsbehörden zu einer einzigen durch, um dem von der Welthandelsorganisation vorgeschriebenen Erfordernis einer unabhängigen Regulierungsbehörde für den Telekommunikationsdienst zu entsprechen. Die Studie wurde in der Folge veröffentlicht und der Regierung bei einer Konferenz präsentiert. Die Regierung prüft nun die Zusammenlegung der beiden Regulatoren.

DIE STABSAKADEMIE FÜR GRENZMANAGEMENT (BMSC)

2015 bot die Akademie 21 Ausbildungskurse und andere Lehrveranstaltungen an, die von 431 Beamten der mittleren und höheren Laufbahngruppe (darunter 86 Frauen) aus 25 Teilnehmerstaaten und sieben Kooperationspartnerstaaten besucht wurden.

Der erstmals angebotene einjährige Lehrgang „Grenzsicherung und Grenzmanagement für leitende Führungskräfte“, der sowohl aus Präsenzunterricht als auch aus Online-Ausbildung bestand, und zwei jeweils einmonatige Stabslehrgänge für Grenzmanagement wurden erfolgreich abgeschlossen.

Kurse zu verschiedenen Themen wurden in enger Zusammenarbeit mit DCAF, der Weltzollorganisation (WZO), UNECE, UNODC, dem von der EU finanzierten und von UNDP durchgeführten Projekt für Grenzmanagement in Nordafghanistan und ODIHR konzipiert und durchgeführt. An den Aktivitäten der BMSC nahmen insgesamt 122 Afghanen teil.

2015 wurden bei Runden Tischen und auf einer Forschungskonferenz unter anderem folgende Themen behandelt: Entwicklungen in und um Afghanistan sowie die Bewältigung von bestehenden und künftigen Herausforderungen im Bereich der Grenzsicherung durch die Anwendung innovativer Lösungen und neuer Technologien.

PARTNERSCHAFTEN

Das Büro kooperierte ferner mit UNECE, mit der es als Gastgeber der 13. Expertengruppe über euro-asiatische Verkehrsverbindungen fungierte, einen Workshop zur Verbreitung des OSZE/UNECE-Handbuchs *Best Practices at Border Crossings* abhielt und die tadschikisch-afghanische Zusammenarbeit in Bezug auf gemeinsame Wasserressourcen förderte.

Das Büro und das *Bureau for International Narcotics and Law Enforcement Affairs* des Außenministeriums der Vereinigten Staaten hielten einen Runden Tisch ab, bei dem das Konzept für bürgernahe Polizeiarbeit in Tadschikistan vorgestellt wurde.

Die Stabsakademie bildete mit einigen internationalen Organisationen und Institutionen akademische Partnerschaften, unter ihnen DCAF, WZO, UNECE, UNODC, das von der EU finanzierte und von UNDP durchgeführte Projekt für Grenzmanagement in Nordafghanistan und ODIHR.

Der Projektkoordinator in Usbekistan

Projektkoordinator: **Botschafter György Szabó**

Haushalt: 1 994 900 EUR

Personal: international 3, lokal 22

www.osce.org/uzbekistan

2015 setzte der OSZE-Projektkoordinator in Usbekistan seine Unterstützung für die Bemühungen seines Gastlandes zur Bekämpfung der vom Terrorismus ausgehenden Bedrohungen, zur Förderung von Transparenz in der Staatsführung und zur Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche sowie des Menschen- und Drogenhandels fort.

BEKÄMPFUNG GRENZÜBERSCHREITENDER BEDROHUNGEN

Der Projektkoordinator leistete den Behörden des Gastlandes erneut Hilfestellung bei ihrem Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung durch Veranstaltung einer internationalen Konferenz und eines nationalen Seminars über wirksame rechtsstaatliche Maßnahmen der Strafgerichtsbarkeit gegen den Terrorismus, bei denen über 120 Regierungsbeamte und Experten der Zivilgesellschaft aktuelle Trends erörterten und über ihre Erfahrungen berichteten. Der Projektkoordinator sponserte auch die Teilnahme usbekischer Experten an mehreren Veranstaltungen im Ausland, bei denen sie sich über die Erfahrungen und bewährten Praktiken ihrer Kollegen informieren konnten.

Der Projektkoordinator unterstützte das Nationale Zentrum für Drogenkontrolle bei der Entwicklung der Nationalen interministeriellen Online-Datenbank über drogenbedingte Kriminalität. Die Datenbank wird den Benutzern helfen, Informationen über die Beschlagnahme von Drogen, Drogenausgangsstoffen und psychoaktiven Substanzen aufzufinden, und den Informationsaustausch im Bereich der Bekämpfung des illegalen Drogenverkehrs erleichtern.

FÖRDERUNG DER GUTEN REGIERUNGSFÜHRUNG

Der Projektkoordinator unterstützte die nationalen Behörden bei der Durchführung der Nationalen Risikobewertung hinsichtlich Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

In Zusammenarbeit mit der Generalstaatsanwaltschaft produzierte der Projektkoordinator ein Video über die Verhütung von Korruption im Hochschulwesen, um diesbezügliche Bemühungen zu fördern. Die OSZE unterstützte außerdem Ermittlungsbeamte und Staatsanwälte gemeinsam mit nationalen und internationalen Akteuren bei der Entwicklung von Kompetenz in den Bereichen Finanzermittlungen, Einziehung von Vermögenswerten, gegenseitige Rechtshilfe und fortschrittliche Methoden der Bewältigung von Problemen bei der Bekämpfung der Korruption.

ENTWICKLUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Dem Projektkoordinator war es ein Anliegen, die Schlüsselrolle der Zivilgesellschaft und die Notwendigkeit von Sozialpartnerschaften zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Interessengruppen für die wirksame öffentliche Kontrolle der staatlichen Institutionen besser im Bewusstsein zu verankern, weshalb er sich verstärkt für die Entwicklung der Zivilgesellschaft einsetzte und den Kontakt zu NGOs in ganz Usbekistan suchte. Von April bis Dezember wurden in Zusammenarbeit mit dem Unabhängigen Institut für die Begleitung des Aufbaus einer Zivilgesellschaft insgesamt 54 Fachseminare und Workshops in neun Regionen durchgeführt. Die Teilnehmer diskutierten zuletzt verabschiedete Gesetze über Sozialpartnerschaft und bewerteten die Transparenz der Regierungsarbeit unter besonderer Berücksichtigung praktischer Instrumente für die öffentliche Kontrolle.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Der Projektkoordinator förderte im Verlauf des Jahres lokale Anstrengungen zur Bekämpfung des Menschenhandels und zur Entwicklung eines umfassenden Systems des Opferschutzes. Er bot Regierungsbeamten und Vertretern der Zivilgesellschaft Gelegenheit zum Meinungsaustausch über Gesetze und Verordnungen betreffend den Opferschutz und die strafrechtliche Verfolgung der Täter und über Protokolle für den Umgang mit Menschenhandelsfällen, einschließlich der Bereitstellung von Rechtsberatung für die Opfer und Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Im Januar wurde eine Gruppe von Polizeibeamten in einer neuen Vernehmungsmethode geschult, die eine Beziehung zwischen dem Vernehmungsbeamten und dem Opfer herstellt. Insgesamt nahmen über 200 auf Flughäfen und Bahnhöfen eingesetzte Polizeibeamte, Fachleute der Tourismusbranche sowie neu bestellte Richter und Strafverteidiger an sektorenübergreifenden und bewusstseinsbildenden Kursen zu Themen des Menschenhandels teil.

WIRTSCHAFTLICHE STÄRKUNG DER FRAUEN

Die Stärkung der Rolle der Frauen in der Wirtschaft war auch 2015 ein wichtiges Thema. Der Projektkoordinator sorgte für berufsbildende Kurse für 195 Frauen aus benachteiligten sozialen Gruppen, vor allem aus dem ländlichen Bereich, um ihre Chancen auf eine unselbstständige oder selbstständige Erwerbstätigkeit zu erhöhen. In fast allen Landesteilen wurden Kurse in heimischer Stickkunst, Backen, Nähen und Frisieren abgehalten.

PARTNERSCHAFTEN

Der Projektkoordinator in Usbekistan kooperierte mit internationalen Partnern, und zwar mit dem UNODC in Fragen der Terrorismusbekämpfung, des illegalen Drogenhandels und anderer grenzüberschreitender Bedrohungen, der OECD und dem *Basel Institute of Governance* in Fragen der Korruption und der Geldwäsche sowie mit USAID in Fragen der Bekämpfung des Menschenhandels.

BILATERALE ABKOMMEN

Der Vertreter in der gemeinsamen Lettisch-Russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Vertreter: **Helmut Napiontek**

Haushalt: 9 000 EUR

www.osce.org/lrmpc

Der Vertreter setzte 2015 seine Hilfestellung für die Umsetzung des 1994 zwischen der lettischen und der russischen Regierung geschlossenen bilateralen Abkommens über soziale Garantien für in Lettland ansässige pensionierte Militärangehörige der Russischen Föderation und deren Angehörige fort. 2015 war das siebte Jahr in Folge, in dem bei der Kommission weder ein Antrag noch eine Beschwerde eines pensionierten Militärangehörigen einging. Derzeit sind 8 843 Personen von diesem bilateralen Abkommen erfasst, das auf 1994 zurückgeht, als russisches Militärpersonal aus Lettland abgezogen wurde.

ANSPRUCHSVORAUSSETZUNGEN GEKLÄRT

Die Auffassungsunterschiede bezüglich der Frage, für welche Personen das Abkommen gilt beziehungsweise nach welchen Kriterien eine Person als anspruchsberechtigter pensionierter Militärangehöriger anzusehen ist, sind beigelegt. 2015 fanden daher keine Kommissionssitzungen statt.

Angesichts dieses Umstandes schlug der Vertreter Napiontek im Oktober auf einer Sitzung des Ständigen Rates vor, dem Vertreter 2016 eine weniger aktive Rolle zuzuweisen und den diesbezüglichen Haushalt stark zu kürzen.

DISKUSSION ÜBER DIE RÜCKERSTATTUNG DER KOSTEN FÜR MEDIZINISCHE LEISTUNGEN

Laut dem Abkommen muss die Russische Föderation die Kosten für medizinische Aufwendungen für ihre pensionierten Militärangehörigen übernehmen. Die lettischen Behörden haben eine Anhebung der von Russland bezahlten Erstattungssätze gefordert, da die derzeitige Erstattung nicht mehr den tatsächlichen Kosten für die medizinische Betreuung der pensionierten Militärangehörigen und ihrer Angehörigen entspricht, die immer älter werden. Bei der Klärung dieser Frage wurden jedoch keine erwähnenswerten Fortschritte erzielt.

FÖRDERUNG VON SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT DURCH PARTNERSCHAFTEN

Vor dem Hintergrund der globalen und grenzüberschreitenden Herausforderungen, mit denen die OSZE und ihre Nachbarregionen gleichermaßen konfrontiert sind, werden gemeinsame sicherheitspolitische Lösungsansätze immer wichtiger. Deshalb ist die OSZE bestrebt, die Beziehungen zu ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien ständig weiter zu vertiefen und ihr ausgedehntes Netz von kooperativen Beziehungen mit anderen internationalen und regionalen Organisationen weiter auszubauen.

Die Partner in Asien und im Mittelmeerraum

DIE KOOPERATIONSPARTNER IN ASIEN 2015

Anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Partnerschaft mit den Ländern in Asien gab das Sekretariat gemeinsam mit dem Schweizer Vorsitz der Asien-Kontaktgruppe und dem serbischen OSZE-Vorsitz eine Broschüre mit dem Titel *The OSCE Asian Partnership for Co-operation: Reflections and Perspectives* heraus, in der diese enge und fruchtbare Verbindung gewürdigt wird.

Es wurden weitere Anstrengungen unternommen, um die Partner in Asien verstärkt in den politischen Dialog und in die Aktivitäten der OSZE einzubeziehen und zu diesem Zweck den Anstoß der Ministererklärung von Basel 2014 über die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern in Asien zu nutzen.

Der Generalsekretär nutzte das ganze Jahr hindurch jede Gelegenheit zu Kontakten mit der Führung der Partnerländer in Asien und traf hochrangige Regierungsvertreter aus Japan, der Republik Korea und Thailand. Er hielt auch ein Grundsatzreferat auf der OSZE/Asien-Konferenz 2015 in Seoul zum Thema „Das sich verändernde globale sicherheitspolitische Umfeld und Visionen einer multilateralen Sicherheitskooperation in Asien“, das sich mit den weltweiten Bemühungen um eine verstärkte Katastrophenvorsorge und die regionale Komplementarität diesbezüglicher Maßnahmen befasste.

2015 fand eine ganze Reihe wichtiger Treffen mit afghanischen Spitzenpolitikern statt. Der Generalsekretär führte Gespräche mit Präsident Ashraf Ghani, Ministerin Dilbar Nazari für Frauenangelegenheiten, Minister Salamat Azimi für Drogenbekämpfung und dem Stellvertretenden Außenminister Hekmat Khalil Karzai. Alle afghanischen Gesprächspartner unterstrichen die Wichtigkeit einer verstärkten Unterstützung ihres Landes durch die OSZE, vor allem angesichts der angespannten Sicherheitslage.

Die Kooperationspartner in Asien nahmen auch dieses Jahr aktiv am Dialog in der OSZE teil und stellten wieder finanzielle und personelle Ressourcen für OSZE-Aktivitäten zur Verfügung, unter anderem durch großzügige Beiträge zur Arbeit der SMM und der Stabsakademie für Grenzmanagement (BMSC). Die Partner in Asien zeigten zunehmend Interesse an den Erfahrungen und erprobten Verfahrensweisen der OSZE in Bezug auf das umfassende Sicherheitskonzept und VSBM und deren mögliche Vorbildwirkung für ihre eigene Region. Die Partner berichteten über ihre Erfahrungen betreffend grenzüberschreitende Bedrohungen, Grenzmanagement, Verkehr, Bekämpfung des Menschenhandels, Aufbau demokratischer Institutionen und Abwicklung von Wahlen. Das OSZE-Sekretariat berichtete seinerseits über Erfahrungen, nachahmenswerte Praktiken und gewonnene Erkenntnisse und wird die asiatischen Partner auch 2016 in deren Aktivitäten in diesen Bereichen unterstützen.

DER PARTNERSCHAFTSFONDS

Der Partnerschaftsfonds finanziert gemeinsame Aktivitäten und übernimmt die Kosten für die Teilnahme von Vertretern der Partnerstaaten an OSZE-Veranstaltungen.

Mittelzusagen seit seiner Einrichtung 2007: **1 579 033 EUR**

Mittelzusagen 2015: **269 441 EUR**

Anzahl der geförderten Teilnehmer an OSZE-Aktivitäten aus Partnerstaaten 2015: **31**

SEIT SEINER EINRICHTUNG ENTWICKELTE PROJEKTE: 41

DAVON ABGESCHLOSSEN: 34

2015 DURCHGEFÜHRTE PROJEKTE: 9

7 neue Projekte

2 mehrjährige Projekte, die bereits 2014 durchgeführt wurden

DIE KOOPERATIONSPARTNER IM MITTELMEERRAUM

In der Kontaktgruppe für die Mittelmeerpartner, einem eigens für den informellen Dialog mit den Kooperationspartnern eingerichteten Forum, fand 2015 unter dem Vorsitz Deutschlands ein intensiver Gedanken- und Erfahrungsaustausch statt, der in eine viel beachtete Mittelmeerkonferenz in Jordanien (20. und 21. Oktober) mündete.

Der Generalsekretär setzte ebenfalls seinen regelmäßigen Dialog mit den Mittelmeerpartnern im Rahmen teils formeller, teils informeller Begegnungen fort, aus denen mehrere Kooperationsprojekte hervorgingen.

Das Sekretariat organisierte mehrere Veranstaltungen, die besonders für die Partner im Mittelmeerraum von Interesse waren, darunter die Konferenz zum Thema „Bekämpfung transnationaler Bedrohungen im Mittelmeerraum mittels Informationsaustausch und Zusammenarbeit“ am 1. und 2. Juni in Monaco und der Workshop über „Genderaspekte in der Steuerung der Arbeitsmigration – aktuelle Trends im OSZE-Raum und in der Mittelmeerregion“ vom 7. bis 9. Oktober in Malta. Experten des Sekretariats brachten ihr Wissen und ihre bewährten Erfahrungen aus der Praxis in Veranstaltungen von Mittelmeerpartnern ein, etwa bei der Regionalkonferenz über die Bedeutung des OSZE-Verhaltenskodex für den südlichen Mittelmeerraum vom 1. bis 3. September in Tunesien und der internationalen Konferenz zum Thema „Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, die zu Terrorismus führen – die Herausforderung durch allein oder in kleinen Zellen agierende Terroristen“ vom 9. bis 11. November in Israel. Die Kooperationspartner im Mittelmeerraum spielten eine wichtige Rolle bei der vom Generalsekretär im Mai organisierten Veranstaltung im Rahmen der *Security Days* zum Thema „Brücken bauen – Förderung des Dialogs zur Verhütung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus“.

Im April besuchte eine Delegation ägyptischer Experten für Terrorismusbekämpfung die OSZE zu einem Gedankenaustausch mit der Abteilung Terrorismusbekämpfung, gefolgt von einem ähnlichen Besuch hochrangiger Beamter aus Tunesien im November.

2015 setzte das Sekretariat außerdem mit beträchtlicher finanzieller Unterstützung durch Deutschland ein Programm fort, das jungen Diplomaten aus Partnerländern Praktika in

einigen seiner Abteilungen ermöglicht, wo sie die OSZE-Verpflichtungen und die Arbeitsweise der Organisation kennen lernen. Drei junge Diplomaten aus Marokko und Tunesien nahmen an dem Programm teil und arbeiteten von September bis Dezember 2015 im Sekretariat.

Ein weiteres Projekt, das ebenfalls dem Zweck diente, die OSZE im Mittelmeerraum besser bekannt zu machen, und durch finanzielle Beiträge der OSZE-Delegationen Deutschlands, Belgiens und Monacos ermöglicht wurde, bestand in der Übersetzung einer 2014 anlässlich des 20. Jahrestags der Mittelmeer-Kontaktgruppe herausgegebenen Broschüre über die OSZE-Mittelmeerpartnerschaft ins Arabische und Französische.

Das 2013 gegründete *New-Med Network* konnte 2015 erstmals seine Wirkung voll entfalten. Verteilt über das ganze Jahr wurden in Rom, Tunis, London und Ankara Veranstaltungen unter Beteiligung von Wissenschaftlern und Forschern abgehalten, die, ergänzt durch mehrere Publikationen, den Bekanntheitsgrad der OSZE-Mittelmeerpartnerschaft in den internationalen wissenschaftlichen Kreisen erhöhten, zusätzliche Kommunikationskanäle mit der Zivilgesellschaft eröffneten und neue Ideen entstehen ließen, wie die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Mittelmeerraum weiter ausgebaut werden kann. *New-Med* trug auch zur Organisation der am 10. November in Malta angehaltenen Konferenz über das Mittelmeerkapitel der Schlussakte von Helsinki und die Zukunft der Mittelmeerpartnerschaft bei.

ZUSAMMENARBEIT MIT INTERNATIONALEN UND REGIONALEN ORGANISATIONEN

DER GENERALSEKRETÄR

VEREINTE NATIONEN

Als regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen ist die OSZE bemüht, ihre Agenda an die globalen Ziele der Vereinten Nationen anzupassen und gleichzeitig ihr spezifisches regionales Mandat zu erfüllen. 2015 baute die OSZE ihre bereits gut eingeführte Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen in Bereichen wie dem Konfliktzyklus, der Mediation und der nachhaltigen Entwicklung weiter aus.

Im Rahmen der regelmäßigen Kontakte zwischen den beiden Organisationen leistete der Generalsekretär Beiträge zu mehreren wichtigen UN-Veranstaltungen, darunter die Klausur des UN-Generalsekretärs mit den Leitern internationaler und regionaler Organisationen, die Debatte in der UN-Generalversammlung über die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und Regionalorganisationen und der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Bei Letzterem verwies Generalsekretär Zannier auf den außerordentlich wichtigen Beitrag, den die OSZE zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung leisten kann, und forderte verstärkte Partnerschaften zwischen internationalen Organisationen in den Bereichen Konfliktverhütung, Konfliktlösung und friedenssichernde Aktivitäten.

Auf operativer Ebene wurden bestehende Kooperationsvereinbarungen mit diversen Bestandteilen des UN-Organisationsverbunds – darunter der OSZE/UNODC-Aktionsplan und die Vereinbarungen mit UNDP und UNODA – weiter umgesetzt.

EUROPÄISCHE UNION

2015 konzentrierte sich die Zusammenarbeit der OSZE mit der EU vorwiegend auf die Krise in der und rund um die Ukraine. Die EU unterstützte die SMM im Berichtsjahr wieder nach Kräften in sowohl finanzieller als auch materieller Hinsicht. Im März nahm der OSZE-Generalsekretär am informellen Gymnich-Treffen der EU-Außenminister in Riga teil, bei dem die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen besprochen wurde. Er hatte auch Gelegenheit zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch zu anderen europäischen sicherheitspolitischen Fragen mit verschiedenen hochrangigen EU-Beamten, unter anderem aus dem Europäischen Auswärtigen Dienst, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU.

NORDATLANTIKVERTRAGS-ORGANISATION

Die Sekretariate der OSZE und der NATO widmeten sich wieder aktuellen Fragen auf ihrer Kooperationsagenda, darunter Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen, Maßnahmen gegen grenzüberschreitende Bedrohungen, ihr jeweiliges Engagement für

Afghanistan und die Partnerschaft mit den Ländern im Mittelmeerraum. Mitarbeiter der OSZE und der NATO nahmen auch an Veranstaltungen der jeweils anderen Organisation teil, darunter zum Beispiel dem NATO-Lehrgang *Comprehensive Approach Awareness Course 2015*, der Gelegenheit zum Informationsaustausch über Krisenmanagementprozesse gab.

EUROPARAT

Die OSZE setzte ihre enge Zusammenarbeit mit dem Europarat im Berichtsjahr fort. Im Mittelpunkt standen dabei ein verstärkter Informationsaustausch und eine bessere Koordinierung ihrer Aktivitäten in folgenden vier Schwerpunktbereichen: Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung, Schutz der Rechte der Angehörigen nationaler Minderheiten, Bekämpfung des Terrorismus und Bekämpfung des Menschenhandels. Im Sinne des bereits traditionellen Informationsaustauschs zwischen der OSZE und dem Europarat stellten die Vorsitzenden ihre Prioritäten für das Jahr 2015 in den ständigen Organen der jeweils anderen Organisation vor, während die Generalsekretäre an den gegenseitigen Ministertreffen teilnahmen.

Ferner trafen der serbische Amtierende Vorsitzende und der Generalsekretär der OSZE zu Gesprächen mit ihren Amtskollegen im Europarat, dem Vorsitzenden und belgischen Außenminister Didier Reynders und Generalsekretär Thorbjørn Jagland, zusammen, bei denen die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen und gemeinsame Tagesordnungspunkte erörtert wurden.

ANDERE ORGANISATIONEN

Im Verlauf des Jahres 2015 kam es zu Begegnungen zwischen dem Generalsekretär und den Leitern mehrerer internationaler und regionaler Organisationen, bei denen Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit und gemeinsamer Lösungsansätze erörtert wurden. Zu diesen Organisationen zählten unter anderem: die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die OVKS, die Konferenz über Zusammenwirken und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien, ASEAN, die Schanghai-Kooperationsorganisation (SCO), die Zentraleuropäische Initiative, der Kooperationsrat turksprachiger Staaten und die Union für den Mittelmeerraum.

DURCHFÜHRUNGSORGANE UND PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

DAS SEKRETARIAT

DAS KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUM

Die OSZE beobachtete wieder gemeinsam mit UNHCR das Verfahren zur Auswahl Anspruchsberechtigter im Rahmen des Regionalen Wohnraumbeschaffungsprogramms durch drei ihrer Feldoperationen (Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien).

Im April begleitete das KVZ den Amtierenden Vorsitzenden der OSZE zum Ratstreffen der OVKS-Außenminister in Duschanbe (Tadschikistan). Es war dies das erste Mal, dass die OSZE zu einem Ministerratstreffen der OVKS eingeladen wurde.

2015 wurde die Koordination und Kooperation mit wichtigen Partnerorganisationen, einschließlich UN und EU, zum Konfliktzyklus-Instrumentarium der OSZE fortgesetzt, insbesondere in Bezug auf Frühwarnung und Frühmaßnahmen sowie zu Fragen der Dialogförderung und Mediationsunterstützung.

DIE ABTEILUNG GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN

Die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen arbeitete weiter am Ausbau ihrer regionalen und internationalen Netze von Partnerorganisationen. Zu ihren wichtigsten Partnern zählten:

- Regionales zentralasiatisches Informations- und Koordinationszentrum
- OVKS
- Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)
- Europarat
- Europäische Gruppe für Schulung und Ausbildung in Bezug auf Cyberkriminalität
- Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht
- Europäische Polizeiakademie
- EU
- Europol
- Frontex
- Globales Forum Terrorismusbekämpfung
- Internationale Vereinigung der Polizeichefs
- Internationaler Verband der Internet-Meldestellen
- Internationale Zivilluftfahrt-Organisation
- IAO
- IOM
- INTERPOL
- Regionale Migrations-, Asyl- und Flüchtlingsinitiative
- Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO)
- Übereinkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit in Südosteuropa
- RACVIAC – Zentrum für Sicherheitskooperation
- SCO
- Südosteuropäisches Zentrum für Strafverfolgung
- Zentrum der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus
- Exekutivdirektorium des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus
- UN-Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung
- UNHCR
- UNODC
- Weltgesundheitsorganisation

DAS BÜRO DES KOORDINATORS FÜR WIRTSCHAFTS- UND UMWELTAKTIVITÄTEN DER OSZE (OCEEA)

2015 engagierte sich die OSZE gemeinsam mit dem UNDP, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, der UNECE und dem Regionalen Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa weiter in der ENVSEC-Initiative. Das OCEEA befasste sich in enger Zusammenarbeit mit seinen ENVSEC-Partnern, den jeweils zuständigen OSZE-Feldoperationen und nationalen Akteuren weiter mit der Umsetzung gemeinsamer Projekte in so unterschiedlichen Bereichen wie grenzüberschreitendes Wassermanagement,

Sonderabfallwirtschaft, Katastrophenvorsorge und Klimawandel sowie Stärkung der Zivilgesellschaft.

In wirtschaftlicher Hinsicht widmete sich das OCEEA in Partnerschaft mit dem UNODC, dem OECD-Netz zur Korruptionsbekämpfung, der Weltbank, der FATF und der Eurasischen Gruppe wieder der Förderung von guter Regierungsführung sowie der Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

Das OCEEA kooperierte außerdem mit der UN-Wirtschaftskommission für Europa in Verkehrsfragen sowie mit der Weltzollorganisation (WZO), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO).

DIE BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Das Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels stärkte die Allianz gegen den Menschenhandel durch die Einberufung der Gruppe von hohen Regierungsbeamten, nationalen Koordinatoren für die Bekämpfung des Menschenhandels, Vertretern von internationalen und nichtstaatlichen Organisationen, Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften sowie von Arbeitgeberverbänden und Menschenrechtsgruppen. Auf der Rednerliste der Konferenz 2015 standen unter anderem der Exekutivdirektor des UNODC, Juri Fedotow, und der Vorsitzende des Exekutivkomitees und Exekutivsekretär der GUS, Sergei Lebedew. Das Büro hieß 2015 auch die GUS als neuestes Mitglied der Allianz willkommen.

Das Büro arbeitete bei der Veranstaltung von zwei zusammenhängenden Workshops 2014 und 2015 eng mit dem Europarat zusammen, beide zur Anwendung des Grundsatzes der Straffreiheit, der besagt, dass Menschenhandelsopfer nicht für rechtswidrige Handlungen bestraft werden sollten, zu denen sie von ihren Ausbeutern gezwungen wurden. An den beiden Workshops in Straßburg nahmen Richter und Staatsanwälte aus der ganzen OSZE-Region teil.

DIE ABTEILUNG GENDERFRAGEN

Die Leitende Beraterin der OSZE für Genderfragen, Botschafterin Miroslava Beham, nahm am 13. Oktober in Vertretung des Generalsekretärs an der hochrangigen Debatte im UN-Sicherheitsrat über Frauen, Frieden und Sicherheit teil, bei der sie in einem Referat die Maßnahmen der OSZE zur UNSCR 1325 – von der Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer nationalen Aktionspläne bis zu genderbewusster Mediationsunterstützung – vorstellte.

DIE HOHE KOMMISSARIN FÜR NATIONALE MINDERHEITEN (HKNM)

Die HKNM arbeitet eng mit ihren Amtskollegen bei den UN, der EU und dem Europarat zusammen, sowohl in Form regelmäßiger Konsultationen als auch durch wechselseitige Teilnahme an wichtigen Veranstaltungen. In diesem Jahr wohnte sie Treffen folgender Gremien des Europarats bei: Venedig-Kommission, Komitee der Ständigen Vertreter und Beratender Ausschuss für das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten. Sie führte auch Gespräche mit Vertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments und nahm in Stockholm am Politikdialog auf hoher Ebene über Garantien der Nichtwiederholung teil.

DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE (ODIHR)

Das ODIHR arbeitete 2015 wie bisher eng mit dem Europarat in den Bereichen legislative Unterstützung, demokratische Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit zusammen. Es gab gemeinsam mit der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) Stellungnahmen zu Gesetzen zur menschlichen Dimension ab. Die Wahlbeobachtung führte das Büro routinemäßig in Partnerschaft mit parlamentarischen Delegationen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und des Europäischen Parlaments durch. Es arbeitet auch mit der Kommission des Europarats gegen Rassismus und Intoleranz, der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, UNHCR und IOM zusammen.

DIE BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

Das Büro der Beauftragten für Medienfreiheit arbeitete 2015 mit mehreren internationalen Organisationen zusammen, unter anderem bei Veranstaltungen im Rahmen des Internationalen Tages der Pressefreiheit in Riga, die von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) gemeinsam mit dem lettischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten organisiert wurden und dieses Jahr den Themen Qualitätsjournalismus, Gleichstellung der Geschlechter in den Medien und Schutz von Online-Journalistinnen gewidmet waren.

Die Beauftragte kooperierte auch mit den Sonderberichterstattern über freie Meinungsäußerung der Vereinten Nationen, der Organisation der amerikanischen Staaten und der Afrikanischen Kommission zum Schutze der Menschenrechte und der Rechte der Völker, mit denen sie eine gemeinsame Erklärung über freie Meinungsäußerung und angemessene Reaktionen in Konfliktsituationen verfasste.

Die Beauftragte sprach auch auf der Medienkonferenz der Östlichen Partnerschaft, auf einem informellen Treffen der UNESCO in Paris über die Lage auf der Krim und auf einer Veranstaltung über den Schutz von Journalisten, zu der der litauische Minister für auswärtige Angelegenheiten und der lettische Minister für auswärtige Angelegenheiten im Vorfeld der Verabschiedung einer UNSCR zu diesem Thema eingeladen hatten.

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE und ihre führenden Mitglieder setzten ihren aktiven Dialog mit anderen internationalen Organisationen 2015 fort, wobei die Krise in der und um die Ukraine, die Wahlbeobachtung und Fragen der nachhaltigen Entwicklung im Mittelpunkt standen. Der Präsident der PV, Ilkka Kanerva, hielt Vorträge auf verschiedenen internationalen Konferenzen, darunter die von der Interparlamentarischen Union (IPU) abgehaltene Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten und das russische Internationale Parlamentarierforum, und traf mit den Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der UN-Generalversammlung zusammen. Isabel Santos, die Vorsitzende des PV-Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen, führte mit dem Europäischen Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement, dem Generaldirektor der IOM, Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Funktionären des Roten Kreuzes

Gespräche über die Migrantenkrisen; der ehemalige PV-Präsident João Soares sprach vor der IPU-Versammlung; der PV-Sonderbeauftragte Jürgen Klimke hielt ein Referat auf der Parlamentarischen Konferenz der Ostseestaaten und die Vizepräsidentin der PV, Christine Muttonen, traf mit Funktionären der SCO zusammen. 2015 nahm PV-Generalsekretär Spencer Oliver an Veranstaltungen der IPU, der Parlamentarischen Versammlung der NATO und der Vereinten Nationen teil und setzte die Tradition der trilateralen Konsultationen mit seinen Amtskollegen bei den Parlamentarischen Versammlungen der NATO und des Europarats fort.

ANHÄNGE

Abkürzungen

ASEAN	Verband Südostasiatischer Nationen
BMSC	Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe
BDIMR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte
DCAF	Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte
EU	Europäische Union
EUFOR	EU-Einsatzkräfte
EUROPOL	Europäisches Polizeiamt
FATF	Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“
FSK	Forum für Sicherheitskooperation
GID	Internationale Genfer Gespräche
HKNM	Hohe/r Kommissar/in der OSZE für nationale Minderheiten
HLPG	Hochrangige Planungsgruppe
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IOM	Internationale Organisation für Migration
IT	Informationstechnologie
KVZ	Konfliktverhütungszentrum
NATO	Nordatlantikvertrags-Organisation
NAPCI	Nordostasiatische Friedens- und Kooperationsinitiative
NMRI	Nationale Menschenrechtsinstitutionen
NGO	Nichtregierungsorganisation(en)
OCEEA	Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OFA	Rahmenübereinkommens von Ohrid
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVKS	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
PV	Parlamentarische Versammlung der OSZE
SALW	Kleinwaffen und leichte Waffen
SCO	Schanghai-Kooperationsorganisation
SMM	Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine
TNT	Grenzüberschreitende Bedrohungen
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNECE	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNHCHR	Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNGASS	Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen
UNODA	Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen
UNSCR	Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
USAID	US Agency for International Development
UN	Vereinte Nationen

VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen
VSBM	Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen
WZO	Weltzollorganisation

Gesamthaushalt

TEILHAUSHALTE FÜR DAS SEKRETARIAT UND DIE INSTITUTIONEN	GESAMTHAUSHALT (€)	% VOM GESAMTBETRAG
Sekretariat	39 630 900	28%
Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte	18 306 400	13%
Hoher Kommissar für nationale Minderheiten	3 407 600	2%
Beauftragter für Medienfreiheit	1 481 600	1%
TEILHAUSHALTE FÜR DAS SEKRETARIAT UND DIE INSTITUTIONEN GESAMT	62 826 500	44%
TEILHAUSHALTE FÜR DIE OSZE-FELDOPERATIONEN		
Südosteuropa		
Mission im Kosovo	18 886 600	13%
Aufgaben in Bosnien und Herzegowina	11 450 300	8%
Mission in Serbien	6 429 000	4%
Präsenz in Albanien	2 918 500	2%
Mission in Skopje	6 257 200	4%
Mission in Montenegro	2 146 200	1%
Südosteuropa gesamt	48 087 800	34%
Osteuropa		
Mission in Moldau	2 200 000	2%
Projektkoordinator in der Ukraine	2 993 000	2%
Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militäranghörige	9 000	0%
Osteuropa gesamt	5 202 000	4%
Südkaucasus		
Büro in Eriwan	2 954 400	2%
Projektkoordinator in Baku	1 800 000	1%
Hochrangige Planungsgruppe	251 300	0%
Minsk-Prozess	927 500	1%
Persönlicher Beauftragter des AV für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst	1 173 000	1%
Südkaucasus gesamt	7 106 200	5%
Zentralasien		
Programmbüro in Astana	2 148 700	2%
Zentrum in Aschgabat	1 570 800	1%
Zentrum in Bischkek	6 909 600	5%
Projektkoordinator in Usbekistan	1 994 900	1%
Büro in Tadschikistan	7 338 200	5%
Zentralasien gesamt	19 962 200	14%
OSZE-FELDOPERATIONEN GESAMT	80 358 200	56%
GESAMTBETRAG	€ 143 184 700	100%

Die SMM ist nicht im Gesamthaushalt enthalten.

Umfasst den Gesamthaushalt in Höhe von € 141 107 600 laut PC-Beschluss Nr. 1158 und den ODIHR-Nachtragshaushalt in Höhe von € 2 077 100 laut PC-Beschluss Nr. 1177.

Beiträge der Teilnehmerstaaten

TEILNEHMERSTAAT	GESAMTBEITRÄGE ZUM GESAMTHAUSHALT 2015 (€)	% DES GESAMTBETRAGS
Albanien	86 696	0,1%
Andorra	86 696	0,1%
Armenien	44 928	0,0%
Aserbaidtschan	44 928	0,0%
Belarus	190 099	0,1%
Belgien	4 725 638	3,3%
Bosnien und Herzegowina	86 696	0,1%
Bulgarien	349 003	0,2%
Dänemark	2 920 551	2,1%
Deutschland	15 508 383	11,0%
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	86 696	0,1%
Estland	122 894	0,1%
Finnland	2 721 534	1,9%
Frankreich	14 679 830	10,4%
Georgien	44 928	0,0%
Griechenland	1 169 310	0,8%
Heiliger Stuhl	86 696	0,1%
Irland	1 092 474	0,8%
Island	182 687	0,1%
Italien	14 679 830	10,4%
Kanada	7 640 956	5,4%
Kasachstan	251 734	0,2%
Kirgisistan	44 928	0,0%
Kroatien	199 770	0,1%
Lettland	127 165	0,1%
Liechtenstein	86 696	0,1%
Litauen	127 165	0,1%
Luxemburg	475 287	0,3%
Malta	90 967	0,1%
Moldau	44 928	0,0%
Monaco	86 696	0,1%
Mongolei	44 928	0,0%
Montenegro	44 928	0,0%
Niederlande	5 477 491	3,9%
Norwegen	2 909 789	2,1%
Österreich	3 242 838	2,3%
Polen	1 648 699	1,2%
Portugal	1 024 100	0,7%
Rumänien	436 640	0,3%
Russische Föderation	5 476 833	3,9%
San Marino	86 696	0,1%
Schweden	4 717 097	3,3%
Schweiz	3 888 248	2,8%
Serbien	95 049	0,1%
Slowakische Republik	284 058	0,2%
Slowenien	271 999	0,2%
Spanien	6 821 483	4,8%
Tadschikistan	44 928	0,0%
Tschechische Republik	676 187	0,5%
Türkei	1 203 100	0,9%
Turkmenistan	44 928	0,0%
Ukraine	498 276	0,4%
Ungarn	658 726	0,5%
Usbekistan	237 623	0,2%
Vereinigte Staaten von Amerika	18 362 819	13,0%
Vereinigtes Königreich	14 679 830	10,4%
Zypern	199 770	0,1%
Differenz zum Verteilerschlüssel	-56 255	0,0%
GESAMT	€ 141 107 600	100%

Außerbudgetäre Mittelzusagen und Ausgaben

Außerbudgetäre Mittelzusagen sind alle 2015 eingegangenen und genehmigten Zusagen. Außerbudgetäre Ausgaben sind Mittel, die 2015 für alle Projekte, für die es sowohl in diesem Jahr als auch in den vorhergehenden Jahren Zusagen gab, ausgegeben wurden.

GEBER	GENEHMIGTE ZUSAGE Betrag in €	%
Europäische Union	4 000 000	15,69%
Deutschland	3 581 078	14,04%
Vereinigte Staaten von Amerika	2 747 297	10,77%
Niederlande	2 694 633	10,57%
Japan	2 257 812	8,86%
Kanada	1 955 369	7,67%
Schweiz	1 571 101	6,16%
Schweden	1 086 075	4,26%
Norwegen	1 026 850	4,03%
Italien	614 900	2,41%
Frankreich	610 000	2,39%
Vereinigtes Königreich	477 299	1,87%
Dänemark	404 527	1,59%
Finnland	245 000	0,96%
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	185 000	0,73%
Weltzollorganisation (WZO)	182 809	0,72%
Liechtenstein	180 553	0,71%
Luxemburg	175 000	0,69%
Tschechische Republik	150 180	0,59%
Norwegisches Institut für internationale Angelegenheiten (NUPI)	147 600	0,58%
United States Agency for International Development (USAID)	139 400	0,55%
Österreich	139 000	0,55%
ENVSEC-Treuhandfonds	133 950	0,53%
Irland	131 928	0,52%
Monaco	112 400	0,44%
Serbien	90 000	0,35%
Belgien	82 500	0,32%
Lettland	52 610	0,21%
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)	52 164	0,20%
Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen	47 193	0,19%
Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA)	33 368	0,13%
Türkei	30 000	0,12%
Malta	25 000	0,10%
Russische Föderation	21 000	0,08%
International Media Support	20 720	0,08%
Andorra	20 000	0,08%
Polen	19 267	0,08%
Australien	13 500	0,05%
Israel	10 000	0,04%
Litauen	10 000	0,04%
Südkorea	9 214	0,04%
Ungarn	6 000	0,02%
Folke-Bernadotte-Akademie in Schweden	2 970	0,01%
Finnisches Institut für internationale Angelegenheiten	2 000	0,01%
GESAMT	€ 25 497 268	100%

Die außerbudgetären Mittelzusagen und Ausgaben für die Sonderbeobachtermission sind inbegriffen.

GEBER	AUSGABEN (€)	%
Europäische Union	7 082 096	16,47%
Vereinigte Staaten von Amerika	5 951 552	13,84%
Deutschland	4 688 435	10,91%
Schweiz	4 558 459	10,60%
Finnland	2 838 593	6,60%
Norwegen	2 346 861	5,46%
Niederlande	2 289 968	5,33%
Schweden	2 004 881	4,66%
Japan	1 854 858	4,31%
Kanada	1 795 723	4,18%
Dänemark	1 131 619	2,63%
Italien	849 545	1,98%
Vereinigtes Königreich	849 517	1,98%
Russische Föderation	477 382	1,11%
Österreich	400 783	0,93%
Irland	377 648	0,88%
Canadian International Development Agency (CIDA)	314 805	0,73%
Türkei	312 776	0,73%
Internationale Organisation für Migration (IOM)	308 796	0,72%
ENVSEC-Treuhandfonds	300 396	0,70%
Weltzollorganisation (WZO)	239 722	0,56%
Luxemburg	235 617	0,55%
Polen	185 530	0,43%
Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)	182 177	0,42%
Liechtenstein	141 537	0,33%
Tschechische Republik	132 684	0,31%
Monaco	129 892	0,30%
Australien	109 203	0,25%
Ungarn	99 364	0,23%
Serbien	83 863	0,20%
Belgien	63 630	0,15%
Island	60 056	0,14%
Spanien	57 289	0,13%
Litauen	53 579	0,12%
Thailand	50 000	0,12%
Georgien	39 950	0,09%
Estland	39 025	0,09%
Norwegisches Institut für internationale Angelegenheiten (NUPI)	37 071	0,09%
Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA)	34 525	0,08%
Kasachstan	33 887	0,08%
Südkorea	30 531	0,07%
Lettland	26 491	0,06%
Frankreich	23 751	0,06%
Slowakei	23 608	0,05%
Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS)	21 333	0,05%
Israel	20 467	0,05%
Austrian Development Agency (ADA)	17 622	0,04%
United States Agency for International Development (USAID)	17 396	0,04%
Andorra	12 246	0,03%
Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen	11 488	0,03%
Kroatien	10 000	0,02%
Außerbudgetäre Mittel – HKNM Diverse	7 659	0,02%
Bulgarien	4 568	0,01%
Arabische Republik Ägypten	4 283	0,01%
Malta	3 987	0,01%
Internationale Arbeitsorganisation (IAO)	2 970	0,01%
Stiftung EVZ	1 805	0,00%
San Marino	1 621	0,00%
Press Now	560	0,00%
Albania	558	0,00%
Center for Energy Systems (Slowakei)	542	0,00%
Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN-OCHA)	213	0,00%
Open Society Fund Bosnien und Herzegowina	90	0,00%
GESAMT:	42 987 075	100%

GEBER	AUSGABEN (€)	%
Albanien	17 104	0,04%
Andorra	19 880	0,05%
Aserbaidschan	577	0,00%
Australian Agency for International Development	137 876	0,33%
Australien	110 402	0,26%
Austrian Development Agency	29 264	0,07%
Belgien	9 927	0,02%
Bulgarien	45 431	0,11%
Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste	178 966	0,43%
Charity Commission for England and Wales	2 095	0,00%
Dänemark	1 112 667	2,64%
Deutschland	4 351 779	10,34%
ENVSEC-Treuhandfonds	307 168	0,73%
Estland	70 777	0,17%
Europäische Agentur für Wiederaufbau	4 422	0,01%
Europäische Kommission	4 915 457	11,68%
Europäische Union	2 436 246	5,79%
Finnland	1 346 730	3,20%
Frankreich	390 542	0,93%
Folke Bernadotte Academy (Schweden)	28 245	0,07%
Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	180 879	0,43%
Internationale Organisation für Migration	70 401	0,17%
Irland	224 687	0,53%
Island	24 945	0,06%
Israel	173	0,00%
Italien	481 648	1,14%
Japan	1 485 699	3,53%
Kanada	1 478 034	3,51%
Kasachstan	26 623	0,06%
Kosovo, konsolidierter Haushalt	9 054	0,02%
Lettland	18 509	0,04%
Liechtenstein	205 889	0,49%
Litauen	49 193	0,12%
Luxemburg	165 171	0,39%
Monaco	108 466	0,26%
Niederlande	2 644 254	6,28%
Norwegen	2 553 568	6,07%
Norwegian Institute of International Affairs	35 461	0,08%
Open Society Fund - Bosnien und Herzegowina	155	0,00%
Österreich	148 541	0,35%
Polen	89 546	0,21%
Russische Föderation	153 154	0,36%
Schweden	2 715 194	6,45%
Schweiz	1 862 057	4,42%
Serbien	10 953	0,03%
Slowakei	35 262	0,08%
Spanien	150 117	0,36%
Stiftung EVZ	22 561	0,05%
Südkorea	97 562	0,23%
Tschechische Republik	93 505	0,22%
Türkei	239 256	0,57%
Ungarn	113 494	0,27%
United States Agency for International Development	1 092 824	2,60%
Vereinigtes Königreich	2 352 200	5,59%
Vereinigte Staaten von Amerika	7 571 011	17,99%
Wohltätigkeitsball	64 607	0,15%
GESAMT	€42 090 207	100%

PERSONAL*

NATIONALITÄT	Kosovo	Bosnien und Herzegowina	Skopje	Serbien	Montenegro	Albanien	Eriwan	Pers. Beauftr. d. AV f. d. Minsk-Konferenz	Moldau	Ukraine	Astana	Aschgabat	Bischkek	Tadschikistan	Usbekistan	Feldoperationen gesamt	Sekretariat	Beauftragte Medienfreiheit	HKNM	ODIHR	Sekretariat und Institutionen gesamt	SUMME
Albanien	2													1		3	2				2	5
Armenien													2			2				1	3	5
Aserbaidtschan															1	1				1	2	3
Belarus																				2	4	4
Belgien^^																				1	2	2
Bosnien und Herzegowina	9		1	1	1									1		13	5	1		4	10	23
Bulgarien		1					1			1	1	2	1			7	1			1	2	9
Dänemark																			1		1	1
Deutschland	4	4	1	1		1		1		1		1	3			17	24	2	2	7	35	52
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	18	2				1							2			23	2			2	4	27
Finnland	2		1										1			4	6		3		9	13
Frankreich	4							1					1			6	10	1	2	4	17	23
Georgien	2									1			1			4	4			3	7	11
Griechenland	4		2											1		7	4				4	11
Irland	4	4	3			1							1			13	7				7	20
Island																	1				1	1
Italien	13	7	3	8	1	3				1		2	2			40	11		2	4	17	57
Kanada	4	1				2							2			9	5			3	8	17
Kasachstan																	4	1		1	6	6
Kirgisistan	1			1				1								3				1	2	5
Kroatien	3															3	1		1		2	5
Lettland												1				1				1	1	2
Litauen									1							1	1				1	2
Luxemburg																	1				1	1
Malta																	1				1	1
Moldau			1	1		1							3	2		8	4		1		5	13
Montenegro	1					2										3	1				1	4
Niederlande		1	1										1			3			1	1	2	5
Norwegen														1		1	2	1		2	5	6
Österreich	2		1	4		3								1		11	10	1		2	13	24
Polen	1		3				1	1			1	2	2			11	1			11	12	23
Portugal	1															1						1
Rumänien	1		1													2	1			1	2	4
Russische Föderation	1	2	1		1		1						9	3		18	9		1	3	13	31
Schweden	4			1			1	3								9	3	1		1	5	14
Schweiz	1			2				1				1	1			6	6				6	12
Serbien					1								1		1	4	2			2	4	8
Slowakei	1	1	1									1				4	2				2	6
Slowenien						1								1		2	2			1	3	5
Spanien	1	3	1													5	5	1		1	7	12
Tschechische Republik	3	1	1		1		1	1								8	1			1	2	10
Türkei	3		1									1				5	4			1	5	10
Turkmenistan														1		1						1
Ukraine	1		1				1			1		1				5	3			3	6	11
Ungarn	4		5		1								2		1	13	2	1		1	4	17
Usbekistan							1		1		1					3	2			1	3	6
Vereinigte Staaten von Amerika	3	7	3	5	1	1	1		3	1	1	1	6	3		36	12	1	2	6	21	57
Vereinigtes Königreich	15	1	5	1	2	2	1	1	2					2		32	7	1	1	5	14	46
Internationales Personal	113	36	37	25	9	18	5	6	13	3	6	7	35	32	3	348	176	12	17	79	284	632
Ortspersonal	404	283	103	129	31	61	43	11	39	66	22	20	123	183	21	1.539	191	3	13	69	276	1.815
Personal gesamt	517	319	140	154	40	79	48	17	52	69	28	27	158	215	24	1.887	367	15	30	148	560	2.537

Enthält das aus dem Gesamthaushalt und aus außerbudgetären Beiträgen finanzierte Personal mit Stand vom 31. Dezember 2015, jedoch nicht das Personal der Sonderbeobachtermission in der Ukraine und der Beobachtermission an den russischen Grenzkontrollposten Gukowo und Donezk

FOLGEN SIE UNS AUF

 www.facebook.com/osce.org

 www.twitter.com/OSCE

 www.youtube.com/user/osce

 www.linkedin.com/company/osce

 www.instagram.com/osceorg

 www.soundcloud.com/osce

Herausgegeben von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Abteilung Kommunikation und Medienbeziehungen

Büro des Generalsekretärs

OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6

1010 Wien

Österreich

www.osce.org

Alle Rechte vorbehalten. Der Inhalt dieser Publikation kann für Ausbildungs- und andere nichtkommerzielle Zwecke frei verwendet und kopiert werden, sofern in jeder Reproduktion die OSZE als Quelle genannt wird.

ISBN 978-3-903128-00-2

Redaktion: **Lisa Berthelot**

Graphische Gestaltung und Layout: **Viktoriiia Wanker**

Titelbild: **Jewgeni Maloletka**

In Österreich auf Umweltpapier gedruckt von: Red hot 'n' cool